

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Gespräch: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. September 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Gespräch: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Kuba, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Interfusions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rotationszahl über dem Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Verordnungen, Beschlüsse, Erlasse 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das letzte gebuchte Wort 20 Pf. (zweite 2 letzte gebuchte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Parteitag.

Jena, den 10. September.

Die Eröffnung und Konstituierung des Parteitages ist vollzogen. Sie fand in dem Konzert- und Versammlungsaal des von Ernst Abbe 1902/03 errichteten Jenaer Volkshauses statt: einem großen burgartigen Bau, der zur Feier des sozialdemokratischen Arbeiterkongresses mit Girlanden und rotem Fahmentuch geschmückt ist. Wie 1905, als zuerst das Arbeiterparlament in Jena tagte, ist auch jetzt wieder vor dem Volkshaus eine Ehrenpforte errichtet worden, an der in Riesenlettern das Wort „Willkommen!“ die aus allen deutschen Landen herbeigekommenen Abgeordneten des sozialdemokratischen Proletariats begrüßt.

Oft hat sich die Partei bei der Abhaltung ihrer Kongresse mit engeren und ungeeigneteren Sitzungsräumen begnügen müssen, als dem großen, weiß und gelb abgetönt, durch mächtige Bogenfenster erhellenen Konzertsaal des Jenaer Volkshauses. Er genügt selbst den weitgehendsten Ansprüchen. Obgleich die für die Delegierten bestimmten Tischreihen keineswegs eng zusammengestellt sind, sondern bequeme Durchgänge freilassen, bleibt doch im Hintergrunde des Saales ein durch rote Schürze und Vorbeerbäume von den Sitzen der Delegierten getrennter beträchtlicher Raum für die Zuschauer übrig, denen außerdem die den Saal an drei Seiten umgebenden breiten Galerien zur Verfügung stehen.

Die dem Haupteingange gegenüberliegende Bühne mit der großen Konzertorgel prangt im Schmuck von Palmen, immergrüner Blätterpflanzen und rotblühender Geranien. Unterhalb der Orgel, in einer grünen Blätternische, steht die Figur der Freiheit; daran reihen sich die Büsten von Liebknecht und Singer und vorn, zu beiden Seiten der Bühne, die Büsten von Marx und Lassalle.

Um sieben Uhr betritt der Arbeitergesangsverein Jenas die Bühne und singt unter Leitung seines Dirigenten E. Steiniger als Begrüßungslied Richard Wagners Hymne „Wach auf!“ aus den „Meistersingern von Nürnberg“. Dann hält der Führer der jenaischen Sozialdemokratie, Genosse Leber die erste Ansprache. In schlichter Herzlichkeit heißt er die Delegierten in Thüringens freundlicher Universitätsstadt willkommen, schildert die Entstehung des Volkshauses und das Wirken Ernst Abbes, des humanen Erbauers, und gibt dann einen interessanten Ueberblick über die Entwicklung der Sozialdemokratie Jenas seit 1905.

Hocherfreuliche Zahlen sind es, die Leber mitzutellen vermag. Fast überall in Deutschland ist, wie der Geschäftsbericht des Parteivorstandes beweist, die ausgebreitete sozialistische Saat mächtig aufgeschossen; doch nur wenige Orte dürften gleiche organisatorische Erfolge aufzuweisen haben, wie Jena. 1905 hatte diese Stadt erst an 600 organisierte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, jetzt über 2000. Und in gleichem Maße ist die Zahl der gewerkschaftlichen Organisierten gestiegen, nämlich von 1700 auf mehr als 5000. Zurzeit hat denn auch von den 30 Gemeinderatsmandaten Jenas unsere Partei neun im Besitz, und ferner ist Jena im Weimarschen Landtag sozialdemokratisch vertreten. Auch ein eigenes, täglich erscheinendes Parteiblatt hat sich seit 1905 die jenaische Arbeiterpartei geschaffen: die „Weimarsche Volkszeitung“, die in Jena selbst über 3000 Abonnenten hat. Zum Schluß weist Leber auf die herannahenden Reichstagswahlen hin, bedauert den Zwist in Stuttgart und fordert zum energischen Kampf gegen die Reaktion auf.

Mit stürmischem Beifall begrüßt, besteigt darauf Weibel der ewig Junge in weisem Haare, die rote Rednertribüne. Auch er erzählt von dem Wirken Abbes, der ihm einst persönlich nahe gestanden hat, und schildert dann die politische Lage zur Zeit des ersten Jenaer Parteitages, im Herbst 1905, und in der Gegenwart. Damals fuhr der Kaiser nach Langer, heute ist die bald darauf aus dem Rivalitätsstreit der westeuropäischen Staaten geborene Algeriasaite nichts als ein wertloses Stück Papier. Auch die damals auf ihrer Höhe stehende russische Revolution hat eine ganz andere Wendung genommen, als zu jener Zeit so viele russische Revolutionäre begeisterungsvoll erhofften. So mancher trohen Erwartung ist die Erfüllung verjagt geblieben; doch, wenn auch mit brutaler Gewalt niedergeworfen, ist deshalb die revolutionäre Bewegung im Jarenreiche nicht tot. Sie glimmt fort und wird zu neuem, stärkerem Leben erwachen.

Dann geht Weibel auf den Streit um Marokko und seine Auswirkung auf die Stellung der europäischen Großmächte zu einander ein. Selbst wenn es nicht zu einem Kriege wegen Marokkos kommt, wird doch die politische Lage durch den jetzigen Streit wesentlich verändert. Von Abrüstung ist fürderhin keine Rede mehr, nur noch vom Aufrüsten! Neue Flottenpläne werden ausgetaucht, neuere, größere Steuerforderungen folgen. Dazu droht eine Lebensmittelerhöhung, die sich zur Hungersnot steigert. So drängt alles auf eine Katastrophe hin!

In kurzer, launiger Rede behandelt Weibel schließlich, an Lebers Schlussworte anknüpfend, den dem Parteivorstand gemachten Vorwurf der Schwermüdigkeit und Inaktivität. Auch sozialdemokratische Regierungen, meint er humorvoll, könnten manchmal zu bequem werden. Er und seine Genossen im Parteivorstand sträubten sich denn auch, so sehr sie sich gegen

unberechtigte Angriffe wehren würden, keineswegs gegen Verbesserungsvorschläge und Aenderungen. Denn vorwärts! sei die Losung. Auf zum Kampf! Auf zum Sieg! Draufender, sich immer wiederholender Beifall folgt den begeisterten Worten unseres Altmeisters.

Darauf schreitet die Versammlung zur Konstituierung des Bureaus für die morgen beginnende Tagung. Zu Vorsitzenden werden die Genossen Leber-Jena und Diez-Stuttgart erwählt, zu Schriftführern Schmidt-München, Viktorf-Berlin, Schiebel-Leipzig, Stubbe-Hamburg. Ferner werden die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission sowie der Beschwerdekommision ernannt und der vorgelegte Geschäftsordnungsentwurf genehmigt. Voraus Diez als Präses des Kongresses unserem im letzten Jahre gestorbenen Paul Singer einen schlichten, von Herzen kommenden und zum Herzen sprechenden Nachruf widmet.

Damit ist die Sitzung beendet. An sie schließt sich für jene, die Freunde des Gerstenstoffes sind, ein feucht-fröhlich musikalischer Eröffnungskommers.

Erster Tag.

Jena, 11. September.

Begrüßungen und Bekundungen internationaler Solidarität eröffnen wie gewöhnlich die erste Sitzung.

Zuerst nimmt ein Abgeandter der Tschecho-slawischen Partei Oesterreichs, Soukop, das Wort, der der deutschen Arbeiterklasse die Gelegenheit benützt, vor dem Forum des Parteitages die separatistischen Bestrebungen seiner Partei zu verteidigen. Ihm folgt als Vertreter des Teiles der tschechischen Sozialdemokratie, der an der Einheitsfront der politisch-gewerkschaftlichen Bewegung Oesterreichs festhält, Genosse Stein, und darauf, von anhaltendem Beifall begrüßt, als Führer der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, Genosse Victor Adler, der in ersten eindringlichen Worten auf den bedeutsamen geschichtlichen Moment hinweist, in dem die Erwählten der deutschen Arbeiterklasse in Jena zusammentreten. Krieg und Hungersnot bedrohen das Proletariat Deutschlands und Oesterreichs, und niemand weiß, wie bald dieses Proletariat berufen sein kann, die Geschicke der Welt in die Hand zu nehmen. Auf einzelne Neußerungen Soukops bezugnehmend, bezeichnet Adler Oesterreich als das Land der tragischen nationalen Konflikte und spricht der deutschen Arbeiterpartei den Dank der österreichischen Sozialdemokratie für die Unterstützung bei den letzten Reichstagswahlen aus. Vielleicht werde bald schon die Arbeiterklasse der Habsburgischen Lande sich vor neue Wahlen gestellt sehen, deren Durchsetzung ihre ganze Kraft erfordere. Jedenfalls stehen in Oesterreich infolge der steigenden Lebensmittelerhöhung große Lohnkämpfe bevor. Um so mehr zu bedauern sei die Zerreißung der gewerkschaftlichen Verbände durch die separatistischen Bestrebungen der tschechischen Genossen.

Zu weiteren Begrüßungsreden nehmen das Wort Agelrod, der für das ausländische Komitee der russischen Sozialdemokratie sprach und die Entwicklung der russischen sozialdemokratischen Partei von einer Partei der Intelligenz zu einer Partei des Proletariats im westeuropäischen Sinne schildert; Bracke, der als Vertreter der französischen Partei in einer temperamentvollen in deutscher Sprache gehaltenen, mehrfach durch begeisterten Beifall unterbrochenen Ansprache die zwischen der deutschen und französischen Arbeiterklasse bestehenden, alle nationalen Verschiedenheiten überbrückende proletarische Solidarität feiert; Quach, der die Gröhe der sozialdemokratischen Partei Englands überbringt und sich gleichfalls in deutscher Sprache gegen die Kriegshege deutscher und englischer Kapitalistencliquen wendet, des belgischen Genossen Wandersmissen, der die deutsche Parteiorganisation und Disziplin preist und schließlich des serbischen Genossen Totamowits, der in einer kurzen hochinteressanten Rede die Fortschritte des Sozialismus in den Balkanländern schildert.

Dann beginnen die eigentlichen Arbeiten des Parteitages. Genosse H. Müller erstattet den Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Er bietet manche interessante Ergänzung zu dem gedruckten Jahresbericht des Parteivorstandes. Besonders berichtet er des näheren über die Lage der jugendlichen Bewegung und die Handlungsgehilfen in Deutschland. Nachdem dann das gute Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaft konstatiert worden ist, verteidigte er ausführlich das bekannte Zirkular des Parteivorstandes, das zur Einhaltung des guten Tones ermahnt, und tritt auf Grund der zwischen dem Parteivorstandsbureau und dem Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel geführten Konferenz dem Vorwurf der Inaktivität entgegen, der in einem Teil der Parteipresse gegen den Vorstand erhoben worden ist. Scharf wendet er sich gegen die Kritik des kautskischen Flugblattes durch die Genossin Luxemburg; eine Kritik, die er, da sie noch während der Friedensdemonstrationen stattgefunden hat, als durchaus unzulässig bezeichnet. Sei vielleicht auch der Aufruf des Parteivorstandes zur Friedenskonferenz etwas spät erfolgt, so sei doch nichts versäumt worden. Nirgends, in keinem Lande hätten solche Massen offen für die Erhaltung des Friedens sich ausgesprochen, als in Deutschland. Müller geht dann näher auf die Befehung des Parteivorstandsbureaus ein, schildert die Arbeitsteilung und Arbeitsaufteilung, polemisiert gegen die Vorschläge des Genossen Dittmann in einem Artikel des „Vorwärts“ und erklärt schließlich, daß der Vorstand nach reiflicher Erwägung die Vermehrung des Vorstandes um einen Parteisekretär für genügend halte, jedoch nichts dagegen ein-

zuwenden habe, wenn der Parteitag zwei Parteisekretäre erwählen sollte.

Ebert (vom Parteivorstand) erstattet den Massenbericht. Derartige Berichte pflegen meist nur geteilte Aufmerksamkeit zu finden. Denn das Aufmarschierenlassen von Zahlen ermüdet leicht. Aber die Zahlen, die Ebert mitteilt, zeugen von einem solchen Fortschritt der sozialistischen Bewegung in Deutschland, daß Ebert viele Zuhörer findet. Besonders finden seine Ausführungen über die enormen Fortschritte der Parteipresse großen Beifall. Ist doch die Abonnentenzahl der sozialdemokratischen Presse auf mehr als 1.300.000 gestiegen.

Die Nachmittagsitzung gestaltete sich weit lebhafter, da bei der Kritik der Maßnahmen des Parteivorstandes die verschiedenen Meinungen aufeinander prahlen. Den Reigen der Kritik eröffnet die Genossin Luxemburg, die sich scharf dagegen wehrt, durch die Veröffentlichung eines Briefes Rollensbuhrs eine Indiskretion begangen zu haben und es für nötig erklärt, daß der Parteivorstand vorwärts geschoben wird. Schon mehrfach habe er die günstige Gelegenheit für eine notwendige Aktion verpaßt. Deshalb er durchaus keinen Anlaß, als Ankläger aufzutreten. Dann wendet er sich die Genossin Luxemburg gegen die Ausführungen Müllers am Vormittag und bezeichnet diese als eine Häufung von Hinfälligkeits.

Dr. Lensch-Leipzig sekundiert der Genossin Luxemburg. Er wendet sich gegen die der „Leipziger Volkszeitung“ gemachten Vorwürfe. Es sei zu jeder Zeit, auch mitten in der Aktion, erlaubt, an der Tätigkeit des Parteivorstandes Kritik zu üben. Das kautskische Flugblatt sei minderwertig und ebenso das vom Parteivorstand selbst verfaßte Marokkoflugblatt. U. z. beiden wolle ein unglücklicher Stern. Auch Dittmann-Solingen schließt sich der Kritik der Genossin Luxemburg an und wirft dem Vorstand vor, sich von der Generalkommission schieben zu lassen und völlig unter ihrem Einfluß zu stehen. Ebenso bemängelt Hoffmann-Elberfeld die Abhängigkeit des Parteivorstandes von der Generalkommission der Gewerkschaften. Lebebour erklärt, daß nicht die Genossin Luxemburg, sondern der Vorstand auf der Anklagebank sitze. Hätte sie nicht den Parteivorstand vorangetrieben, dann hätten wir keine große Friedensdemonstration in Deutschland gehabt. Dann wäre absolut nichts geschähen. Lebebour geht dann näher auf die Verhandlungen zwischen dem Vorstand und den Führern der ausländischen sozialdemokratischen Parteien ein und beschuldigt den Vorstand, das Ansehen der Partei im Auslande schwer geschädigt zu haben. Düweli betont die Notwendigkeit, die Aktionsfähigkeit des Parteivorstandes zu stärken. Dazu sollen die von ihm vertretenen Anträge dienen, vor allem der Antrag, den Parteivorstand zu verstärken. Eine solche Verstärkung sei um so notwendiger, als ein riesiger Wahlkampf bevorstehe.

Weibel erklärt, nur auf einen Teil der Vorwürfe eingehen zu wollen, besonders auf die Indiskretion der Genossin Luxemburg. Er zitiert zum Zwecke des Nachweises verschiedene Stellen aus dem Briefe Rollensbuhrs und beschuldigt die Genossin Luxemburg der Fälschung und Unterschlagung, indem er nach Vorlesung ihrer Neußerungen in der „Leipziger Volkszeitung“ den Parteitag als Richter anruft. In der Darstellung der Genossin Luxemburg sei, wie der Parteitag sehe, von Abbisgefälscht. Dann greift Weibel auf das schärfste den Genossen Lebebour an und erklärt seine Anschuldigungen für eine Herabwürdigung der ganzen deutschen Arbeiterpartei. Selbstverständlich — schließt Weibel unter anhaltendem stürmischem Beifall — hätte jedes Mitglied das Recht der Kritik, aber es komme auf die Art der Kritik an. Grumbach-Kolmar hält das Vorgehen der Genossin Luxemburg für nicht richtig, bemängelt aber das Verhalten des Vorstandes gegenüber der französischen Bruderpartei bei Gelegenheit der Pariser Friedensdemonstration. Darauf verteidigt Clara Zetkin das Verhalten der Genossin Luxemburg. Die Untätigkeit des Parteivorstandes in der Marokkofrage sei eine Tatsache. Sofort nach Austausch der Frage hätte gehandelt werden müssen. Noch Ende Juli sei bei einer Beratung des Parteivorstandes mit den Kontrolluren eine schwächliche Unentschlossenheit eines Teiles des Parteivorstandes zutage getreten. Nachdem Robert Schmidt dargelegt hatte, unter welchen Umständen die erste Friedensdemonstration in Berlin und Paris zustande gekommen ist, tritt Süßheim für die Vermehrung des Vorstandes um zwei Parteisekretäre ein und befürwortet eine Reorganisation des Parteivorstandes, da die jetzige Verfassung den neuen größeren Anforderungen nicht genüge. Auch Quard verteidigt das Verhalten des Parteivorstandes, verlangt aber ebenfalls eine Reorganisation des Parteivorstandes. Legien erklärt die Veröffentlichung des Rollensbuhrschen Briefes in der „Leipziger Volkszeitung“ als einen Mißbrauch, der energisch zurückgewiesen werden müsse. Seine übrigen Ausführungen gelten dem „Geheimzirkular“ über den guten Ton. Weibel antwortet auf Legiens Darstellung, erwähnt die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu den Vorgängen im Eberschen Betrieb und weist die Kritik zurück, die an dieser Stellungnahme das Korrespondenzblatt der Generalkommission geübt hat. Dann wendet er sich mit leidenschaftlichen Worten gegen das Vorgehen der Genossin Luxemburg sowie der Genossen Lebebour, Lensch und Dittmann, dem er Sensationslust vorwirft.

Dann spricht, mit lebhaftem Beifall empfangen, Rollensbuhr, der heute seinen 60jährigen Geburtstag feiert. Er verteidigt sich energisch und entschieden mit Beschied gegen die Angriffe und wendet sich gegen die Verwendung seines Briefes an das Internationale Bureau durch die Genossin Luxemburg, die diesen seinen Brief, wie Lessing sich ausdrückt, schon „korrigiert“ habe. Sein Brief wäre am 8. Juli geschrieben, als die politische Lage eine ganz andere war als nach der Rede von Lloyd George im englischen Parlament. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch Stübbe, Hamburg und Digmann, Hanau der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß der Aufruf des Parteivorstandes zu spät erfolgt sei, wird die Sitzung geschlossen.

Die Marokkoaffäre.

Die Nachrichten über die Verhandlungen lauten auch heute um nichts tröstlicher. Aus Paris wird unter dem 10. September amtlich verlautbart:

Die deutschen Gegenanträge über Marokko sind gestern abend hier angekommen; sie werfen gewisse Fragen grundsätzlicher Natur auf und erfordern ernsthafte und eingehende Prüfung.

Am Dienstag oder gar erst am Donnerstag wird sich dann der französische Ministerrat mit der Antwort befassen, so daß wohl die Woche vorübergehen wird, ohne daß die Angelegenheit von der Stelle rückt.

Unterdessen füllen die deutschen und französischen Offiziere die Zeit mit einer ziemlich gereizten Polemik darüber aus, ob Deutschland wirtschaftliche Sonderrechte und Privilegien verlange oder nicht. Dabei sagt der Regierung nahestehende „Petit Parisien“, die Prinzipienfrage, die die Regierungen trenne, berühre durchaus nicht die nationale Ehre eines der beiden Völker, da es sich um einen bloßen Interessenstreit handle. Andere französische Blätter sprechen sich allerdings schärfer aus und bezeichnen die deutschen Forderungen, die sie zum Teil gar nicht kennen, als „unannehmbar“ und als Eingriff in die Rechte anderer Nationen.

Dagegen behaupten die deutschen Offiziere wiederum, daß Deutschland keinerlei Sonderrechte verlange, sondern daß es sich hauptsächlich um Sicherstellung gegen Monopolisierung öffentlicher Arbeiten, Minen und Handelsrechte handle.

So wenig erquicklich die Pressebegleitung des diplomatischen Schachens an sich ist, das eine Gute hat sie immerhin, zu zeigen, wie es sich bei dieser ganzen Affäre um wenig aufregende Geschäftsinteressen handelt, um die Krieg zu führen heller Wahnsinn wäre. Aber auch nur das Fortbestehenlassen der Unsicherheit ist angesichts dieser Sachlage nicht zu rechtfertigen.

Der Sturm auf die Sparkassen — in Königsberg ist die Unruhe der Sparer noch nicht gezwungen — und vor allem die Börsenpanik, hat ja immerhin der Regierung gezeigt, daß sie die Kriegshege nicht durch ihr Stillschweigen noch länger unterstützen dürfe, und die größeren Zeitungen finden endlich den Mut, dem niederträchtigen Treiben, das die „patriotische“ Presse und Parteien so lange un widersprochen verüben durften, entgegenzutreten.

So schreibt die „Köln. Ztg.“ unter dem Titel „Warum Krieg?“:

Es ist wahrlich hohe Zeit, daß das Kriegsgerede und Kriegsgerede endlich verstumme. Warum sollen wir an eigentlich Krieg führen? Diese Frage sollten alle die Politiker und Publizisten, die heute den Mund so voll nehmen und sich unbesonnen zu Anwälten der nationalen Ehre unseres Volkes aufwerfen, erst einmal sich und den anderen in Klarheit beantworten, ehe sie fortfahren, sich an politischen Sentimentalitäten zu betrauen. Wer sich erlaubt, in Angelegenheiten mitzureden, bei denen es sich um das nationale Sein oder Nichtsein handelt, der muß von der Voraussetzung jeder öffentlichen Tätigkeit, dem Verantwortungsgefühl dem Ganzen gegenüber durchdrungen sein, das seinerseits wiederum an ein klares Erkennen und Verständnis der Lage gebunden ist. Warum also sollen wir mit Frankreich Krieg führen? Es hat den Vertrag von Algéciras verletzt, es hat auch das Abkommen mit Deutschland vom Jahre 1909 mißachtet, als es die von den Mächten durch ihre Unterschrift verbürgte Unabhängigkeit Marokkos wie Luft behandelte. Das ist richtig. Sollen aber wir, während keine jener Garantien daran denkt, auch nur einen Finger zu rühren, deshalb Frankreich mit Krieg überziehen, sollen wir die vierzigjährige Friedensarbeit aufs Spiel setzen gegen eines mächtigen Sultans wegen, der selbst die Franzosen gegen seine eigenen Landsleute zu Hilfe gerufen hat? Niemand wird den Wahnsinn vertreten, daß wir allein und berufen sollen, als Aufhänger eines verpöhlten Vertrages und der schönen Augen einiger verlotterter Verberber wissen das Schwert zu ziehen. Wenn jene Mächte in dem Vertragsbruch Frankreichs kein allgemeines Interesse und keinen Grund zum gemeinsamen Einschreiten finden konnten, so hatte Deutschland eben zuzusehen, wie es bei dieser Wendung der Dinge am besten seine eigenen Interessen wahrte. Diese seine Interessen an Marokko — das zu betonen haben die deutschen Staatsmänner nie aufgehört — sind wirtschaftlicher, nicht politischer Art.

Das sagt das Blatt der nationalliberalen Partei, die mit Konserwativen und Merikalen um die Wette gehet hat, jetzt. Solange wir den Krieg einen Wahnsinn nannten, waren wir Landesverräter. Jetzt, nachdem und weil die Börsenkurse ins Wanken gekommen sind, erinnern sich die Herren plötzlich ihres Verantwortungsgefühls. Das ist Prozentpatriotismus in Reinkultur; für die Arbeiter aber eine neue unübertreffliche Belehrung über den Zusammenhang von Krieg und Geschäft.

Annähe Rederei!

Toulon, 10. September. Marineminister Delcassé hielt auf einem Bankett eine Rede, in welcher er ausführte, er habe mit Interesse den ersten Teil der Wanderversammlung und er dürfe danach feststellen, daß das Rüstzeug zum Kampfe auf der Höhe der Aufgaben stehe, die man von ihm verlangen könne, und daß es den Opfern entspreche, die man von der Nation fordern könne. Delcassé schloß: Ich bin unbefriedigt glücklich, daß die Meinung des Landes sich ohne den geringsten Unterschied in vollständiger Übereinstimmung mit demjenigen befunden hat, die die Regierungsgewalt innehaben. Ich stelle nochmals fest, daß das Kriegsmaterial für alle Eventualitäten bereit ist. Sodann dankt Delcassé auf das Wohl der französischen Armee und Marine.

Die Einmütigkeit des Landes mit der Regierung ist in Frankreich ebenso gering wie in Deutschland. Weder hier wie dort wollen die arbeitenden Massen etwas vom Militarismus und seinen Folgen wissen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. September 1911.

Ein Kirchenblatt hecht zum Massenmord.

Die „Allgemeine evangelisch-lutherische Kirchenzeitung“ hecht in einer Weise zum Kriege, das es sogar der „Kölnischen Volkszeitung“ zu stark wird. Nach der Darstellung des kirchlichen Blattes sollen sogar die Frauen sagen: „Lieber Krieg als nachgeben!“ und Johanniterinnen und andere freiwillige Krankenpflegerinnen stellen ihre Köpfe ge-

pakt zum Mobilmachungsfalle bereit hin! Das Kirchenblatt schreibt wörtlich:

Die Haltung der deutschen Regierung wird inzwischen dem Gros der Patrioten immer unverständlicher. Sie habe, so wird offiziös verkündet, nie die Absicht gehabt, ein Stück Marokko zu besetzen. (Das ist erweislich eine falsche Darstellung.) Sie wolle Frankreich völlig freie Hand in Marokko geben. (Auch davon war bisher nie die Rede.) Nur müßten wir dafür eben entschädigt werden — und da wird uns französisch-Kongo in leuchtenden Farben geschildert. Was ist uns der Kongo? Vor sechs Monaten dachte an ihn kein Mensch, er ist uns ebenso gleichgültig, wie Madagaskar oder Tahiti. Nein, das, worauf es uns ankommt, ist, daß wir weder in Marokko oder sonstwo einen diplomatischen Rückschlag antreten, weil es dann glücklich so weit wäre, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von uns nähme. Die einzige annehmbare Erklärung für das Verhalten der Regierung wäre daher diese: man will so über die Ragen nachgiebig sein, wie König Wilhelm 1870 in Toms, damit alle Welt sagen muß: mehr hätte Deutschland auf keinen Fall tun können. Und wenn das, wie bei dem französischen Nationalcharakter und der englischen Hegerätigkeit natürlich erscheint, nur zu verstärkter Dreistigkeit der Gegner führt — nun, dann in Gottes Namen die Dinge bis zur Bräuterei Deutschlands reifen lassen, die dann das ganze Volk in seinen Tiefen aufrüttelt. Man interessiert sich überhaupt für nichts anderes mehr, und die einzige Frage des Tages lautet: Marschieren wir?

Die christlichen Herren können es also gar nicht abwarten, bis sich die christlichen Nationen den Prozentpatrioten zuliebe die Gurgel abschnitten! Ihr Patriotismus schreit dabei sogar nicht vor den niederträchtigsten Insinuationen der Regierung gegenüber zurück!

Will sich die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“, die uns auch noch immer die Antwort auf unsere Anfrage wegen des schmachvollen Gehartfelds des „Deutschen Armeeblasses“ schuldig geblieben ist, noch immer nicht zu dem Geständnis bequemen, daß in Deutschland eine geradezu infame Kriegshege betrieben wird?!

Amtliche Agitation für die Kriegervereine.

Nach der „Korrespondenz für Heer und Politik“ hat der Kriegsminister einen Erlaß verfaßt, durch den er auf eine stärkere Beteiligung der aktiven und inaktiven Offiziere bei allen Veranstaltungen der Kriegervereine hinwirkt. Fernerhin soll an sämtliche Kommandobehörden des Heeres vom Kriegsminister das Ersuchen gerichtet worden sein, den Kriegervereinen in Zukunft jede Unterstützung zuteil werden zu lassen. Besonders soll für die Gewinnung der Reservisten für Kriegervereine agitiert werden. Wie der Kriegsminister betont, soll durch diese Maßnahme der Sozialdemokratie energisch entgegen gearbeitet werden. Auch soll der Kriegsminister die Frage aufwerfen, ob es nicht angängig sei, daß die leitenden Heeresstellen sich mit den nationalen Jugendpflegevereinen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Verbindung setzen!

So wird also von den amtlichen Organen mit Hochdruck für die völlige Militarisierung des Volkes gearbeitet. Helfen wird das natürlich alles nichts. Denn die Sozialdemokratie wird solchen amtlichen Maßnahmen gegenüber ihre Werbekraft nur verdoppeln!

Alldeutscher Flotten- und Marokkorummel.

Auf dem alldeutschen Verbandstag, der in Düsseldorf tagte, wurde eine Resolution zur Flottenfrage angenommen, durch die ein schneller Ausbau der deutschen Wehrmacht zur See und zwar mindestens vom Jahre 1912 ab der Bau von wenigstens zwei Panzerkreuzern (statt des durch das Flottengesetz vorgesehenen Baues von einem Panzerkreuzer) gefordert wurde.

Auch in der Marokkofrage lösteten die Alldeutschen ihr Wüster. Der Vorsitzende Rechtsanwalt Klug-Mainz erklärte, daß man gehofft habe, daß unsere auswärtige Politik „nach 23 mageren Jahren endlich einen wirklichen Erfolg zeitigen werde, dessen gesunde Wirkung auf den inneren Oader sehr zu begrüßen gewesen wäre.“ Die Alldeutschen hofften also, daß durch ein frisch-fröhliches Kriegsabenteuer ein Ausweg aus den inneren Wirren gesucht werde! Von der sogenannten Kompensationspolitik wollten natürlich die alldeutschen Kriegsjäger nichts wissen. Alles, was unabhängig sei in unserem Vaterlande, erbege gegen eine solche Kompensationspolitik schärfsten Protest. Man glaube im Sinne von Millionen Mitbürgern zu sprechen, wenn man den Erwerb von Westmarokko als eine politische Notwendigkeit fordere! Die Kompensationspolitik der Regierung könne „keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken.“ Eine Resolution forderte schließlich „in genauester Kenntnis der Stimmung der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes“ eine Regierungspolitik im alldeutschen Sinne, also eine Eroberungspolitik um den Preis des Weltkrieges!

So bekämpften auch unsere Herren Alldeutschen in der schärfsten Form die Marokkopolitik der Regierung, so reizten sie streupellos zu einem Krieg gegen Frankreich auf. Ist auch das nach Ansicht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ noch keine Kriegshege?!

Gegen die Flottenvorlage

wendet sich die neueste Nummer der ultramontanen „Märk. Volksztg.“. Das Blatt erklärt, daß, ganz abgesehen von der Gefährlichkeit, durch Einbringung einer Flottenvorlage im gegenwärtigen Augenblick England zu einem Verzweiflungsakt zu treiben, eine Flottenvermehrung schon deshalb völlig überflüssig sei, weil die deutsche Flotte zurzeit stark genug sei, um es mit der englischen aufnehmen zu können. In der Personalfrage habe Deutschland sogar einen Vorsprung vor England. Dazu komme, daß Helgoland gut besetzt sei und Deutschland vor einem englischen Flottenangriff schütze, während die englische Flotte in der unruhigen Nordsee liegen müsse. Unsere Torpedoboote seien reichlich ausreichend, um eine englische Flotte zu beunruhigen und die Mannschaft nervös zu machen. Auch dürfe nicht vergessen werden, daß England nie seine ganze Kanalflotte. Aus all diesen Gründen „braucht man keine Flottenvorlage; was man 1910 geschaffen und ausgedacht hat, ist allen Anforderungen gewachsen bis 1917“.

Wir nehmen von dieser Stellungnahme Notiz, nicht weil wir sie als einen Beweis gegen die Einbringung einer Flottenvorlage nach den Reichstagswahlen betrachten, sondern deshalb, um dies ultramontane Zeugnis für die Zeit aufzubewahren, wo auch das Zentrum wieder seine Zustimmung zur neuen Flottenvorlage begründen wird!

Die „Kreuzzeitung“ für Erhöhung der Tabaksteuer.

Die „Kreuzzeitung“ erhob jüngst wiederum gegen das deutsche Tabakgewerbe den Vorwurf, daß die anlässlich des letzten Tabaksteuergesetzes erfolgten Preisausschläge für Zigarren und Zigaretten zu hoch seien und bemerkt dazu betreffs der starken Zunahme des Zigarettenverbrauches:

„Wenn man halbwüchsige Jungen auf der einen und Steinträger auf der anderen Seite der Straße beim Herumlungen oder bei der denkbar schwersten Arbeit ununterbrochen eine Zigarette nach der anderen rauchen sieht, so fragt man sich, ob nicht eine ganz unverhältnismäßig höhere Besteuerung namentlich dieses vielfach wie ein schweres Gift wirkenden Reizmittels oder „sogenannten“ Genussmittels angeeignet wäre.“

Hierauf antwortet die „Süddeutsche Tabakzeitung“:

„Gerade der „Kreuzzeitung“ steht es doch wahrlich recht schlecht an, der Besorgnis um die Gesundheit des deutschen Volkes in dieser Weise Ausdruck zu geben, denn vielleicht erinnert sich dieses Blatt noch der Tatsache, daß gerade die von ihm vertretene Partei — glücklicherweise erfolglos — bei Gelegenheit der im Reichstage stattgehabten Beratung der Finanzreform den Antrag stellte, für den Schnaps einen „nicht zu knappen“ Mindestgehalt an Alkohol gesetzlich vorzuschreiben. Sollte aber mit dieser verschämten Forderung auf Verdräufung des Zigarettenkonsums ein ballon d'essai losgelassen werden, so möchten wir demgegenüber energigsten Protest gegen jeden weiteren Versuch erheben, irgend einen Zweig des deutschen Tabakgewerbes auf neue durch Steuerobjekte zu beunruhigen.“

Es ist ganz nützlich, daß das Attentat auf die Volksgesundheit, das die Schnapsgrafen beabsichtigten, wieder in Erinnerung gebracht wird. Ist das doch auch zugleich eine Aufforderung, den Schnapsboykott immer aufs neue zu propagieren.

Die bürgerlichen Friedensfreunde kneifen.

Aus Brüssel wird telegraphiert: Der Rat der Interparlamentarischen Union hat beschlossen, die für Oktober nach Rom einberufene Konferenz auf nächstes Frühjahr zu verschieben.

Die Nachricht zeigt nur wieder einmal, daß, wenn es ernst wird, die phrasenreichen Herren sich nicht einmal zu Worten ausschwingen können, so schwer ihnen die Schweigensamkeit auch fällt.

Wie die Kerle schwindeln wollen!

In ihrem Wochenrückblick kommt die „Kreuz-Zeitung“ auf die sozialdemokratische Friedensdemonstration in Treprow zu sprechen und erklärt:

„Wir sprechen es offen aus, daß bei den Wahlen die von Partei wegen abgehaltenen Demonstrationen der Sozialdemokratie zugunsten der französischen Forderungen gegen sie und ihre etwaigen Wahlhelfer „ausgenutzt“ werden müssen. Den deutschen Wählern muß es überall so einträglich wie möglich gesagt werden, daß diese Partei die Ehre Deutschlands preisgegeben unter allen Umständen einschloß war. Die illustrierten Tageszeitungen bringen photographische Aufnahmen der Versammlung im Treprower Park mit vielen Hundert aufgehobenen Händen für die Resolution „Gegen den Krieg“. Diese Bilder zeigen auch junge kräftige Männer, manche gewiss Reservisten, und alle diese gelobten bedingungslos, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß einzusetzen für den „Völkerrfrieden“. Kein Deutscher, der die Ehre hat, für sein Volk und seinen Kaiser im Felde mit seinem Leben einstehen zu dürfen, wird einen so feigen Beschluß fündgeben, wenn er nicht sich innerlich ganz von seinem Volk und Vaterland abgewandt hat. Und mit solchen Kerlen bei den Reichstagswahlen gemeinsame Sache zu machen, heißt sich auf die tiefste erniedrigen. Nur bei dem ebenfalls internationalen Judenvolk kann man es verstehen, wenn es sich politisch zu dieser Gesellschaft hingezogen sieht.“

Man kann es den Konserwativen nicht verwehren, den Versuch zu machen, das Volk noch mehr anzuschwindeln, als wie es von diesen staatszerstörerischen „Kerlen“ bisher schon geschehen ist. Es wird aber selbstverständlich dafür gesorgt werden, daß die Massen immer mehr auf das volksfeindliche Treiben der Junker aufmerksam gemacht werden und es wird dann abzuwarten sein, wer die besten Geschäfte damit macht — die preussischen Junker mit ihrer abgrundtiefen Verlogenheit oder die Sozialdemokratie, die sich unverdrossen die Aufklärung des Volkes angelegen sein läßt.

„Die Kerntuppe des katholischen Arbeitervereins.“

Die ultramontane Presse im allgemeinen und die kirchliche Arbeiterpresse im besonderen regen sich jedesmal gewaltig auf, wenn die sozialdemokratische Presse den Raudeis führt, daß die sogenannten katholischen Arbeitervereine Vereinigungen sind, denen zu jeder ernsthaften, praktischen, sozialen Betätigung alle Fähigkeiten fehlen. Jetzt wird der sozialdemokratischen Presse ein Wortwurf daraus gemacht, daß sie die unwürdige Rolle gebührend beleuchtete, die die katholischen Arbeiter auf dem diesjährigen Katholikentage spielen mußten. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ nennt diese Kritik eine Beschimpfung und der Münchener „Arbeiter“ spricht von nichtswürdiger Gerabehung der katholischen Arbeiter durch die sozialdemokratische Presse. Der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, dem Organ des Herrn Giesberts, passiert nun aber in ihrer Nr. 33 das Malheur, durch einen Bericht über die Feier des 25jährigen Stiftungsfestes eines „katholischen Pfeifenklubs“ selbst zu zeigen, welch unwürdiges Spiel mit den katholischen Arbeitern in diesen Vereinen getrieben wird.

In dem Bericht heißt es wörtlich:

Im Anschluß an die in allen Teilen so schön verkaufene 25-jährige Jubelfeier des katholischen Arbeitervereins veranstaltete der Pfeifenklub, der im selben Jahre entstand, auch eine Feier zu Ehren seines 25-jährigen Bestehens. Nach dem Vortrag einiger Musikstücke ernsten und heiteren Charakters, worunter besonders die Ouvertüre zur Oper Ronna hervorzuheben ist, folgte das Abingen des Klubs: Wenn mein Weiden lustig brennt. Danach ergriff der Vorstand des katholischen Arbeitervereins das Wort und ließ die Geschichte des Vereins an den Augen der Anwesenden vorüberziehen. Man erkannte die Notwendigkeit einer solchen Vereinigung an, die sich hohe Ideale zum Ziele setzte und dann auf allen Gebieten des religiösen Vereinswesens — denn der katholische Arbeiterverein war seine Mutter — in hervorragender Weise sich betätigte, so daß er mit Recht den Titel „Kerntuppe des Vereins“ verdient.

Der „Pfeifenklub“ als Kerntuppe des katholischen Arbeitervereins! Und der Vorstand des katholischen Arbeitervereins feiert die hohen Ideale des Pfeifenklubs! Jedes Wort der Kritik würde die Wirkung dieser Feststellungen abschwächen. Aber es lohnt sich hier einige kritische Ausführungen zu wiederholen, die man im Jahre 1907 am 9. November in einem nichtsozialdemokratischen Blatt über die katholischen Männervereine lesen konnte. Das Blatt schrieb:

Die Männervereine haben es noch nicht verstanden, sich den heutigen Zeitverhältnissen anzupassen. Man unterläßt es vielfach noch, die Mitglieder für die Vereinsarbeit zu interessieren, sie zu derselben heranzuziehen. Einzelne Vereine kennen selbst noch keine Vorstandswahl. Es fehlt an geistiger Regsamkeit. Die geistige und soziale Schulung der Mitglieder

läßt noch viel, mancherorts alles zu wünschen übrig. Statt positiv zu arbeiten, tüchtige, geschulte Männer heranzubilden, die für ihre Sachen kämpfen und werben, sind manche unserer Vereine nur Abwehrvereine, Großkinderbewahranstalten!

Diese treffliche Kennzeichnung der katholischen Männer- und Arbeitervereine war zu lesen in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, die die gleiche Kritik der sozialdemokratischen Presse als nichtswürdige Herabsetzung der katholischen Arbeiter empfindet. Wie berechtigt aber die sozialdemokratische Kritik ist, beweist die 25jährige Jubelfeier des Pfeifenklubs in der Pfalz. Die katholischen Männer- und Arbeitervereine sind in der Tat Großkinderbewahranstalten.

Die geistigen Waffen des Zentrums.

Aus Düsseldorf wird uns gemeldet: Zu wüsten Szenen kam es gestern in verschiedenen Zentrumsversammlungen des Düsseldorfer Wahlkreises. In der Zentrumsversammlung im Paulushause hier wurde, während der durch seine Degredation berückelte Kaplan Geiger sprach, ein demokratischer Diskussionsredner im Saale von einer Schar fanatisierter Zentrumsleute tätlich angegriffen. Die Frau eines demokratischen Ingenieurs wurde mit Fuhrtritten und gemeinlichen Beschimpfungen regaliert; den anwesenden Generalsekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung des Ultramontanismus beleidigten Zentrumsleute aufs schwerste, während die anwesenden Führer des Zentrums nichts zum Schutze des Beleidigten taten. Herbeigeholte Polizei erklärte, trotzdem sie nichts gesehen, der beleidigten Dame, daß ihr nichts passiert wäre, wenn sie sich anständig benommen. Auf der Polizeiwache soll sich ein Beamter geweigert haben, ein Protokoll aufzunehmen. Die Angelegenheit wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Gleichzeitig wurde in Lintorf in der Versammlung des Abgeordneten Gräfenberg der demokratische Kandidat Dreifeld, als er eine Antrage wegen Diskussion stellte, bedroht und der demokratische Parteisekretär Resfriepte schwer mißhandelt.

Soldaten als Lohndrücker.

Glogau, 8. September. Nicht nur, daß der fleißige Magistrat den Neubau des Offizierskasinos ohne jegliche Vergütung ausführen läßt und nach Fertigstellung desselben den Herren Offizieren gegen einen jährlichen minimalen Mietzins überlassen will, nimmt man zu den Ausschachtungsarbeiten jetzt seit mehreren Tagen schon Soldaten, die unter Aufsicht von Unteroffizieren diese Arbeiten verrichten. Wie wir weiter erfahren, sollen sogar die Kellergründarbeiten und nicht von gelehrten Bauhandwerkern aufgemauert werden. Dieses Vorgehen ist um so unbegreiflicher, als infolge des niedrigen Wasserstandes der Oder die Schiffsahrt gänzlich eingestellt ist und ein großes Heer Transportarbeiter seit Wochen auf dem Pflaster liegt. Daß der angebotene freisinnige Glogauer Magistrat als Baubehörde den Unwillen der Bevölkerung heraufbeschwörende Lohndrücker und Entziehung von Arbeitsgelegenheit vornehmen kann, ist recht bezeichnend für diese Gattung Stadtbäter.

Geistig minderwertig und dienstunfähig und doch in Uniform!

Die Leidensgeschichte eines geistig minderwertigen und dienstunfähigen Soldaten wurde in einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Dresden aufgerollt. Der Fall ist insofern besonders bemerkenswert, daß von der Militärjustiz gegen einen Mann, dessen Dienstunbrauchbarkeit festgestellt und der sich mit Rücksicht auf seine geistige Veranlagung der Tragweite seiner Handlungswirkung zweifellos nicht bewußt ist, das schwerste Verbrechen aufgedeckt wurde. Wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, Beharren im Ungehorsam und ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung mußte der wegen Dienstunbrauchbarkeit zur Disposition entlassene Kanonier und Dienstinnecht Wagnitz früher bei der 3. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 78 in Wurzen — auf der Anklagebank Platz nehmen. Schon der Umstand, daß der Angeklagte vor Gericht in Vollkleidung und mit einer Rose im Knopfloch erschien, ließ erkennen, daß man es hier mit einem für sein Tun nicht verantwortlichen zu machenden bedauernswerten Menschen zu tun hat. Wagnitz wurde im Herbst 1900 bei seinem Truppenteil eingestellt. Infolge seiner geistigen Veranlagung beging er verschiedene Ungehorsamkeiten und zog sich dadurch verschiedene Disziplinarstrafen zu. Wegen Gehorsamsverweigerung wurde er sogar kriegsgerichtlich mit zwei Monaten Gefängnis bestraft. Der Angeklagte erklärte selbst, daß er nicht wisse, wie er zu all diesen Dingen gekommen ist. Der Hauptmann dagegen, nannte das Verhalten eine „krankhafte Reizung, sich gegen die Disziplin aufzulehnen“. Dabei ist aber festzustellen, daß Wagnitz infolge seiner geistigen Minderwertigkeit in allem zurückgeblieben ist und nicht mal schreiben kann! Erst als man sah, daß Wagnitz in jeder Beziehung eine große Gleichgültigkeit an den Tag legte, hegte man Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit. Nun erst wurde der Soldat auf seinen Geisteszustand beobachtet. Die Ärzte sprachen im Hinblick auf die geistige Minderwertigkeit die Dienstunbrauchbarkeit aus und nun erst wurde Wagnitz endlich vom Militär entlassen. Es kamen nun aber hinterher noch einige Vorgänge zur Sprache, die zu der neuen Anklage führten. Eines Sonntags wollte Wagnitz ausgehen und sich in der Unteroffiziersstube anmelden. Er wurde vom Unteroffizier fünf bis sechsmal zur Tür hinausgeschickt, mußte aber nicht warum. Darüber verärgert, verließ er, ohne Stellung zu nehmen, die Unteroffiziersstube und ging in seine Stube. Mehrere Zitate des Unteroffiziers hat er überhört. Verschiedene ihm von Soldaten überbrachte Befehle, in die Unteroffiziersstube zu kommen, ließ er in der Erregung unbesorgt und unhörte: „Der Unteroffizier denkt wohl, er kann mich verarschen, ich komme nicht!“ Als er dann später vom Vorgesetzten zur Rede gestellt wurde, soll er keine Stellung genommen haben. Im Lazarett, in dem er sich zur Beobachtung auf seinen Geisteszustand befand, soll er eines Tages früh trotz mehrfacher Aufforderung nicht aus dem Bett aufgestanden sein und dabei gelacht haben. Folge — Verhalten im Ungehorsam im Lazarett! Vor Gericht erklärte der Angeklagte, er habe sich bei all diesen Vorgängen nichts gedacht; eine Absicht habe er nie verfolgt. Im übrigen zeigte sein ganzes Benehmen, daß er sich der Tragweite dessen gar nicht bewußt war. Der ärztliche Sachverständige erklärte, bei Wagnitz liege wohl eine geistige Minderwertigkeit, aber keine Willensunfreiheit im Sinne des § 61 vor. Während der Anklage über das Auftreten des Unteroffiziers sei der Angeklagte nicht zurechnungsfähig gewesen, aber für all die übrigen Vorgänge verantwortlich! Das Kriegsgericht verurteilte den bedauernswerten Mann zu der exorbitanten Strafe von 3 Monaten Gefängnis! — im Interesse der Disziplin!

Kommentar überflüssig!

Keine Mobilisierung gegen den „inneren Feind“.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Unter Bezugnahme auf den in Nr. 208 des „Vorwärts“ vom 6. September 1911 erschienenen Artikel mit der Überschrift „Nationalbewegung unter militärischem Schutz“ wird gemäß § 11 des Pressegesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung ersucht: „Die Behauptung, daß am Tage der Weihe des neuen Rat-

hauses in Chemnitz — am Sonnabend, den 2. September — eine Kompanie des 104. Infanterie-Regiments mit scharfen Patronen ausgerüstet, marschbereit in der Kaserne gestanden habe, ist unzutreffend.“

b. Laffert,
Generalleutnant und Garnisonältester.

Frankreich.

Die Tenierung.

Paris, 10. September. In dem Arbeiterviertel Belleville ist es heute vormittag wegen der Lebensmitteltenierung zu ersten Ausschreitungen gekommen. Ein italienischer Anarchist ist als Räufelührer verhaftet worden, er wird ausgewiesen werden.

Charleville, 10. September. Bei einer Kundgebung gegen die Lebensmitteltenierung am heutigen Nachmittag gab die Verhaftung eines Demonstranten das Zeichen zu Ausschreitungen. Die Ruhestörer zogen vor das Polizeigebäude und forderten die Freigabe des Verhafteten. Eine Eskadron Dragoner und Gendarmen gingen mit blanken Waffen gegen die Menge vor. Viele junge Leute und Frauen stürzten sich vor die Pferde. Zwei Reiter wurden zu Boden gerissen. Es wurde beschossen, einen Generalstreik von 24 Stunden zu veranstalten.

Reims, 10. September. Die gestrigen Unruhen nahmen im Laufe des Abends äußerst ernsten Charakter an. Die Demonstranten löschten die Straßenlaternen aus und rissen die Steine aus dem Pflaster, um sich des Angriffs der Kavallerie zu erwehren. Auch Infanterie ging gegen die Ruhestörer vor. Sowohl von den Truppen als auch von den Ruhestörern wurden viele verletzt. Mehrere Läden wurden geplündert. Man verhaftete 13 Personen. Um 1 Uhr früh war die Ruhe noch nicht wiederhergestellt.

Paris, 11. September. In Pont-a-Mousson kam es wegen der Lebensmitteltenierung zu so heftigen Krawallen, daß Polizisten und Dragoner einschreiten mußten. Drei Soldaten wurden durch Steinwürfe verletzt und 15 Ruhestörer verhaftet.

Militär und Politik.

Paris, 10. September. Der Kriegsminister Reiffers hat ein Rundschreiben erlassen, durch welches den Militärpersonen streng untersagt wird, sich an politischen Kundgebungen irgend welcher Art zu beteiligen. Wie es heißt, ist das Verbot dadurch veranlaßt worden, daß in der letzten Zeit Soldaten revolutionären Versammlungen beigewohnt und sich an kirchlichen Demonstrationen beteiligt und daß Offiziere Artikel veröffentlicht haben, in denen sie bei der Erörterung militärischer Fragen auch das politische Gebiet streifen.

Spanien.

Wassersnot.

Madrid, 11. September. In Penagos ist es wegen des herrschenden Trinkwassermangels zu heftigen Unruhen gekommen, in deren Verlauf die Bevölkerung die Bürgermeisterei mit Steinen beworf. Als Gendarmen gegen die Aufrührer vorgegangen, wurde sie mit Schüssen empfangen. Sechs Personen, unter ihnen ein Brigadier der Gendarmen, wurden hierbei getötet, zwanzig verwundet und dreißig Verhaftungen vorgenommen.

Belgien.

Eine Kundgebung gegen die Tenierung.

Brüssel, 11. September. Der allgemeine Arbeiterverband erläßt im „Peuple“ einen Aufruf an die Arbeiter, sich den Gewerkschaften und den Konsumvereinen anzuschließen. Angesichts des Verhaltens der Regierung und des Großkapitals, die Schuld an der Lebensmitteltenierung seien, mühten sich die Arbeiter vereinigen, um so dem Lebensmitteltenier einen Arbeiterstreik gegenüberzustellen. Auch die Landwirte werden aufgefordert, sich der Bewegung anzuschließen. In dem Aufrufe wird verlangt, freie Einfuhr von Zucker und Fleisch, Abschaffung der Oktroi, Herabsetzung der Tarife für landwirtschaftliche Produkte, energisches Vorgehen gegen Lebensmittelpekulanten und -händler, sowie Aufhebung einer Reihe von Verfügungen, die die kleinen Landwirte bedrücken.

Schweden.

Der erste Sozialdemokrat im neuen Reichstag.

Die Neuwahlen zur Zweiten Kammer des Reichstags sind jetzt in vollem Gange, werden jedoch noch bis Ende dieses Monats dauern, und auf das endgültige Ergebnis wird man sicherlich noch einige Wochen länger warten müssen. Die Auszählung und Berechnung der Stimmen nach dem neuen, proportionalen Wahlsystem erfordert viel Zeit. Aus einem Wahlkreise, dem Nordkreis von Döstergöland, wo die Wahl am Sonntag vor acht Tagen vollzogen wurde, liegt das Ergebnis bereits vor. Es sind dort 4855 freisinnige, 3037 sozialdemokratische, und 8570 konservative Stimmen abgegeben worden. Gewählt sind zwei Freisinnige, ein Sozialdemokrat und ein Konservativer. Der Kreis hatte bisher fünf Abgeordnete zu wählen und war im alten Reichstag durch vier Konservative und einen Freisinnigen vertreten. Das erste Wahlergebnis, das bekannt wird, zeigt also eine Verschiebung nach links und bringt zugleich die Wahl eines Sozialdemokraten in einem Kreise, wo ein Sieg für unsere Genossen bisher nicht möglich war. Der gewählte Genosse ist der Metallarbeiter Lördholm in Finspong.

Persien.

Unruhen im Süden.

London, 11. September. Die „Morningpost“ meldet vom 10. September aus Teheran: Der Gouverneur von Schiraz telegraphierte dem Ministerpräsidenten: Ich und fünftausend Mann sind hier eingeschlossen. Die Stadt ist von kiristanischen Krabberorden umzingelt. Ich bin zu schwach, der Lage Herr zu werden. — Der Korrespondent der „Morningpost“ fügt hinzu, daß ein großes Blutbad unter den Einwohnern wahrscheinlich ist. Die gegenwärtige Lage ist verzweifelt, man befürchtet das Schlimmste.

3. Deutscher Städtetag.

Posen, 11. September.

Telegraphischer Bericht.

Dem Städtetag gehören als stimmberechtigte Mitglieder alle Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern an bis auf 6 Städte, die sich noch nicht angeschlossen haben. Auf der diesmaligen Tagung sind 144 Städte und 9 Städteverbände vertreten. In erster Stelle spricht Oberbürgermeister Ebeling-Dessau über die Prüfung der

Kreditverhältnisse der deutschen Städte.

Als zweiter Berichterstatter über dasselbe Thema sprach Oberbürgermeister Geheimrat Dr. Weutler-Dresden.

Auf diese mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referate knüpft sich auf Vorschlag von Oberbürgermeister Kirchner zunächst eine allgemeine Besprechung.

Zur Spezialdebatte lag keinerlei Wortmeldung vor. Der 3. deutsche Städtetag sah hierauf einstimmig, gemäß den Vorschlägen des Vorstandes des deutschen Städtetages, folgende Beschlüsse:

1. Trotz Vorhandensein gewisser Mängel in der Kreditbeschaffung der deutschen Städte wird von der Errichtung eines Zentralinstituts auf der Grundlage einer Aktiengesellschaft oder einer Genossenschaft oder dergleichen abgesehen, dagegen eine Vermittlungsstelle für kommunale Darlehen einzurichten empfohlen.
 2. Hierbei ist zu beachten, daß für kurzfristige Darlehen eine Selbstvermittlungstelle der großen deutschen Städteverwaltungen besteht. Es wird daher zu erwägen sein, die Vermittlungsstelle für langfristige Kommunaldarlehen an diese anzuschließen.
 3. Als Aufgabe der Vermittlungsstelle kommt weiter in Betracht, schon zur Erzielung eines besseren Marktes, auf einen möglichst einheitlichen Anleihebyp der Städteanleihen in Bezug auf Verzinsung, Rückzahlung bzw. Tilgung und sonstige Rückzahlungsbedingungen hinzuwirken.
 4. Für geringere Kreditbedürfnisse und wo die Ausgabe eigener Kreditbriefe der Stadt nicht gewünscht wird, ist eine Geschäftsverbindung mit Bankinstituten oder anderen Anstalten, die Kommunale Kreditbriefe ausgeben, möglichst in provinzialer Gliederung einzuleiten und zu pflegen.
 5. Ferner ist ständige Fühlung mit den deutschen städtischen Sparkassen zu unterhalten und die Anlegung von Sparkassengeldern in deutschen Städteanleihen und solchen kommunalen Kreditbriefen, die zur Deckung von städtischen Anleihen ausgegeben werden, zu fordern.
 6. Die Vermittlung soll provisionsfrei und nur gegen Erstattung der unmittelbaren Aufwände erfolgen.
 7. Den Mitgliedern des Deutschen Städtetages ist dringend zu empfehlen, außerordentliche Bedürfnisse mehr als bisher geschehen, durch Fondsbildung zu decken und dadurch das Anschwemmen der städtischen Anleihen zu vermeiden und den Wohlstand der Städte zu heben.
- Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag verlagert.

Aus der Partei.

Die Parteitagsdelegation von Stuttgart.

Bekanntlich hatte die Stuttgarter Parteitagsdelegation die am 26. und 27. August vorgenommene Urwahl der Delegierten zum Jänner Parteitags wegen verschiedener dabei vorgekommener Unregelmäßigkeiten kassiert und für den 7. September eine neue Wahl ausgeschrieben. Die Genossen Hildenbrand, Rapp, Weinkämpen und Sämann hatten in der „Schwäbischen Tagwacht“ gegen die zweite Wahl protestiert und Stimmenthaltung propagiert. Das Resultat der zweiten Wahl ist folgendes; in () sind die Ziffern der ersten Wahl beigefügt: Es wurden insgesamt 1613 (1765), ungültig 29 (92). Davon erhielten Weinkämpen 262 (525), Müller 1264 (988), Frau Dunder 1384 (1097), Hildenbrand 542 (870), Rapp 446 (874), Sämann 308 (617) und Westmeyer 1354 (1080) Stimmen. Gewählt sind demnach die Genossen Dunder, die Genossen Westmeyer, Müller und Hildenbrand.

Generalversammlung des Vereins Arbeiterpresse.

Am Sonnabendnachmittag und Sonntag hielt in Zeitz ein unter Anwesenheit von etwa 200 Mitgliedern, der Verein Arbeiterpresse seine 12. Generalversammlung ab. Nach Erledigung einer Reihe beruflicher Fragen hielt Genosse Robert Schmidt einen Vortrag über: „Die Verschärfung der Prezensgesetze“.

Wegen der weit vorgeschrittenen Zeit verzichtete Genosse G. a. d. n. a. e. darauf, noch seinen Vortrag über: „Die Behandlung sozialdemokratischer Redakteure im Gefängnis“ zu halten. Er wird das Referat gedruckt in den „Mitteilungen“ niederlegen. Er beschränkte sich darauf folgende Resolution kurz zu begründen, die darauf einstimmig angenommen wurde:

„Die Generalversammlung des Vereins Arbeiterpresse verurteilt aufs Schärfste, daß immer noch Redakteure und andere Personen, die wegen angeblich politischer oder gewerkschaftlicher Vergehen verurteilt sind, in den Gefängnissen einer unwürdigen und dem Reichsjustizgesetzbuch widersprechenden Behandlung unterworfen werden. Diejenigen Behörden, die solche Handlungen an ihren politischen Gegnern verüben oder dulden, erweisen dadurch nur ihre Gefährlichkeit im politischen Kampfe.“

Die Generalversammlung fordert, daß das Reichsjustizamt durch allgemeine und ungewöhnliche Anweisung an die Strafvollzugsbehörden für Sorge trifft, daß den politischen Gefangenen die Selbstbeschäftigung, die Selbstverpflegung, das Tragen eigener Kleidung und überhaupt eine der Stellung des politischen Gefangenen entsprechende anständige Behandlung gesichert wird.

Die Generalversammlung erhebt ferner entschiedenen Einspruch gegen die den Strafvollzug verschärfenden und verschärfenden Bestimmungen des Vorentwurfs zum Deutschen Reichsstrafgesetzbuch, die wegen der Möglichkeit ihrer Anwendung auf die Presse und auf politische und wirtschaftliche Kämpfe (z. B. Ausbreitung, Fälschung, Verdrängung, Verleumdung usw.) geeignet sind, die Stellung der Presse in den politischen und sozialen Kämpfen außerordentlich zu erschweren und die presserechtlich verantwortlichen Redakteure der rohesten Mißhandlung und der schlimmsten Willkür auszuliefern.“

Zum Schluß legte Bloch-Leipzig noch einen Antrag vor, der gleichfalls einstimmig gutgeheißen wurde. Der Antrag verlangt, daß in einer Eingabe an den Reichstag gegen den Beschluß des Reichstages bei der 2. Lesung des Gesetzentwurfs betreffend Änderung des Strafgesetzbuches vom 12. März 1900 Protest erhoben werden soll. Durch die Abänderung der §§ 186, 187 und 189 würde eine schwere Bedrohung der ohnehin kümmerlichen deutschen Pressefreiheit herbeigeführt. Die Existenz keiner Mäler würde mit einem Schlage vernichtet, die mittlerer schwer erschüttert, wenn die Höhe der Geldstrafen für Verleumdungen bis zu 10 000 M. und die der Buße bis zur Höhe von 20 000 M. festgesetzt werden kann, wie es der Antrag Wagner-Gröber-Heinze in Uebereinstimmung mit der Nr. 4 des Regierungsentwurfs bestimmt. Die Reichsjustiz solcher hohen Geldstrafen und Bußen heißt: den Gerichten die Befugnis zur Unterdrückung mißliebiger Zeitungen geben. Wenn die Kritik öffentlicher Mißstände, die politische Polemik mit ruinösen Strafen bedroht wird — und selbst bei größter Gewissenhaftigkeit ist kein Redakteur vor falschen Informationen oder vor Leiden- schaftsausbrüchen geschützt —, so wird der Entartung der Presse, dem Vordringen der reinen Nachrichten-, Klatsch- und Sensationspresse, die die politische Indifferenz und den geistigen Niedergang der Leser fördert, Vorschub geleistet.

Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. In Stelle des bisherigen Vorsitzers Bloch, der nach Leipzig übergesiedelt ist, wurde Genossin Thiede, Buchhalterin in der Buchdruckerei Vorwärts, gewählt.

Als Sitz des Ausschusses wurde wieder Hamburg bestimmt.

Ein Denkstein für Hermann Goldstein.

Zwei Jahre sind verfloßen, seitdem Genosse Hermann Goldstein in den sächsischen Parteigenossen entziffen wurde. Besonders in den letzten Jahren, wo er als einziger sozialdemokratischer Vertreter im Landtage tätig war, stand er im Vordersten Treffen der heftigsten Kämpfe. Daß die sächsischen Parteigenossen seiner gedenken, zeigten sie dadurch, daß sie ihm einen würdigen Denkstein gewidmet haben, der am Sonntag durch eine kurze Feier enthüllt wurde. Ein mächtiger Block aus Reibner Granit erhebt sich über dem Grabe. In Lebensgröße sind die charakteristischen Gesichtszüge von Künstlerhand nachgeformt und in Bronze gegossen worden. Darunter stehen Name und Geburtstag sonst nichts. Note Steine, ebenfalls Reibner Granit, umsäumen das Grab.

Gewerkschaftliches.

Die politische Polizei im Kampfe gegen das Bäckerplakat.

Die Berliner Bäckermeister, welche die Forderungen des Bäckerverbandes bewilligt haben, teilen dies bekanntlich auf einem Plakat, welches sie im Laden aushängen, ihren Kunden mit. Einem Wunsch des Vorstandes der Bäckerinnung folgend, verlangt die Polizei die Entfernung der Plakate. Bäckermeister, welche dem unberechtigten Verlangen der Polizei nicht nachkommen, werden wegen Uebertretung der bekannten veralteten Bestimmungen des preussischen Preßgesetzes angeklagt. In einem derartigen Falle ist dieser Tage ein Bäckermeister in der Berufungsinstanz verurteilt worden. In diesem Prozeß wurde die interessante Tatsache festgestellt, daß es die politische Polizei ist, welche den Krieg gegen die Bäckerplakate führt. Auf eine Frage des Gerichtsvorsitzenden, der selbst erkaunt zu sein schien über das Vorgehen der Polizei, erklärte ein als Zeuge vernommener Schutzmann: Im April sei von der siebenten Abteilung des Polizeipräsidiums (das ist die politische Abteilung) eine Anweisung an die Reviere ergangen, daß, wenn in Bäckereien Plakate der gedachten Art angebracht würden, sie entfernt und Anzeigen erstattet werden sollten. Der Zeuge habe den speziellen Auftrag gehabt, in seinem Revier die Bäckereien zu kontrollieren. Ueber das Ergebnis der Kontrolle sei vom Revier an die siebente Abteilung des Polizeipräsidiums Bericht erstattet worden.

Hiernach betrachtet es also die politische Polizei (!) als ihre Aufgabe, gewisse Bäckermeister im Kampfe gegen die vom Einigungsamt des Gewerbegerichts als berechtigt anerkannten Forderungen des Bäckerverbandes zu unterstützen. Wie vorstehend doch die politische Polizei ist. Schon im April erließ sie ihre Anordnung, gegen das Plakat vorzugehen. Also zu einer Zeit, wo noch niemand wissen konnte, ob es überhaupt zu einem Streik der Bäcker und zur Anwendung von Plakaten kommen würde. Im April herrschte allgemein die Ansicht, es würde zu einer friedlichen Erledigung der Lohnbewegung der Bäcker kommen, denn beide Parteien hatten sich ja zu Verhandlungen vor dem Einigungsamt bereit erklärt. Gegen Ende des Monats April nahmen die Verhandlungen ihren Anfang und waren Mitte Mai beendet. Dann nahm der Bäckerverband den Schiedsspruch des Einigungsamtes an, während die Innungen denselben ablehnten. Infolgedessen kam es gegen Ende des Monats Mai zum Streik und im Verlauf desselben zur Ausgabe der Plakate, zu deren Beseitigung die politische Polizei schon im April mobil gemacht hat. Vermutlich ist diese Mobilisierung zurückzuführen auf die Anregung gewisser Leute aus den Reihen der Bäckerinnung, die demnach von Anfang an die Absicht gehabt haben müssen, trotz ihrer Beteiligung an den Einigungsverhandlungen, zum Streik zu treiben.

So sehen wir also die politische Polizei mit Eifer dafür sorgen, daß die Bäckermeister ihren Kunden nicht mitteilen dürfen, unter welchen Arbeitsbedingungen die feilgebotenen Waren hergestellt werden. In der Tat, eine eminent „politische“ Wirksamkeit! — Die Polizei beginnt das Werk und die Gerichte vollenden es. Wie gesagt, ist im vorliegenden Falle der Bäckermeister wegen Aushang des Plakats verurteilt worden, was allerdings nur auf Grund eines zweifachen Rechtsirrtums geschehen konnte. Erstens stellte sich das Gericht ohne weiteres auf den sehr unsicheren Standpunkt, der Bäckerei sei ein „öffentlicher Ort“, und zweitens erklärte es, der Inhalt des Plakats habe in erster Linie ein sozialpolitisches Interesse und nur indirekt diene es dem gewerblichen Verkehr.

Das ist eine völlige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse. Hat doch jeder Kunde ein Interesse, zu erfahren, unter welchen Arbeitsbedingungen die ihm angebotene Ware hergestellt wird. Wenn der Verkäufer diese Arbeitsbedingungen durch Anschlag in seinem Laden den Kunden mitteilt, so ist das nicht anderes als eine Nachricht für den gewerblichen Verkehr.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung bei der Firma Schneider.

Die ausgesperrten Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Schneider, Glühlampenwerk in der Brunnenstraße, versammelten sich am Montagmorgen in den Vorrußhöfen, Ackerstraße, wo Hande vom Deutschen Metallarbeiterverband eine Ansprache hielt und über den Stand der Aussperrung berichtete. Die Firma hat verlust, Ersatzkräfte anzuwerben, aber bis jetzt ohne Erfolg; sie hat auch die Polizei herbeigerufen, obgleich dazu keinerlei Veranlassung vorlag. Auf dem Hofe und im Keller des Betriebes soll eine Station für eine Anzahl Schutzleute errichtet sein. Wenn die Firma damit eine Einschüchterung der Streikenden oder vielmehr Aussperrten verlust, so dürfte sie sich, wie Hande betonte, täuschen, denn die Arbeiterinnen und Arbeiter seien entschlossen, ihr Recht als Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes energisch zu verteidigen. Die Versammelten beauftragten noch kurzer Ansprache die Organisationsvertreter, daß sie Verhandlungen mit der Direktion des Werkes anbahnen, um die bestehenden Differenzen zu klären. Man kann sich die plötzliche ausgebrochene Feindschaft der Firma gegen den Verband um so weniger erklären, als erst vor einigen Wochen die Direktion mit einem Vertreter des Verbandes über einen Streit in einer Abteilung des Werkes verhandelt hat.

Achtung, Handelsarbeiter!

Streit bei der Firma Carl Stiller, Schuhwarenhaus. Am Sonnabendnachmittag waren die Hausdiener, Radfahrer, Chauffeur, Wirtfahrer usw. der Firma Carl Stiller, Schuhwarenhaus, Jerusalemstraße 88/89, Friedrichstraße 70, Potsdamer Straße 2, Königstraße 25/26, Rosenthaler Straße 6, Tauentzienstraße 19a, Tauentzienstraße 7b, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 45, Sadoweberg, Handstraße 146 und Rigdorf, Bergstraße 26 gezwungen, die Arbeit niederzulegen, weil ihnen zugemutet wurde, eine Kautions von 200 M. zu stellen.

Die Hausdiener usw. wurden bei ihrem Arbeitgeber wegen Verbesserung ihrer Löhne vorstellig. Nach langem Handeln und Flehden wurde denn auch eine Zulage von 1 M. pro Woche gewährt. Die Firma Stiller stellte aber folgende Gegenforderung: „Den in unseren Diensten befindlichen Dienern und Radfahrern bewilligen wir hiermit eine Lohnzulage von 1 M. pro Woche mit der Maßgabe, daß sämtliche Diener und Radfahrer ohne Ausnahme eine Kautions von 200 M. zu stellen verpflichtet sind. Diejenigen, die nicht in der Lage sind, diesen Betrag auf einmal zu entrichten, verpflichten sich, an jedem Lohnstage sich 2 M. abzurufen zu lassen. Maßregelungen wegen der gestellten Forderungen finden nicht statt. Die gestellte Kautions soll zur Deckung etwaiger Fehlbeträge dienen, die durch Fahrlässigkeit seitens der Diener und Radfahrer entstehen.“

Schuhwarenhaus Carl Stiller.
Unterschrift.

Die Arbeiter wählten eine Kommission, welche mit der Firma zwecks Zurückziehung dieser Forderung verhandeln sollte. Der Kommission gegenüber erklärte die Firma, daß sie von ihrer Forderung (Stellung einer Kautions) nicht abgehen könne.

Am Freitagabend wurde eine neue Kommission, bestehend aus drei Kollegen, gewählt, die am Sonnabend vormittag vorstellig werden sollte. Als die Kommission das Komor betrat, rief ihnen Herr Elsner, Schwager des Herrn C. Stiller, entgegen: „Ich verhandle mit keiner Kommission, sondern nur immer mit einem.“ Obgleich die Kommission den Auftrag von ihren Kollegen hatte, nicht einzeln zu verhandeln, auch keinen Vornamen Kautions zu bewilligen, ließen sich die Leute doch von Herrn Elsner verblüffen und verhandelten einzeln.

Mit dieser Art der Verhandlung erklärten sich die übrigen Kollegen nicht einverstanden, sondern forderten einstimmig, daß nunmehr die in Frage kommenden Organisationsvertreter mit der Firma verhandeln sollten. Der Verbandsvertreter fragte telefonisch bei der Firma an, ob sie zu einer Verhandlung mit Vertretern der Organisation bereit sei. Nach langem Hin und Her erklärte sich die Firma zu Verhandlungen bereit. Aber auch diese Verhandlungen hatten keinen Erfolg. Die Firma Stiller verharret auf ihrem Standpunkt.

Die Hausdiener, Kutscher usw. der Firma Stiller sind dadurch gezwungen worden, die Arbeit niederzulegen.

Das Verfahren der Firma Stiller ist um so verwunderlicher, als Kautions in Berliner Handelsgeschäften überhaupt nicht verlangt und gestellt werden.

Alle Partei- und Gewerkschaftsblätter werden gebeten, von unserer Mitteilung Notiz zu nehmen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Die Tarifbewegung der Arbeiter in den Eisengießereien.

Die Arbeiter in den Eisengießereien hatten am 18. Juli, wie im „Vorwärts“ berichtet worden ist, in einer Massenversammlung bestimmte Forderungen aufgestellt, und den Deutschen Metallarbeiterverband mit der Vertretung derselben beauftragt. Am Montagabend fand wieder eine außerordentlich starkbesuchte Versammlung der Former und Eisengießereiarbeiter in der Brauerei Friedrichshain statt. Adolf Cohen berichtete über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Der Deutsche Metallarbeiterverband war offiziell an den Verband der Metallindustriellen Berlins herangetreten und hatte um Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiter ersucht. Diesem Ersuchen wurde stattgegeben; Schwierigkeiten entstanden in dieser Beziehung nicht, denn diese Form der Verhandlung war nicht zu umgehen, weil durch die Situation gegeben. Die Unternehmer ernannten eine Verhandlungskommission, die mit der Kommission der Arbeiter fünf halbe Tage Beratungen pflog und nach Uebereinkunft mancher Schwierigkeiten zu einer Verständigung gelangte, mit Ausnahme einiger Punkte, über die die Verhandlungen fortgesetzt wurden; da ist besonders die Frage des Fehlgeldes noch zu regeln. Inwiefern es zu einer Verständigung gekommen ist, das wurde den Versammelten gedruckt vorgelegt und von Cohen eingehend erörtert. Die gedruckte Vorlage umfaßt 14 Punkte. Die Arbeitszeit ist für Former und sämtliche Affordarbeiter täglich auf 9 Stunden, Sonnabends auf 8 Stunden festgesetzt. Von Ueberstunden wollten die Unternehmer selber nichts wissen, ein Vertreter erklärte in der Kommission: „Wer bei mir Ueberstunden macht, stiehlt mir das Geld aus der Tasche.“ In bezug auf den Lohn heißt es:

Es wird mit jedem in der Gießerei beschäftigten Arbeiter ein feines Leistungsentsprechender Stundenlohn vereinbart. Affordarbeiter erhalten bei Roharbeit mindestens den Durchschnittslohn des letzten Jahres, resp. den sie in der Zeit ihrer Beschäftigungsdauer in Afford verdienen haben, abzüglich 15 Proz. Steigt ein solcher Durchschnittslohn noch nicht fest, so wird der Durchschnittslohn gleichwertiger Affordarbeiter abzüglich 15 Proz. gezahlt.

Zahlreiche Punkte regeln die Affordarbeit, und in den übrigen werden die in Tarifverträgen üblichen Vereinbarungen festgelegt. Die Diskussion war sehr lebhaft. Zahlreiche Wünsche auf Verbesserung der vorliegenden Bestimmungen wurden laut; mancher war recht unzufrieden, daß nicht mehr erreicht werden sollte, aber im allgemeinen erklärte man sich schließlich mit der Vorlage einverstanden, die, wie Cohen betonte, noch nicht als endgültig zu betrachten ist. Man beschloß dann, die weiteren Ergebnisse der Verhandlungen abzuwarten.

Die Tabakarbeiter, welche in den Betrieben von Rärenbach und Gähert zu Posen beschäftigt sind, haben am Sonnabend wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt, weil die geringfügige Lohnforderung von 25 Pf. pro Wille bei beiden Firmen, sowie Beteiligung verschiedener Redenarbeiten und Lieferung besserer Materials bei der Firma Rärenbach nicht zugestanden worden ist. Daß die Forderungen bewilligt werden können, beweist der Betrieb des Genossen Radow, wo dieselben längst eingeführt sind. Verhandlungen mit dem Gähert haben bis jetzt zu keinem Resultat geführt. Die Parteigenossen werden aufgefordert, die Tabakarbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Der Tarif der Ristenmacher, der von einer aus Vertretern beider Teile bestehenden Kommission am 7. d. M. vereinbart worden ist, wurde am Montag vor dem Gewerbegericht festgelegt und hat damit für beide Teile bindende Kraft erhalten. Der Tarif ist auf drei Jahre abgesehen. Er läuft bis zum 1. September 1914 und bringt eine Lohnaufhöhung von 10 Proz. für Massenlisten, außerdem noch einige sonstige Verbesserungen. Auch die Unternehmer, welche ihrer Organisation nicht angehören, haben den Tarif anerkannt. Der Streik der Ristenmacher ist damit beendet.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Lithographen und Steindrucker.

Am 7. September nahmen die Lithographen und Steindrucker Leipzigs in überfüllter Versammlung den Bericht über den Stand der Bewegung entgegen. Sechs Firmen haben die Forderungen bewilligt, mit 7 Firmen ist die Sache noch nicht zum Abschluß gekommen. Weitere 38 Firmen haben mitgeteilt, daß der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer in Berlin zu Verhandlungen bereit sei. Da aber das Sachverden jeden fahrbaren Anhalt vermissen läßt, wurde in geheimer Abstimmung mit 1135 gegen 27 Stimmen beschlossen, die Kündigungen einzureichen und den Kampf aufzunehmen. Leipzig ist deshalb für Lithographen und Steindrucker gesperrt. Wir bitten, allen Zugang streng fernzuhalten.

Ausland.

Die Frederiksberger Straßenbahngesellschaft und ihre Streikbrecher.

suchen jetzt in großem Maßstabe mit Hilfe der Gerichte den Boykott unmöglich zu machen und die Kassen der organisierten Arbeiterschaft zu plündern. Dem von der Gesellschaft beantragten Verbot gegen die Aufnahme von Boykottforderungen in „Socialdemokraten“ hat die Stadtvoigtei, die als erste Instanz hierüber zu entscheiden hatte, stattgegeben. Das Verbot hat damit vorläufig Geltung erlangt, jedoch wird als Berufungsinstanz zunächst das Hof- und Stadtgericht und zu guter Letzt das Obergericht über die Rechtsgültigkeit zu entscheiden haben. Es bezieht sich jedoch nur auf redaktionelle Artikel, anderen Personen steht es frei, Boykottforderungen mit ihrer Namensunterschrift in „Socialdemokraten“ so gut wie in anderen Blättern zu veröffentlichen, solange nicht gegen jede einzelne solcher Personen ebenfalls ein Verbot erwirkt ist. Die Arbeiterschaft hat also noch immer Gelegenheit genug, nicht allein durch die in Massen verbreiteten Flugblätter, sondern auch durch die Presse für den Boykott der bestreikten Straßenbahnen zu agitieren. Im übrigen hat die Ar-

beiterschaft in Frederiksberg auch einen „Fußpostenverein“ gegründet, dessen Mitglieder aus Gesundheits- und Sparfamkeit rücksicht auf die Fahrgelegenheit mit den Streikbrecherwagen verzichten. Die Straßenbahngesellschaft klagt außerdem noch auf 50 000 Kronen Schadenersatz gegen „Socialdemokraten“ und hat ferner ihre sämtlichen 155 Streikbrecher veranlaßt, Verleumdungs- und Schadenersatzklagen gegen das Parteiorgan sowohl wie gegen mehrere Gewerkschaften anzustrengen. Es scheint also jetzt ein ganzer Rattenkönig von Prozessen gegen die organisierte Arbeiterschaft, die sich aber auch dadurch nicht abhalten lassen wird, den Boykott nach wie vor mit aller Strenge durchzuführen. — Die Stadtverordnetenversammlung von Frederiksberg hatte sich dieser Tage mit der von 10 000 Personen beschlossenen Protestresolution zu befassen, in der unter anderem verlangt wurde, daß die Stadt ihren Einfluß auf die Straßenbahngesellschaft zwecks Beendigung des Kampfes geltend mache, wogu ihr auf Grund des geltenden Vertrages das Recht zusteht. Als die Verhandlung über die Resolution beginnen sollte, bemerkte man, daß im Zubörraum ungefähr 10 Polizeibeamte in Zivilkleidung anwesend waren. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten protestierten ganz energisch gegen eine derartige, noch nie dagewesene Polizeiüberwachung und Spioniererei, aber da die Konservativen in dieser Gemeindevertretung die Mehrheit haben, blieben die Polizeileute, die der Stadtverordnetenversammlung selbst herbeigeholt hatte, auf ihren Plätzen, und der Protest hatte nur den einen Erfolg, daß die Zubörer vor den Spionen gewarnt waren. Die Anträge unserer Genossen in der zur Tagesordnung stehenden Angelegenheit wurden natürlich von der konservativen Mehrheit ebenfalls abgelehnt.

Uebrigens sind es wieder einmal in der Hauptsache deutsche Kapitalisten, in deren Interesse das dänische Unternehmertum diesen Kampf angezettelt hat und dänischen Arbeitern das Koalitionsrecht raubt. Als feinerzeit durch die Privatbank in Kopenhagen sowohl die Kopenhagener wie die Frederiksberger Straßenbahngesellschaft gegründet wurde, gingen die meisten Aktien nach Deutschland und es waren die Firmen Siemens u. Halske sowie die Elektrizitätsgesellschaft „Union“ in Berlin, die als Lieferanten der Gesellschaften große Kapitalien in die Unternehmungen steckten. Bei den Verhandlungen über die Verstaatlichung der Kopenhagener Straßenbahnen zeigte es sich, daß von den rund 10 Millionen Kronen Aktienkapital nicht weniger als acht Millionen in deutschen Händen waren. Von den 4 Millionen Aktienkapital der Frederiksberger Straßenbahn aber sind 2½ Millionen Aktien in deutschen Händen. Bei den Tarifverhandlungen mit den Vertretern der Straßenbahner sollen, wie „Socialdemokraten“ mitteilt, die Firmen Siemens u. Halske und „Union“ einen sehr schwerwiegenden Druck auf den Straßenbahndirektor Hammerich ausgeübt haben und somit die Hauptrollen dabei spielen, daß es zum Kampfe kommen mußte. Diese Dinge werfen übrigens wieder einmal ein scharfes Schlaglicht auf den Patriotismus der herrschenden Klassen, die dem dänischen Volke ungeheure Kosten auferlegen, um den Militarismus zu stärken und Festungen zu bauen, die sich in der Hauptsache gegen Deutschland richten, während sie auf der anderen Seite um Wohl und auf Befehl deutscher Kapitalisten einen sozialen Krieg entfesseln, dessen Schärfe in gar keinem Verhältnis zu dem Objekt des Kampfes steht. Handelt es sich doch im ganzen nur um rund 300 Angestellte. Obendrein ist es das in der dänischen Arbeitgebersvereinigung organisierte Unternehmertum, das sich verpflichtet hat, die Straßenbahngesellschaft auch finanziell zu unterstützen, also den deutschen Kapitalisten zum Teil die Verluste ersetzt, die der Streik mit sich bringt — ein um so merkwürdigeres Verhältnis, als ob Dänemark im Vergleich mit Deutschland ein recht kapitalarmes Land ist.

Sozialismus in amerikanischen Gewerkschaften.

In zwei bedeutenden Verbänden hat die moderne Arbeiterbewegung bedeutende Erfolge erzielt. Bei den Zigarrenmachern, zu denen Compers gehört, wurden als sechster und sechster Vizepräsident zwei Sozialisten gewählt. Von drei Delegaten zum Gewerkschaftsverband sind zwei Sozialisten. Noch größer ist der Sieg bei den Maschinenbauern. Dort unterlag der erste Präsident nach 18jähriger Amtszeit mit 19 321 Stimmen gegen den Sozialisten Johnson, der 15 800 Stimmen erhielt. Von vier Delegaten sind drei Sozialisten. Es geht vorwärts auf der ganzen Linie.

Letzte Nachrichten.

Die Lebensmittelnot in Belgien.

Brüssel, 11. September. (W. S.) In bezug auf die Lebensmittelnot in Belgien zu berichten, daß gestern wiederum die Bürgermeister des Industriezentrums und diejenigen aus der Gegend von Charleroi zu einer Besprechung zusammengetreten sind. Die Bürgermeister haben wiederholt beschloffen, bei der Regierung vorstellig zu werden und sie zu veranlassen, die Grenze für lebenswichtiges Vieh weitestmöglich zu öffnen. Außerdem sollen die Steuern für Fleisch und Futtermittel aufgehoben werden. Nötigenfalls sei das Parlament einzuberufen. Unter allen Umständen sei es notwendig, daß im Interesse der ärmeren Bevölkerung etwas getan wird. Die Mehger haben sich ebenfalls versammelt und mit großer Mehrheit beschloffen, von heute ab ihre Läden zu schließen. Sie wollen versuchen, die Mehger von Brüssel unter allen Umständen zu veranlassen, sich mit diesem Beschluß solidarisch zu erklären.

Schwere Sturmschäden.

Riga, 11. September. (W. S.) Der zweitägige Sturm hat großen Schaden angerichtet. Längs der ganzen baltischen Küste sind unzählige Flüsse zertrüben und fortgeschwemmt worden. Ein Dampfer mit Passagieren ist gekentert. In Riga sind durch Hochwasser die niedrigen Teile der Hafenstadt überschwemmt. In den Wäldern sind große Verwüstungen angerichtet worden.

Reval, 11. September. (W. S.) Nahe der Insel Dagö ist ein schwedischer Dreimaster mit Vreterladung gekentert. Von der Mannschaft sind nur drei Mann gerettet.

La Coruna, 11. September. (W. S.) Auf der Höhe von Villata strandete ein unbekannter Dampfer infolge dichten Nebels. Zwei Personen sollen ertrunken sein.

Ein neuer Ausbruch des Aetna.

Catania, 11. September. Seit Sonntagnacht werden auf dem Aetna sehr häufig auftretende heftige Erdschütterungen verspürt. Die seismographischen Apparate des Observatoriums in Catania sind in fast ununterbrochener sehr starker Bewegung.

Ein weiteres Telegramm aus Linguatessa meldet die Entstehung eines neuen Aetnakraters in der Nähe des Monte Nero und des Monte Rosso. Der Lichtschein ist weißlich bemerkbar. Dide Rauchsäulen steigen aus, die herabströmende Lava bedroht die Gemeinbewaldungen von Linguatessa und Castiglione. Die Erdschütterungen dauern an, ebenso der Ascheregen. Die Straßen von Catania sind mit Asche bedeckt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Jena, den 10. September. (Fig. Ber.)
Vorversammlung.

Zum zweiten Male öffnet Jena's prächtiges Volkshaus der Vertretung des Klassenbewußten Proletariats Deutschlands seine gastlichen Pforten. Ein reges und fröhliches Treiben herrscht schon seit den ersten Nachmittagsstunden in den Straßen der alten Wuststadt.

Der Saal entspricht in seiner schlichten Bornehmtheit der einfachen Größe, die dem Monumentalbau des Volkshauses seinen auszeichnenden Charakter verleiht. Durch farbige Fenster flutet ein mild abgedämpftes Licht herein.

Und immer voller wird der Saal. Die Begrüßungen, das Händeschütteln nimmt kein Ende. Mit bewährten Kampfen feiern ihr Wiedersehen; neue jugendliche Kräfte werden begrüßt.

Die Bruderparteien des Auslandes haben schon zum Eröffnungsabend ihre Vertreter entsendet: die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich vertritt Abg. Gen. Schäfer, die deutschen sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Genosse Glöckel, die niederösterreichische Landesparteivertretung Genosse Grassinger-Wien; die tschecho-slavische Sozialdemokratie ist durch Genossen Dr. Soukup-Prag, die tschechische Sozialdemokratie durch Genossen Stein-Wien vertreten.

Punkt 7 Uhr abends betreten die Genossen des Arbeitergefangenvereins Jena die Bühne, um mit dem herrlichen Voltador aus dem Schlußakt von Richard Wagners „Meisterfingern von Nürnberg“, mit dem Morgenruf „Wach auf, es naht gen den Tag“, die schönste Eröffnung, die sich der Parteitag wünschen kann, zu geben.

Genosse Reichstagsabgeordneter Leber:

Parteiengenosseninnen und Genossen! Ich heiße Sie im Namen der Jenaer Parteiengenossenschaft, der Arbeiterschaft Jena's überhaupt, im Namen der thüringischen Sozialdemokraten aufs herzlichste willkommen. Zum zweiten Male darf ich Sie in diesem, von Ernst Ribbe erbauten, Volkshaus begrüßen.

Als diese Worte an die Öffentlichkeit drangen, sagten wir uns: „Nun wollen auch wir einmal die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in Jena begrüßen,“ und dank der Unterstützung des Genossen Rebel auf dem Parteitag in Bremen durften wir das auch ausführen.

Gestatten Sie mir, meinen Begrüßungsworten noch einiges hinzuzufügen, nämlich, daß Jena nicht stehen geblieben ist, sondern daß ebenso, wie die Bevölkerung sich hier kolossal entwickelt hat, sich auch die Jenaer Arbeiterbewegung entwickelte.

Im Jahre 1905 waren wir im Gemeinderat noch nicht vertreten. Vor 5 Jahren ist es uns möglich gewesen, den ersten Sozialdemokraten in die Jenaer Stadtverordnetenversammlung zu bringen.

Rehlich ging es bei den Wahlen zum Landtage. Im Jahre 1909 haben wir die alte Universitätsstadt Jena erobert. Das war den Spießbürger sehr unangenehm, hauptsächlich, weil auf der Gegenseite der Sammellandtag, der bekannte liberale Verlagsbuchhändler Fischer, aufgestellt war.

Von unseren 15 thüringischen Wahlkreisen werden wir jedenfalls beim ersten Ansturm die große Hälfte erobern. Und dann bei den Stichwahlen (Heiterkeit) — da haben ja allerdings nicht wir zu entscheiden, aber da werden die Liberalen Farbe bekennen müssen.

Nun noch einige Worte zur Tagesordnung. 1905 hatten wir eine außerordentlich wichtige Tagesordnung, anderthalb Tage verwendeten wir auf die Reise, dann legten wir den Grundstein zu unserer jetzigen Organisation und beschäftigten uns außerdem anderthalb Tage mit dem politischen Klassenstreik.

Es wird nun allgemein behauptet, die Tagesordnung sei diesmal nicht so bedeutend, aber ich glaube, wir werden alle Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, so erleben, daß die deutsche Arbeiterschaft und auch die außerdeutsche mit unserer Arbeit zufrieden sein wird.

Das Wort ergreift hierauf

Rebel (mit lebhaftem Beifall und Hochrufen begrüßt):

Verehrte Versammlung! Es ist das erste Mal in der neuen Geschichte der Partei, daß wir an ein und demselben Orte zweimal den Parteitag abhalten. Der vorige Parteitag hat dem Parteivorstand die Vollmacht erteilt, über die Wahl des Ortes zu entscheiden.

Über den Mann, dem die Jenaer und insbesondere die Jenaer Arbeiter es zu danken haben, daß dieses Haus gebaut wurde, haben wir uns auch schon vor 6 Jahren geäußert. Ich selbst konnte mit Genugtuung darauf hinweisen, daß Abbe mir sehr nahe gestanden, und ich glaube wohl sagen zu können: einen menschenfreundlicheren, wohlwollenderen und auf der anderen Seite geschwiebeneren Menschen habe ich niemals kennen gelernt.

Wir haben in der Eröffnungsfeier vor 6 Jahren Fragen erörtert, die durch ein eigenartiges Zusammentreffen teilweise auch heute wieder im Vordergrund des Interesses stehen. In erster Linie war es die Marokkofrage. Im Jahre 1905 hatte bekanntlich der deutsche Kaiser seine Reise nach Tanger unternommen und dort eine Rede gehalten, in der er für den Sultan von Marokko, den damaligen, eintrat.

Eine andere Frage, die ich damals im Namen des Parteivorstandes erörterte, betraf die russische Revolution. Leber hat nun mein Pessimismus von damals Recht behalten. Es ist zwar nicht richtig, wenn behauptet wird, die russische Revolution sei spurlos und ohne Erfolg verschwunden.

Wir haben auch und als Partei im Reichstage beschäftigt, sogenannten weggeblasen worden. Die Frage der Abrüstung und was damit zusammenhängt, wird uns künftig nicht mehr trennen. Die ist beseitigt. Nicht Abrüstung heißt künftig in Europa die Lösung, sondern Aufrüstung zu Wasser und zu Lande, und wir gehen einem Zustand entgegen, der meiner Ueberzeugung nach nur noch mit einer großen Katastrophe enden kann und muß.

Wir haben auf diesem Parteitag eine Reihe wichtiger Fragen zu beantworten. Die Tagesordnung steht an Bedeutung nicht hinter der von 1905 zurück. (Sehr wahr!) Mit dem Verlauf, den die Marokkokrises, speziell durch das Eingreifen Englands, genommen hat, hat die ganze europäische Situation ein ganz anderes Gesicht bekommen.

Wir haben auch und als Partei im Reichstage beschäftigt, sogenannten weggeblasen worden. Die Frage der Abrüstung und was damit zusammenhängt, wird uns künftig nicht mehr trennen. Die ist beseitigt. Nicht Abrüstung heißt künftig in Europa die Lösung, sondern Aufrüstung zu Wasser und zu Lande, und wir gehen einem Zustand entgegen, der meiner Ueberzeugung nach nur noch mit einer großen Katastrophe enden kann und muß.

Die Antwort auf die Vorgänge in England war dann die Kaiserrede in Hamburg, in der er sagte, er glaube, die Hamburger seien einig darin, daß die Deutschen Seerüstungen weitergeführt werden müßten.

Die Antwort auf die Vorgänge in England war dann die Kaiserrede in Hamburg, in der er sagte, er glaube, die Hamburger seien einig darin, daß die Deutschen Seerüstungen weitergeführt werden müßten. Die Hamburger Bourgeoisie war die allerletzte in Deutschland, die für die große Flottenvorlage begeistert ist.

Die Antwort auf die Vorgänge in England war dann die Kaiserrede in Hamburg, in der er sagte, er glaube, die Hamburger seien einig darin, daß die Deutschen Seerüstungen weitergeführt werden müßten. Die Hamburger Bourgeoisie war die allerletzte in Deutschland, die für die große Flottenvorlage begeistert ist.

Daß wir eine neue Flottenvorlage bekommen, steht für mich ungewiss fest. Parteiengenossen, erinnert Euch, daß ich im Frühjahr 1899, nachdem im Herbst des Vorjahres die erste große Flottenvorlage angenommen war, im Reichstage den Staatssekretär von Tirpitz aufforderte zu antworten, ob es wahr sei, daß eine neue große Flottenvorlage in Aussicht steht.

Und als bei den letzten allgemeinen Wahlen es für jeden, der denken kann, sicher war, daß dem neuen Hottentotten-Reichstag gewaltige Steuerentlastungen vorgelegt werden würden, da hatte die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ drei Tage vor der Wahl, als ihr niemand mehr antworten konnte, die Stirn zu erklären, die verbündeten Regierungen dächten gar nicht an eine Steuerentlastung.

In dieser Situation nun haben wir die ungeheure Preissteigerung (sehr richtig) und wahrscheinlich werden weite Kreise unserer ärmeren Bevölkerung im nächsten Winter eine Art Hungersnot mitmachen müssen. (Hört! hört!) Die Preissteigerung wird immer mehr und mehr wachsen.

Die Teuerung verschwindet auch nicht mehr. Die Preise gehen leicht in die Höhe, aber sehr schwer wieder herunter. Die Verkäufer und Produzenten werden jeden Widerstand gegen eine Verbilligung leisten und dann trifft für das Deutsche Reich die sehr ernste Frage der Lebensmittelpreise in den Vordergrund.

Ich meine, wir haben ein ganzes Maß von Aufgaben, das erledigt werden muß, und zwar unter allen Umständen erledigt werden muß. Auch an Reichen der Zeit für die Situation fehlt es nicht. Es ist doch charakteristisch, daß die englischen Arbeiter, die so lange scheinbar sich gefügt und geduldet hatten und den Streiks kaum noch etwas wissen wollten, in diesem Sommer die große Arbeitseinstellung machten.

Nun noch ein Wort zu dem, was der Redner gesagt hat. Er meinte, in den letzten Wochen sei eine gewisse Anzuehmigkeit bemerkbar geworden. Jawohl, Parteiengenossen, ein Teil von Euch ist mit seiner Regierung unzufrieden und findet, daß sie nicht richtig das gemacht hat, was sie soll, und meint, daß man da ein Feuer hinterher machen und sie vorwärts schieben muß.

Nun noch ein Wort zu dem, was der Redner gesagt hat. Er meinte, in den letzten Wochen sei eine gewisse Anzuehmigkeit bemerkbar geworden. Jawohl, Parteiengenossen, ein Teil von Euch ist mit seiner Regierung unzufrieden und findet, daß sie nicht richtig das gemacht hat, was sie soll, und meint, daß man da ein Feuer hinterher machen und sie vorwärts schieben muß.

Also tüchtig gearbeitet, dann zusammenge-schlossen, auf zum Kampf, auf zum Sieg! (Wraufender anhaltender Beifall.)

Rebel tritt nochmals die Tribüne und erklärt: Ich glaube schon, mit meiner schönen Rede sei alles erledigt. (Heiterkeit.) Wir müssen uns aber noch konstituieren, nachdem der Parteitag eröffnet ist.

Auf Vorschlag von Groger-Rixdorf werden die Genossen Dieck und Leber zu Vorsitzenden, auf Vorschlag von Lipinski-Leipzig zu Schriftführern gewählt: Schmitt-Randau, Bittorf-Berlin, Schiebel-Leipzig, Stübke-Hamburg, Sydow-Brandenburg, Wischoff-Altona, Doerke-

Vorsitzender Diet: Ich kann nicht umhin, von dieser Stelle noch unjeres Sings zu gedenken. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Unsere Kranke wird heute um so tiefer sein, da wir ihn nicht mehr an dem allgewohnten Platze finden, von wo er die Geschäfte des Parteitages meisterhaft leitete. Von allen Parteitagen, seit dem Falle des Sozialistengesetzes sind nur zwei, deren Vorsitz er wegen Krankheit nicht führen konnte, ausgenommen. Er war ein Präsident, der stets mit ganzem Herzen bei der Sache war, aber auch während seiner Krankheit hat er stets Kritik und Anerkennung an den Verhandlungen geübt. Wir danken ihm überdies noch für alles, was er in selbstloser, hingebender Weise für die Partei geleistet hat.

Unser Genosse Gerisch ist endlich nach schwerer Krankheit wieder imstande, in den nächsten Tagen sein Amt im Parteivorstande wieder auszuüben. (Beifall.)

Die Mandatsprüfungskommission wird auf Vorschlag des Genossen Laufenberg folgendermaßen zusammengesetzt: Arielem-Rünchen, Landsberg-Regensburg, Schrader-Dannover, Keller-Niel, Kinkel-Göttingen, Schäfer-Niederbarnim, Ludwig-Dagen, Frau Ratschke-Berlin und Paul Hoffmann-Hamburg; die Beschwerdekommmission auf Vorschlag des Genossen Schmitt-Rünchen folgendermaßen: Rauch-Milbeheim, Hofmann-Eberfeld, Rimmerfall-Rünchen, Grager-Nixdorf, Schaumburg-Hamburg, Kysell-Beipzig, Partels-Altona, Frau Blase-Rannheim, Dusemann-Böhm.

Der Parteitag nimmt die Geschäftsordnung debattelos an. Zur Tagesordnung liegt der Antrag Reich-Weisenfels vor, Weibels Referat über die Reichstagswahlen an den parlamentarischen Bericht anzuschließen. Der Parteitag überläßt dies dem Bureau. Zu den Anträgen von Breslau, Teltow-Beeslow, Stuttgart und Bremen ergreift das Wort:

Reich: Es ist unmöglich, hier zu verlangen, daß über die gesamte auswärtige Politik Deutschlands auf dem Parteitag referiert werde. (Zustimmung.) Das ist ein zu schweres Stück Arbeit. Schon vor Wochen hat der Parteivorstand bei verschiedenen Genossen angefragt, ob sie ein Referat über die Marokkofrage und was damit zusammenhängt zu halten bereit sind. Es war aber niemand dazu bereit. Da habe ich mich bereit erklärt, bei meinem Referat auch die Marokkofrage mit zu behandeln. Wenn aber hier jemand ist, der ein Referat über die Marokkofrage übernehmen will, dann verzichte ich mit Vergnügen darauf, selbst darüber zu sprechen. Wenn nicht, dann muß ich wohl oder übel in meinem Referat die Frage behandeln. (Beifall.) Darauf werden die Anträge zurückgezogen.

Die Anträge 2 Schwarzburg-Sondershausen, die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, ferner 5 Berlin IV, auf die Tagesordnung zu setzen: Der preussische Wahlrechtskampf, und 8 Bremen, Jugendbewegung auf die Tagesordnung zu setzen, werden nicht genügend unterstützt. Antrag 9 Essen, betreffend Beratung der Impffrage, wird mit dem Bemerkten zurückgezogen, die Impffrage auf dem nächsten Parteitag behandeln zu lassen.

Vorsitzender Diet: Es bleibt also bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Die Sitzungen werden von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 7 Uhr nachmittags dauern.

Eduard Bernstein begründet folgenden bereits genügend unterstützten Antrag: Das Bureau wird beauftragt, an dem Denkmal Ernst Abbes als Zeichen der ehrenden Anerkennung für den hochherzigen Stifter des Volkshauses Blumen niederlegen zu lassen. Der Redner führt aus: Nach den Worten Weibels und Lebers über Abbes bedarf es keiner weiteren Begründung. Draußen vor diesem herrlichen Gebäude, das Ernst Abbes allen Parteien errichtet hat, steht das Denkmal, das ihm die Stadt gesetzt hat. Das allenmenschliche, was wir tun können, ist, in Anerkennung seiner Hochherzigkeit und als Ausdruck der uns befehlenden Empfindungen des Denkmal mit Blumen zu schmücken.

Dieser Antrag wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 8 1/2 Uhr.

Auf diese Sitzung schließt sich ein Komers mit reichhaltigem musikalischem Programm an, der noch lange die Delegierten mit den Jenerer Parteigenossen in frohlicher Stimmung vereinte.

Die Liberalen, die nach dem Fiasco der Resolution über die Verwendung des Militärs bei Streiks erleichtert aufzutreten und sich gratulierten, daß sie noch mit einem blauen Auge davongekommen, haben sich etwas zu früh gefreut. O'Grady hat in seinen Bemerkungen, das Verhalten der Regierung bei den letzten Streiks einer eingehenden Kritik zu unterziehen, nicht abgesehen und wird in der Freitagssitzung die gehörigste Rede, die er letzten Dienstag halten wollte, andringen können. Das Geschäftskomitee hat eine Resolution entworfen, in der die Transportarbeiter und die Arbeiterinnen zu ihren Siegen beglückwünscht werden. O'Grady soll sie begründen und das Parlamentarismitglied Roberts, der Einzeiler der Arbeiterpartei, von dem sonderbare Enthüllungen über die von der Regierung während des Streiks getroffenen Maßregeln zu erwarten sind, wird sie unterstützen. Gilmour (Schottische Bergarbeiter), der Vorsitzende des Geschäftsausschusses, gab ferner bekannt, daß er Freitag im Namen des Komitees eine Resolution gegen die Schiedsgerichtsvorlage des Arbeiterparteilers Crofts begründen werde. Auf eine Anfrage über den Inhalt der Resolution erklärte er: Wir protestieren gegen die Handlungsweise des Herrn Crofts, im Parlament eine Vorlage ohne die Einwilligung der Gewerkschaften des Landes oder der Arbeiterpartei einzubringen.

Die wichtigsten Resolutionen, die zur Verhandlung kamen, betrafen die staatlichen Arbeitsnachweise und die Versicherungs-Vorlage des Schönlagers. Die Resolution über die Arbeitsnachweise verurteilte die Geschäftswirtschaft der Regierung bei der Befetzung der Beamtenposten und die Organisation der Arbeitsnachweise im allgemeinen und forderte das Parlamentarische Komitee auf, von der Regierung eine sofortige Unternehmung über folgende Fragen zu veranstalten: Methode der Ernennung; die bezahlten Gehälter; Nebenstunden und deren Bezahlung; Abfertigung der Klagen über Beamte; die einschränkenden Bestimmungen, die den Angestellten ihre vollen bürgerlichen Rechte nehmen. Die Untersuchungskommission soll auch einen Plan über die Reorganisation der Arbeitsnachweise ausarbeiten, in dem den Gewerkschaften die nötige Vertretung in den beigeordneten beratenden Körperschaften zugesprochen wird.

Raylor (Londoner Tuchdrucker) forderte, daß die staatlichen Arbeitsnachweise nicht zur Beschaffung von Streikbrechern verwendet werden sollten. Dies sei aber geschehen. Jwar verlange das Gesetz vom Superintendenten eines Arbeitsnachweises, daß er die Arbeitsuchenden auf die gerade stattfindenden Streiks aufmerksam mache, aber diese Bestimmung werde umgangen. Finde ein Streik statt, so brauche ein Arbeitgeber nur zum nächsten Arbeitsnachweis zu schiken, um so viel Arbeiter zu erhalten, wie er wünsche. Das Parlamentarismitglied Chines wies darauf hin, daß es nichts nütze, die Arbeitsnachweise allgemein zu verdammen, es mühten die Eingefallenen geprüft werden. Die Arbeiterpartei habe alle Gewerkschaften in einem Zirkular aufgefordert, diese Eingefallenen zu ihrer Kenntnis zu bringen, damit die Partei handeln könne. Dies hätten die Gewerkschaften aber unterlassen. Wilson (Seefleute) verurteilte die staatlichen Arbeitsnachweise überhaupt. Die Seefleute hätten diese Arbeitsnachweise seit 60 Jahren und hätten üble Erfahrungen damit gemacht.

Bei der Abstimmung kam ein Irrtum vor. Zuerst wurde die Resolution abgelehnt; später stellte es sich aber heraus, daß die Bergarbeiter irrtümlicherweise gegen die Resolution gestimmt hatten. In Wirklichkeit war daher die Resolution mit 1 607 000 gegen 273 000 Stimmen angenommen worden.

Nach den Begrüßungsreden der amerikanischen Gäste und des Vertreters der Arbeiterpartei beschäftigte sich der Kongress mit drei Resolutionen über die Versicherungsvorlage.

Die erste Resolution lautete: Dieser Kongress ist der Ansicht, daß sein System nationaler Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit zufriedenstellend sein kann, in dem nicht die Beitragspflicht gänzlich abgeschafft ist und die Gelder vom Parlament geliefert werden.

Der Begründer, Gordon (Londoner Arbeiter), forderte, daß in der vorgeschlagenen Sozialversicherung derselbe Grundsatz hochgehalten werden müsse, der schon in dem Altersrentengesetz anerkannt worden sei. Cutberrison (Birminghamer Drahtarbeiter)

ter) sprach sich für die Beitragspflicht aus. Die Annahme der Resolution werde der Vorlage den Voraus machen. Unter diesen Umständen sei es gefährlicher, das Angebot der Regierung anzunehmen. Eine Sozialversicherung ohne Beitragspflicht sei unter den herrschenden Verhältnissen eine Utopie. Morris (Londoner Arbeiter) erklärte, daß viele der Mitglieder seiner Gewerkschaft gegen die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt seien. Sie wünschten Herrn Lloyd George und seine Vorlage zum Teufel. Stokes (Londoner Arbeiter) rief zur Vorsicht; die Kapitalisten riefen sich über die von der Vorlage eröffneten Ansichten vergnügt die Hände. Die Versicherung werde der Arbeiteraristokratie, nicht aber den schlecht entlohnten Arbeitern Vorteile bringen. Er könne beweisen, daß die Arbeitgeber in seinem Beruf Profit aus der Vorlage schlagen würden. — Nach längerer Diskussion wurde der Antrag mit 504 000 gegen 325 000 Stimmen abgelehnt.

In dem zweiten Antrag über die Versicherungsvorlage wurde verlangt, daß die Beiträge aller Arbeiter und Arbeiterinnen, die weniger als 15 Schilling die Woche verdienen, gänzlich vom Staate und von den Arbeitgebern bezahlt werden sollen. Die Debatte warf ein helles Licht auf die Lebenshaltung großer Massen englischer Arbeiter und Arbeiterinnen. Fräulein Macarthur erklärte, daß der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen in Großbritannien, wenn man von der Textilindustrie Lancashire absehe, 9 Schilling die Woche betrage. In Vermanders (London), wo kürzlich die Ausschüsse stattfanden, habe sie 20 bis 30 Jahre alte Arbeiterinnen angetroffen, die 8 1/2 Schilling die Woche verdienen. In jenem Londoner Stadtteil werde ein Wochenlohn von 8 1/2 Schilling für Arbeiterinnen als ein hoher Lohn angesehen. Edwards (Bergarbeiter) gab an, daß der Durchschnittslohn der Landarbeiter nicht einmal 13 Schilling wöchentlich erreiche. Ven Tillet (Londoner Arbeiter) erklärte, daß trotz der geringen Erhebung der Londoner Arbeiter noch 25 Proz. von ihnen, schwer arbeitende Familienväter, nicht einmal einen durchschnittlichen Wochenlohn von 15 Schilling hätten. Ganze Scharen von Arbeiterinnen könnten der Gewerkschaft nicht beitreten, da sie die Beiträge nicht bezahlen könnten. — Die Resolution wurde mit 530 000 gegen 488 000 Stimmen angenommen.

In einer dritten von dem Parlamentarismitglied Chines begründeten Resolution wurden die von den organisierten Arbeitern geforderten Änderungen zur Versicherungsbill aufgezählt. Die lange Resolution enthält folgende Punkte: Der Kongress protestiert gegen die Klausel, die dem Arbeiter, der Unfallschädigung bezichtigt, das Krankengeld vorenthalten; er protestiert ferner gegen die Bestimmung, nach der ein arbeitsloser Arbeiter seine eigenen Beiträge wie auch die des Arbeitgebers entrichten muß; er spricht sich gegen die Betriebskassen aus wie auch gegen die vollen Beitragsleistungen für Arbeiter, die nur einige Stunden beschäftigt waren; der Kongress verlangt die Einführung eines Gerichtshofes, vor dem Klagen wegen schlechter Ausführung, Vernachlässigung ihrer Pflichten und übertriebener Gebühren zur Rechenschaft gezogen werden können; er verlangt eindeutige Unterweisung für alle Berufe und bessere Verhandlung der Gelegenheitsarbeiter (casual workers); Arbeiter, die weniger als 25 Schilling die Woche verdienen, sollen geringere Beiträge als die besser entlohnenden Arbeiter entrichten oder von der Beitragspflicht ganz befreit werden.

In der Diskussion machte Ven Tillet einen heftigen Angriff auf die Kasse. Er sagte unter anderem, daß Hunderte von Fällen zu seiner Kenntnis gekommen seien, in denen die von den Arbeitern angebotenen Kassen gegen ihr besseres Wissen ausgefaßt hätten, und kein Gerichtshof habe sie zur Rechenschaft ziehen können. Leute seien als arbeitsfähig erklärt worden, die dann eine Woche nachher oder gar schon nach einem Tage gestorben seien. Vertreter der Arbeiter sollten Mitglieder eines Gerichtshofes sein, der diese Leute beurteile. Wenn die Arbeiterpartei ebenso laut geschrien hätte, wie die Kasse, so würde Lloyd George den Kassen nicht die Vorrechte eingeräumt haben, die er ihnen in der Versicherungsvorlage zuschere. Das Parlamentarismitglied Roberts nahm die Kasse gegen den Vertreter in Schutz, ließ aber auf den Widerspruch eines großen Teiles der Delegierten. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Einstimmig wurde ferner eine Resolution über Wahlreform angenommen, die sich von dem jedes Jahr erscheinenden Antrag über dieses Thema nur darin unterschied, daß die Forderung Befolgung der Abgeordneten aus Staatsmitteln, die ja jetzt durchgeführt ist, gefordert worden war. Eine Resolution zugunsten des Proportionalwahlsystems wurde mit 1 002 000 Stimmen gegen 297 000 Stimmen

Kleines feuilleton.

Direktor Reinhardt Münchener Volkstheater. Welch ein überaus glücklicher Gedanke es war, gerade die Dreiste die Reschlos als deutsches Volkstheater aufzuführen, beweist folgender Brief, der durch Zufall in unsere Hände gelangt ist:

Liebe Frau! Indem ich es mir heute nicht möglich ist, meine Gefühle in deine Arme zu legen, will ich Dir zum wenigsten etwas schriftliches schreiben, wie es in die Dreiste war. Die Dreiste ist nämlich eine Nordstau und sind die alten Griechen solche Urväter, wo der Sepp mein Freund gar zu dazugegen ist. Und besonders die Klumpneresse (Klumpneresse) ist eine alte Widurn, wo ich Dir nicht als Herrschaft wünsche. Also im Anfang, da kommt der Chor, wo überhaupt man kein Wort versteht, weil sie alle auf einmal reden und nennt man dieses Register. Und der Agamemnon (Agamemnon) kommt herein mit halbnackter Wogleiter und macht seine Sprüche und niemand weiß, was er eigentlich will. Und er geht auf die Reiche, wo grad aus der Reinigung kommen, ins Haus. Und dann rauf er mit seiner alten Widurn (Kantippe), was man aber leiter nicht sieht, und sie macht ihn tot. Ich war froh, wie er tot war, der Sepp, weil er solche geläwollenen Sprüche gemacht hat. Und dann ist hell geworden und die Reut ham gesagt, das war dem Reinhardt sein erster Teil. Nachher wars so dunkel, daß ich mir gefehlt hab und nennt man dieses Beleuchtungsseffekt. Und der Dreiste, wo bisher in Urland war, ist heimgekommen. Und ich hat die Gaudi erst richtig angfangt. Denn er hat ein Salzbeil genommen und ist hinter der Klumpneresse her, und Alles hat gedacht: demischt ers oder demischt ers net? Am ganzen Fiskus sein sie umeinand gebrungen und war ein Kinematograf ein Samern dagegen. Er hats aber demischt, das Luader. Und dann ist wieder hell geworden. Und ich muß schon sagen, es war eine rechte Gaudi, wie er hinter ihr her war. Auf einmal sind von allen Seiten solche Weibsbilder gekommen und um den Dreiste herum. Die ganze Arena voll. Und ich glaub, die haben ihn heiratet gewollt, weil sie so gequiegt haben wie du neulich, du weißt doch noch. Und nachher sind wieder solche Sprüche gekommen und ich bin eingeschlagen und auch die anderen Zuschauer und dieses nennt man Reschloswirkung. Den Schurich, wo auch einer von die griechischen Greife war, hab ich nicht entdeckt. Und bin ich froh, daß ich jetzt eine Bildung habe. Sed mir die Reschloszen wo du hast, gut auf für mich und sei auch sonst umarmt von deinem gebreuen Kaverl. Karlchen (Jugend).

Theater.

Kammerspiele: „Lambal“. Drama von Eduard Stucken. „Lambal“ trägt das Gepräge derselben dichterischen Qualitäten und Mängel wie „Gawhn“ und „Lanzelot“, die beiden schon früher aufgeführten Mitterdramen Stuckens. Die Sprache mit ihren wie im Hage vorüberziehenden kurzen Reimzeilen hat kömischeren Wohlklang; einzelne Szenen springen durch farbige Bildlichkeit; aber das Ganze hinterläßt am Ende doch nur den Eindruck phantastisch spielender Willkür, die ein innerliches Mitgehen und Miterleben, wie etwa bei Schmidtsonns gleichfalls mittelalterlich losfälmertem „Straf von Gleichen“ unmöglich macht. Stucken findet in den Rittertagen von König Artus Tafelrunde Jäger, die ihm menschlich bestialisch, als symbolischer Ausdruck sich immer wiederholender bestialischer Konflikte erscheinen; doch das Streben, dies Menschliche herauszuholen, bleibt überall im Anlauf stecken. Er schleppt das Drum und Dan, das Gleichgültige, bloß habulirte, jeder psychologischen und gedanklichen Motivierung bare der alten Erzählungen

als unorganischen Bestandteil in die Handlung seiner Stücke fort, baut seine Tragik auf die drücklichsten Voraussetzungen. So soll man im „Gawhn“ die unerschütterliche Treue, mit der der Rittermann sein Wort einlöst und sich dem schwarzen Feind, den er nicht überwinden konnte, nach Jahresfrist in der Janderlopfle stellt, bewundern und es dabei als Grundlage der ganzen weiteren Handlung mit in Kauf nehmen, daß sich der Held bei dem Gegner nach der Lage des Reichs mit keinem Wort erkundigt. So soll man Lanzelots das Abenteuer glauben, daß er nach einer Liebesnacht, die er mit der Königin Ginevra zu feiern meinte, beim Morgengrauen statt ihrer die kleine Gledin in seinen Armen findet! Das Publikum der Mitterdramen mag hierbei abererleuliche Wendungen als Spannungstreiz empfunden haben, im heutigen Bühnenrahmen nehmen sie sich grotesk aus, vernichten jede Illusion.

Die beiden ersten Akte des „Lambal“ sind frei von solcher Störung. Sie haben das adäquate Stimmung, Zusammenhalt und Steigerung, wunderbarsten Anmut. — In mondbeispiener Vergesslichkeit harret Lambal der veranzerteten Königin, denen nach der Sage, als sie die böse Schwiegermutter im See ertränken wollte, weiße Schwänenflügel wuchsen. Er belauscht sie, wie sie das Gefieder abstreifend, in ihren Innenherden zusammengekauert klagend die Erzählung ihres Schicksals wiederholen. Sein Herz entreunt in ungestüme Liebe zu Fingula, der Ältesten der Schwestern. Vergessen ist das Fräulein Honoras, des Königs Artus Nichte, um die der Ritter warh, jede Bewusstseinsheit verliert vor dem schimmernden Geistesglanz, der die Verzauberte umspielt. Sie warnt ihn; mit Tod und Verderben werde er ihre Küsse bösen müssen. In dessen die Gefahr hat ihn noch nie gekreht. Er schwört, wenn sie ihm als sein heimliches Gemahl gehören wolle, sein Leben lang ihr Treue zu halten, ihren Namen nie vor Menschen Ohren zu nennen. In das Brausen der Leidenschaft flingen eine stiller Janigkeit, selbstverpessener Schwärmerlein und tiefen Mitleids mit der Einamen Ginevra. Die Liebeszene in des Mitters Schlafgemach, als Fingula, beim Tagesanbruch von dem Gatten schwebend, in seinen Ebdiamur wiederholen läßt, führt die im Auftakt angeschlagene Stimmung glücklich weiter. Auch die Standhoffigkeit des Helden, der dem Vater jede Auskunft verweigert und aller bösschen Sitte trotzend, die Einladung zu dem Turnier des Artus ausfährt, bis ihn des Fräuleins Bruder Agravain durch Dinamerken des Redehandichubs dazu zwingt, kommt hier am Schluß des zweiten Aktes zu dramatisch lebendigen Ausdruck.

Mit dem Siege Lambals über seinen Gegner beim Turnier setzt aber leider auch die völlige Deroute ein. Artus, die geprüene Wüte des Rittertums, treibt die Taktlosigkeit so weit, Lambal vor versammeltem Volke, ohne jede vorangehende Anrede, mit der Hand seiner Nichte zu beschenken. Des Helden bescheiden stolze Abtate, ein solcher Bund sei ihm unmöglich er sei bereits vermählt, erregt beim Herrscherpaar Entrüstung. Die Königin geht ihn der Lüge. So ist sein Höfliches, die Ehre angefasst. Nun ruft er Fingula bei Namen, belauscht sie wo sie immer weite, mit Bindesflug als Jeugin, daß er wahr gesprochen, zu ihm zu eilen. Nichts regt sich. Als überwiegen Lügner soll er aus dem Orden des heiligen Graal gestochen werden. Einors die Güte will ihn retten! Wenn er sich mit ihr trauen lasse, würde König Artus die Kränkung verzeihen! Lambal scheint sich inzwischen eingekleidet zu haben, daß Fingula, da sie auf seinen Ruf nicht erschien, ihn verraten habe, oder überhaupt nur ein weinendes Nichts, die Ausgeburt seiner schweifenden Träume sei. Er fährt das Fräulein zur Mar, er lästert bei der Hochzeitsfeier Fingulas Gedächtnis. Da erlösen die Lichter. Oben an der Decke in blau-

lichen Glanz erscheint der Fuß der Schwänenjungfrau und wenige Minuten später überschreitet sie, als schwarzer Ritter verummt, die Schwelle. Lambals Schwert durchbohrt das Geipenst, er selbst fällt durch die Hand der Artusmänner. Die Phantastie, die in dem Anfang waltet, läuft aus in eine Häufung unverschämter, mit leeren symbolischen Präntionen aufgepuyten Ueberfalsungen.

Der Beifall — nach dem zweiten Akt impulsiv hervorbrechend — lang matt an. Wunderbar traf Kayhler die männlich schlichte Reiztheit in dem Langbal des ersten Teils. Lia Kofen, das neuzugagerte junge Mitglied, war als Fingula rührend und kindlich bei aller Leidenschaftlichkeit. Camilla Eichenstäh, in manchen Momenten gewiß sehr gut, stattete das Fräulein Honoras für mein Gefühl doch mit zuviel Schüchtheit aus. Aus dem Namen fiel die Königin und der gar nicht ritterlich dreinschauende Chor der Tafelrunde fiel aus dem Stil und Rahmen der Aufführung heraus.

Freie Volkstheater (im Herrnsfeld-Theater). Gustab Wieds prädelnd-lustiges Saitenspiel „2 X 2 = 5“ hat nun auch hier seinen Einzug gehalten und dank einer ihm durch Direktor Wille-Wild bereiteten Musteraufführung einen durchschlagenden Heiterkeitserfolg davongetragen. Das konnte auch bei einer so glücklichen Rollenbesetzung kaum anders sein. Die auf der Bühne ausstrahlende Atmosphäre eines lächelnden erst dargestellten Kunstgenusses steckte an. Die vom Dichter einzig wirksam besorgte Mischung geistvoller Gegenstände offenbarte sich in den Leistungen aller Mitwirkenden mit ergötzlicher Deutlichkeit. Artur Franzetti, Fritz Richard gaben ihre Charakterdarngen mit forisaturistischer Schärfe, ohne dabei den Rahmen einer seinen Romik zu sprengen! Margu Fugger hälfte von einem Liebhaber zum anderen wie ein Champannerpropfen. Geruhard Höfster verkörperte mit seltener Naturtreue einen feisten Gefängnisgeistlichen. Karl Ebert war trotz etwas Uebertriebung ein guter Rechnungsrat, während die Rätin bei Gusti Gude-Brandt und die Kammerherrin bei Boldi Ruy trefflich aufgehoben waren. Paul Paulsen (Schriftsteller Adel) erinnerte aufs angenehmste an seine schöne Leistung in Samsons Drama „An des Reiches Forten“. Toni Wilkens, die als Frau Abel eine wenig dankbare Rolle sehr sympathisch in Erscheinung und Gebaren spielte, möge man lebhaft wünschen, öfter und in bedeutenderen Aufgaben, die angetan sind, ihrem künstlerischen Naturell Spielraum und kräftige Bodenständigkeit zu verleihen, beschäftigt zu setzen. a. k.

Humor und Satire.

Der Würdige.

Warum auf seinem schwarzen Rod Drei schwere Oden tragen: Und welche Kulmedaten ihm, Dem schlichten Mann gelangen?

Er war Lakai im Schloß und Hund In Gottes Duld allzeit; Drei Potentaten durfte er Nach dem Kloßet geleiten.

Miserable Konjunktur. Ja ja, die alten Bilder werden gestochen, und die neuen laufen niemand.

Englische Sozialpolitik. Das Beste wird wohl sein, wir veranlassen noch mehr Wagerkämpfe, damit das Volk seinen Hunger vergißt. (Simplicissimus.)

men. Dies ist ein sonderbares Ereignis; auf dem letzten Parteitag der Arbeiterpartei zu Leicester, wo die große Mehrheit der Gewerkschaften vertreten war, wurde eine ähnliche Resolution mit großer Mehrheit niedergestimmt.

London, 9. September 1911.

5. Tag.

Der fünfte Tag war reich an interessanten Diskussionen. Die erste wichtige Resolution wandte sich gegen die zunehmende Bürokratisierung des Landes und verlangte parlamentarische Kontrollausschüsse zur Überwachung der Verwaltung. Dann begründete O'Grady die schon im vorigen Berichte angeordnete Resolution, die folgenden Wortlaut hatte:

Dieser Kongress beklagt hiermit die Gesamtheit der Transportarbeiter zu den großartigen Anstrengungen, die sie gemacht haben, um ihre Beschwerden abzustellen, und zu den Erfolgen, die sie errungen haben, indem sie ihre Löhne erhöhten, ihre Arbeitszeit verkürzten und auf die offizielle Anerkennung der Gewerkschaften bestanden. Auch begrüßt er den Kongress die Gewerkschaften der Arbeiterinnen zu der Reihe prächtiger Erfolge, die sie im Laufe der allgemeinen Bewegung errungen haben. Ferner beschließt der Kongress, daß die Streitkräfte der organisierten Arbeit keine Mühe sparen sollen, um die Unzufriedenheit der unterbezahlten Arbeiter mit ihrer Lage zu erwecken und nachzugehen und sie in ihrem Entschluß, alle möglichen Mittel zur Erreichung eines auskömmlichen Lohnes anzuwenden, zu bestärken und ihnen zu helfen.

O'Grady, der die Resolution begründete, hielt dazu eine vorzügliche Rede. Er führte aus, daß die gegenwärtige große soziale und industrielle Aufwühlung von den Massen selbst ausginge. Die Führer sähen, was vor sich gehe, und gäben der Bewegung Richtung und Ziel. Die Streiks hätten großartige Erfolge gebracht, besonders für die schlecht bezahlten und ungelerten Arbeiter und hätten diesen Schichten eine soziale Stellung verschafft, die sie nie zuvor besessen hätten. Die Streiks hätten das Parlament gelehrt, daß es andere Pflichten habe, als die Interessen des Eigentums zu wahren. Klar und deutlich sei ferner die Tatsache zutage getreten, daß die Zeit der teilweisen Streiks und Aussperrungen vorüber sei. Ein weiteres Zeichen der Kraft der Arbeiterschaft sei die von den gelehrten Arbeitern bekundete Entschlossenheit, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die Forderungen der ungelerten Arbeiter erfüllt worden. Aber die größte Freude, die der Arbeiterschaft bereitet worden sei, sei durch die Haltung der Frauen hervorgerufen worden. Die Gewerkschaften mühten sich sehr entschlossen, die alte Untätigkeit nicht wieder einreisen zu lassen. Die Zeiten seien vorüber, als Bergarbeiter und Maschinenbauer, Dodarbeiter und Fuhrleute, Tischler und Textilarbeiter untätig zusehen, wie man die Arbeiterinnen behandelte. Er hoffe, daß in Zukunft die Gewerkschaften die ganze Kraft ihrer Organisationen, all ihre angesammelten Gelder herbeizuziehen würden, um den streikenden Frauen oder Männern beizustehen.

Das Parlamentsmitglied Roberts wies darauf hin, daß man die Ereignisse der letzten Wochen fast eine wirtschaftliche Revolution nennen könne. Die Vorteile, die sich die Arbeiter errungen hätten, seien nur gering im Verhältnis zu dem, was ihnen von Rechts wegen zukomme; aber das Errungene werde den Ansporn zu weiteren Forderungen geben. Eine Seite der Bewegung demutete ihm: durch Anrufen gewinne die Arbeiterschaft nichts; Streikunruhen dienten nur dazu, die Streikfrage zu verdunkeln und schädigten die gute Sache der kämpfenden Arbeiterschaft. Die beste Waffe sei der passive Widerstand, die Weigerung, zu arbeiten. Noch habe die Regierung das Recht, Leben und Eigentum zu schützen, aber die Regierung sei nicht von der Anklage freizusprechen, profönerisch vorgegangen zu sein.

Wooling (Transportarbeiter) dankte dem Kongress für die Resolution. Das Hauptmerkmal des Streiks sei die absolute Solidarität der Arbeitermassen gewesen. Man sei der teilweisen Streiks überdrüssig und entschlossen, eine Bewegung einzuleiten, deren

Motto sei: Alle oder niemand! Es gereiche den schlecht bezahlten Arbeitern zur Ehre, daß sie, obwohl sie ihre Verträge zuerst abgeschlossen hätten, ihren Kameraden bis zu Ende beigekommen wären. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Alsdann beschäftigte sich der Kongress mit der Resolution des Geschäftsausschusses, die den Herrn Crooks und seine famose Schiedsgerichtsverfugung verdammt. Man darf dieser Angelegenheit keine zu große Bedeutung beimessen. Der Arbeiterparteiliche Crooks ist ein Politiker, dessen Name bisher nur in Verbindung mit mehr oder weniger guten Wägen genannt worden ist. Niemand nimmt ihn ernst. Auch ist es noch eine Frage, ob die vier Arbeitervertreter, deren Namen unter der Vorlage erscheinen, mit beratend-wortlich sind. Der eine, der Vorsitzende der Bergarbeiterföderation Edwards, protestierte auf dem Kongress ganz energisch dagegen, mit der Vorlage identifiziert zu werden; seine Rührerhaftigkeit sei auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Der zweite, der Arbeiterparteiliche Barnes, hat eben eine lange Krankheit und eine schwere Operation durchgemacht; der dritte, der Arbeiterparteiliche Henderson, ist Mitglied der jetzt tätig sitzenden Kommission, die das Einigungsverfahren der Eisenbahngesellschaften untersucht. Die Unterzeichnung dieser beiden steht daher auch recht verdächtig aus. Der vierte endlich ist der liberale Arbeitervertreter Gemwif. Gilmore (Bergarbeiter) hatte es leicht, die Vorlage und deren Urheber nach allen Regeln der Kunst zu verdammen.

Die Resolution lautete: „Der Kongress protestiert hiermit energisch gegen die Handlungsweise des Herrn Crooks und anderer Mitglieder der Arbeiterpartei, die im Unterhaus eine Vorlage über Arbeitsstreitigkeiten eingebracht haben, ohne die Autorität oder Einwilligung der Gewerkschaften des Landes oder der Arbeiterpartei; wir wünschen hiermit klar auszudrücken, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln uns gegen jeden Versuch wehren werden, den Arbeitern das Recht, zu jeder Zeit, wenn sie eine solche Handlung zur Verteidigung oder Förderung ihrer Rechte als notwendig erachten, in den Streik zu treten, zu nehmen oder zu fügen.“

Gilmour, der Begründer der Resolution, sprach die Ansicht aus, daß die fünf Arbeitervertreter, deren Namen unter der Vorlage erscheinen, eine große Dummheit begangen hätten. Er glaube nicht, daß einer von ihnen wirklich beabsichtige, die Arbeiterschaft zu schädigen. Die Klausel 32 lautete:

„Es soll ungeschicklich sein, daß irgendein Arbeitgeber eine Aussperrung erklärt oder verursacht, oder daß irgendein Arbeitnehmer in den Streik tritt wegen einer Streitigkeit, bevor oder während diese Streitigkeit in einem gemäß diesem Gesetze errichteten Einigungs- oder Untersuchungsamt beraten wird.“

Das heißt den Gewerkschaften ein Recht nehmen, daß sie seit Jahren ungehindert ausgeübt. Herr Crooks verrate eine kolossale Unwissenheit, wenn er in seiner Vorlage weiter verlange, daß Forderungen dreißig Tage vorher eingereicht werden müßten. Augenblicklich berieten die Bergarbeiter über einen Generalstreik wegen der Besetzung der Häuser an abnormen Arbeitsplätzen. In dreißig Tagen könnte eine solche Stelle längst leer geworden worden sein. Baites Gelächter erregte sich, als Gilmour im Laufe seiner nieder-schmetternden Rede die Strafen erwähnte, die nach der Vorlage die Arbeiter und Agitatoren treffen sollen, die in den Ausstand treten oder zum Streik aufmuntern. Gilmour rief die Vorlage durchsichtlich in Frage.

Der Unterstüber Marchand (Textilarbeiter) erklärte, er könne es verstehen, wenn eine derartige Vorlage von Arbeitgeberverbänden eingereicht werde, aber wie Arbeitervertreter zu solchen schmerzlichen Ideen kämen, sei ihm ein Rätsel. Unter dem lauten Beifall der Delegierten paraphrasierte er ein Dichterverort:

„Let those now strike who never struck before.
Those who have struck now strike the more.“

Man kann den Sinn dieser prächtigen Zeilen, wie sie von dem Redner gebraucht wurden, im Deutschen kaum wiedergeben, da das

Wort „strike“ = streiken die Grundbedeutung „schlagen“ hat. Wörtlich heißen sie etwa:

„Laßt die jetzt streiken (schlagen), die nie zuvor gestreikt (geschlagen). Die, die gestreikt (zugechlagen), mögen nun um so feher streiken (aufschlagen).“

Daß diese Kampfstimmung den ganzen Kongress befeuerte, bewies die einstimmige Annahme der Protestresolution.

Einstimmig nahm der Kongress auch, wie schon telegraphisch gemeldet, eine Resolution an, in der er sich mit der Friedensdemonstration der Berliner Arbeiter identifizierte. Sie lautete:

„Dieser Kongress stimmt aus vollem Herzen den Gefühlen bei, die in der großen am letzten Sonntag in Deutschland abgehaltenen Demonstration zum Ausdruck kamen und fordert die Arbeiter aller Länder auf, sich zusammenzuschließen, um eine solche große Solidarität wie einen Krieg zwischen Nationen zu verhindern.“

Smith (Gasarbeiter) begründete die Resolution und der große Bergarbeiterführer Nutt unterstützte sie mit zitternder, aber eindringlicher Stimme. Er glaube nicht an den Generalstreik zur Verhinderung der Kriege; was den Krieg wirklich verhindern könne, sei der Generalstreik bei See und der Flotten. — Trotz der Versuche der englischen bürgerlichen Presse, die gewaltige Demonstration der Berliner Arbeiter totzuschweigen oder herabzusetzen, hat die Kundgebung der deutschen Arbeiter in den Herzen ihrer englischen Genossen ein tönendes Echo gefunden. Die Rückschrittler mögen versuchen, den Lauf der Welt aufzuhalten — und sie bewegt sich doch!

Den Rest der Sitzung füllte eine stürmische Debatte über die Schulfrage. Eine seit vielen Jahren immer wieder angenommene Resolution, in der die Verweltlichung der Schule gefordert wird, wurde von Bill Thorne begründet. Nach der Begründung wollte der Vorsitzende sofort abstimmen lassen. Dagegen wehrte sich Seaton (Biberpöpler Dodarbeiter), ein irischer Katholik, der opponieren wollte. Nach einem langen, stürmischen Wortkampf zwischen dem Präsidenten und dem hiesigen Zetler über die letztere schließlich seinen Willen durch. Die Resolution wurde mit 717 000 gegen 120 000 Stimmen angenommen. Die Bergarbeiter enthielten sich der Abstimmung.

Wartpreise von Berlin am 9. Septbr. 1911, nach Ermittlung des königlichen Holzpreisdirektors, Marktallianzpreise. (Reinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—36,00. Weizenmehl weiß, 35,00—36,00. Weizen 20,00—22,00. Kartoffeln 8,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Heule 1,00—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,00 bis 1,70. Schweinefleisch 1,00—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Gammelfleisch 1,00—2,20. Butter 2,40—3,20. 60 Stück Eier 8,00—6,00. 1 Kilogramm Rapsen 1,40—2,40. Kase 1,00—2,80. Hander 1,40—3,60. Schale 1,40 bis 2,80. Barche 0,90—2,00. Schale 1,40—3,00. Fleis 0,80—1,90. 60 Stück Stroh 2,00—3,00.

Witterungsübersicht vom 11. September 1911.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Zwettende	768,9	SW	2	belter	14	Ladranaba	768,9	SW	4	halb bb.	5
Dampfung	769,3	SW	3	molten	11	Uetersburg	751,9	SW	2	Regen	7
Berlin	769,9	SW	1	belter	10	Seiffa	761,9	SW	1	molthg	17
Frankfurt	767,9	SW	1	belter	11	Worms	760,9	SW	1	molthg	13
München	768,0	SW	2	belter	8	Wien	764,9	SW	1	molten	13
Wien	768,9	SW	1	belter	12						

Wetterprognose für Dienstag, den 12. September 1911. Wärmer, zunächst ziemlich belter, bei möglichen südwestlichen Winden; später zunehmende Bewölkung mit etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Großer Anzug-Verkauf

ca. 35,000 Anzüge für Herren, Jünglinge, Burschen und Knaben darunter Musteranzüge und nicht abgeholte Maßsachen

Dauer bis 18. Sept.

- Herren-Anzüge Dunkel gestr. und karierte Kammgarne, 1 und 2 reihig M. 27.—
- Herren-Anzüge Hochmoderne Kammgarne u. Cheviots, 1 und 2 reihig M. 40.—
- Herren-Anzüge Prima blaue Cheviots, Elegante Fassons, 1 und 2 reihig M. 36.—
- Jünglings-Anzüge Helle und dunkle Cheviots M. 17.—
- Burschen-Anzüge Cheviot u. Kammgarne Sehr haltbar. Einheitspreis Größen 7-12 M. 7.50
- Burschen-Anzüge Karierte Cheviots and Kammgarne Einheitspreis Größen 7-12 M. 9.—
- Knaben-Anzüge Blaue und melierte Cheviot Einheitspreis Größen 1-6 M. 4.50
- Knaben-Sport-Anzüge Falten Joppen-Formen. Neueste Muster. Sehr haltb. Stoffe Einheitspreis Größen 1-6 M. 6.50



Echt engl. Gummi-Mäntel nur solange Vorräte reichen, ganz besonders billige Preise, moderne Farben u. Fassons, 27.—, 22.50 10.90

BaerSohn

Kleider-Werke

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog Nr. 42 kostenfrei

Urbini

det seh ick jetzt ganz klar
Putzt doch die Stichel
wunderbar.

In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm
Charlottenburg.

Bettfedern

garantiert doppelt gereinigt, Nr. 0.50, 0.75, 1.10, 1.75, 2.60, 3.00, 3.50, 4.50, Daunenn 2.75, 3.50, 4.75, 6.00, 7.50.

Echt chinesische Astoria-Daunen

gerichtlich geschätzt, Nr. 2.75.
3-4 Pfund genügen zu einem großen Oberbett.
(Oberbett, Unterbett und 2 Kissen)
Große Betten Nr. 12.00, 15.00, 20.00, 23.00 bis 120.00.
Betten mit Daunenfüllung und Metallkörper Stand M. 96.00.
Beden und Betten werden aufgearbeitet und gereinigt.
Metall-Bettstellen mit Zugfederunterlagen von M. 10.00 an.
Polster-Bettstellen von 5.50 M. an.
BERLIN O.,
E. Zemlin, Warschauer Straße 73.
Gebührgeld wird vergütet.

Los nur 1/2 Mark!

Ziehung am 21. Sept. 1911.

Schneidemühler Automobile- und Pferde-Lotterie

3103 Gewinne i. Werte v. Mark

100 000
Hauptgew. 1 Automobil i. W. v. M.

15 000
10 000
5 000
3 000
2 000

11 Lose aus verschieb. 5 M. Tausenden
Lose à 50 Pf., extra durch das General-Debit

H. C. Kröger

Berlin W 8, Friedrichstr. 193a
sowie alle durch Plakate kenntlich, Verkaufstell.

H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Goltzplatz.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Referant für alle Krankentassen.

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.

Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tischbetdecken etc. in allen Stilarten.
Pracht-Katalog, ca. 650 Illust. gratis und franko. Resto von 2 bis 6 Fenster spottbillig.



Zur Vermeidung von Verwechslungen: Die Firma **A. Wertheim** unterhält in Berlin nur diese 3 Geschäfte

A. Wertheim

G. m. b. H.

Versand-Abteilung
Berlin W. 66
Leipzigerstr. 132/37.
Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich.



Rosenthaler Str. Leipziger Strasse 132-37. Oranien Strasse

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:

Besonders preiswerte Posten:

Gardinen Decken Teppiche

Englische Tüllgardinen
weiss und creme, Fenster
2.25 3.85 5.65

Englische Tüll-Gardinen weiss und creme, p. Meter 38, 55, 80 Pf.
Künstler-Gardinen (2 Schals, 1 Querbehang) in englischem Tüll p. Garnitur 6.15, 9.35
Künstler-Gardinen in Erbstüll mit Bandarbeit, p. Garnitur 8.20, 11.50
Englische Tüll-Stores weiss und creme, p. Stück 1.85, 3.45, 5.35
Erbstüll-Stores mit Bandarbeit und Volants 4.25, 7.00, 9.00
Band-Bettwand-Dekorationen Erbstüll Stück 11.50, 14.25

Mull-Vorhänge
2 Schals, 1 Querbehang, aus gepunkt. Mull, mit gezogenen Volants
Garnitur 9.75

Bettdecken
Engl. Tüll für 1 Bett 1.60, 2.65, 4.75
Engl. Tüll für 2 Betten 4.35, 7.25, 9.85
Erbstüll mit Band, für 1 Bett 4.75, 7.35, 9.50
Erbstüll mit Band, für 2 Betten 7.15, 9.50, 12.25

Gardinen-Stoffe

Allover Nets modern gemust. Gardinenstoff, ca. 120 bis 140 cm breit Meter 88 Pf., 1.10, 1.50
Weisse gepunktete Mullstoffe für Schlafzimmervorhänge etc., ca. 120 cm breit Meter 72 Pf.

Satin-Vitragen
mit Bänderfassung, 2 teilige Schutzvorhänge aus goldfarbigem, guten Satin
Fenster . . . 4.75 reg. Preis 8.00

Plüsch-Diwandecken
(Axminstergewebe)
modern gemustert, auf blauem Grunde oder persisch. Dessin auf rot. Grunde
Stück 19.50

Diwandecken

Diwandecken modern oder persisch gemustert, auf rotem, blauem und grünem Grund 6.75, 9.75
Diwandecken modern od. persisch gemustert, auf rotem, blauem und grünem Grund, doppelseitig 8.25, 11.25
Diwandecken Nachahmung persischer Kelims 14.50, 17.50

Phantasie-Tischdecken
auf naturfarbigem Grunde, mit mod. farbigen Dessins, in Zeichnung und Farben zu Boucléteppichen passend
150/150 cm 4.25 150/180 cm 5.50

Fenster-Dekorationen
2 Schals, 1 Querbeh., bestickt, mod. Zeichnungen auf blau, reseda, fraise und naturfarbigem, leinenartigem Stoff Garnitur 9.25

Tischdecken

reinwollenes Tuch, mit Kurbelstickerel. 6.75, Kuchelleinen, mit Kurbelstickerel. 8.50, Mohairplüsch, mit Kurbelstickerel. 9.00

Fenster-Dekorationen
für Herrenzimmer, vorzügl. Nachahmung persischer Kelims Garnitur 16.50

Hugo Joske, Berlin-Plötzensee.

Die Preise für mein feinstes amerikanisches Salongepetroleum stellen sich von heute ab wie folgt:

3 Ltr. M. 0,75	6 Ltr. M. 1,50	15 Ltr. M. 3,10	1/4 Ztr. M. 3,25	1/2 Ztr. M. 6,50
----------------	----------------	-----------------	------------------	------------------

für wasserhohes gutes Leuchtöl:

3 Ltr. M. 0,60	6 Ltr. M. 1,20	15 Ltr. M. 2,75	1/4 Ztr. M. 5,50	129/3
----------------	----------------	-----------------	------------------	-------

Lieferung frei Haus. Kannen leihweise.

Hugo Joske, Berlin-Plötzensee. Amt II, 946.

Möbel liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Enorm billig
Vorjährige feinste Ulster-Anzüge von 20-60 M.
Billige Hosenwoche.
Versandhaus Germania
Unter den Linden 21.

Größeres Parteilokal,
das einzige in einem größeren Ort in der Nähe von Berlin, sofort zu vermieten. Preis ca. 120.000 M. Anzahlung 15-20.000 M. Offerten von Selbstverleasanten unter F. 3 an die Hauptredaktion des „Vorwärts“ erbeten.

Warum trägt man Gummi-Absätze?

Weil man angenehm, weich u. elastisch geht, weil sie dauerhafter als Leder sind und weil die Nerven durch dieselben geschont werden



Nur vorzügliche Qualitäten haben diese hervorragenden Eigenschaften. Verlangen Sie daher von Ihrem Schuhmacher stets

Continental-Gummi-Absätze

auch erhältlich in Lederhandlungen und Schuhgeschäften.
Schwelmer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H., Schwelm i. Westf.

Leipzigerstr. 50a am Dönhofsplatz **H. Esders & Dyckhoff** Leipzigerstr. 50a am Dönhofsplatz

Herren-, Knaben- und Damen-Kleidung, Herren-Artikel

Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung nach unseren eigenen Häusern Gertraudenstraße 8/9 an der Petri-Kirche.

Enorme Preis-Ermäßigung in sämtlichen Abteilungen, selten günstige Gelegenheit.

Serie I mit 60%	Serie II mit 40%	Serie III mit 20%
------------------------	-------------------------	--------------------------

Abzug vom bisherigen Verkaufspreis.

Sommer- und Winter-Kleidung.

Konfirmanden-Anzüge

Wir bitten höflichst um Besichtigung ohne Kaufzwang!!

Sozialdemokratischer Parteitag.

Erster Tag.

Vormittags-Sitzung.

Jena, den 11. September. (Fig. Ber.)

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Er fordert die Mandatsprüfungskommission und die Beschwerdekommission auf, sich zu konstituieren. Er macht weiter Mitteilung davon, daß eine Reihe von Begrüßungsschreiben und Telegrammen eingegangen sind; unter anderen von der dänischen Sozialdemokratie, von den Sozialdemokraten in Petersburg, von der Jüdischen Arbeiterpartei in Litauen, Polen und Rußland, von der Norwegischen Arbeiterpartei, der Englischen Labour Party, von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Außerdem fährt der Vorsitzende fort, haben wir eine Reihe lieber Gäste zu begrüßen, die vom Auslande delegiert sind. Wir wünschen, daß diese Parteigenossen mit dem besten Eindruck von der Stärke und Einigkeit der deutschen sozialdemokratischen Partei in ihre Heimat zurückkehren. (Lebhafte Weisfall.) Es folgen Begrüßungsansprachen.

Dr. Soukup:

Der Exekutivausschuß der tschecho-slawischen Sozialdemokratie hat mich, der freundlichen Einladung Ihrer Parteileitung gerne folgend, beauftragt, den Parteitag der ältesten und größten sozialdemokratischen Partei der Welt zu begrüßen. Mit Dankbarkeit gedenkt die tschecho-slawische Partei alles dessen, was sie von der deutschen Sozialdemokratie, diesem großen Reservoir von Wissen, theoretischer Erkenntnis und praktischer Erfahrung, gelernt hat und noch ununterbrochen lernt. Kommt jemand zu uns, so findet er in der kleinsten Hütte eines Massenbewußten Proletariats die Namen und Bilder von Marx, Lassalle, von Engels, Liebknecht und Paul Singer. (Weisfall.) Hiernach ist es selbstverständlich, daß die Verhandlungen dieses Parteitages auch für uns von eminenter Wichtigkeit sind.

Ich fühle das Bedürfnis, von diesem Platze aus auch ein Wort zu sagen über Dinge, die das bisherige Zusammenarbeiten der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich schwer beeinträchtigen. Wer die Geschichte der Partei kennt, muß den Worten Adlers zustimmen, daß die tschecho-slawische Sozialdemokratie eine durch und durch proletarische Partei ist, in hundert schweren Kämpfen erprobt, eines der stolzesten Bataillone der internationalen Armee. In den letzten Jahren sehen wir leider die Degradation dieser Partei in der Internationale als eine nationalistische, separatistische und minderwertige. Ich wage aber zu behaupten, daß uns ein schwarzes Unrecht geschieht. Es ist hier nicht der Ort, über das Problem Vortrag zu halten. Aber ihr Urteil kann uns nicht gleichgültig sein, und deshalb erkläre ich: wir sind keine Nationalisten, keine Separatisten, sondern wir sind internationale Sozialdemokraten, wie wir es seit drei Jahrzehnten waren. Allerdings, wir fordern, daß überall in Oesterreich, wo das Bedürfnis besteht, ein Kind in der Schule seine Muttersprache sprechen kann. Das ist nicht nur ein Gebot der modernen Pädagogik, sondern ein rein proletarisches Interesse. Wir wünschen auch, daß im Verkehrsleben ein Arbeiter überall, wo seine Sprache landesüblich ist, sich auch in dieser Sprache orientieren kann. Auch das ist ein rein proletarisches Interesse. Das ist unser Nationalismus. Daraus bestehen wir und kennen nichts anderes. Wir identifizieren uns hier mit August Bebel, der gesagt hat: „Die Aufgabe der Arbeiterklassen aller Kulturländer ist eine nationale und internationale. National und international sind keine Begriffe und Bestrebungen, die sich gegenseitig ausschließen, sondern sie ergänzen sich gegenseitig.“

Wir sind, Parteigenossen, aber auch keine Separatisten. Separieren wollen wir uns von dem Unverständigen, mit dem unabänderliche Tatsachen bei uns begriffen werden. Aber die Absicht einer Separation von der Internationale oder von unseren deutschen Brüdern in Oesterreich ist und bleibt ein Unding. Wir werden speziell in der deutschen Bruderpresse diffamiert und als diejenigen hingestellt, die die Lebenskraft des österreichischen Proletariats geschwächt haben. Wir haben es schwer beklagt, daß einer der hervorragendsten Männer der deutschen Sozialdemokratie, ein Träger der Wissenschaft, in diesen Kampf eingetreten ist und dabei das erste Gebot der Objektivität und Kritik fallen gelassen hat. Mit Brandfackeln und Kriegserklärungen wird man nichts ausrichten können, wo nur Ruhe und Objektivität Heilung bringen können.

In keinem Staat gibt es so viele verwickelte Probleme wie in Oesterreich, in keinem werden auch so viele Ansprüche an die Vernunft und Ruhe des Proletariats gestellt, und ich habe keinen heißeren Wunsch, als daß wir auf unserem nächsten internationalen Parteitag in Wien der ganzen Welt beweisen können, daß das österreichische Proletariat nicht nur in den Zeichen des Sturmes und Unwanes, sondern auch in den Zeichen der positiven Arbeit auf der Höhe ist. In diesem Sinne begrüße ich Ihren Parteitag und wünsche Ihren Verhandlungen besten Erfolg.

Stein-Wien (tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs):

Sehr verehrte Parteigenossen und Genossinnen! Als eine Art Verkörperung des österreichischen Kampfes komme ich hierher, als Vertreter der von der Rot der Verhältnisse geschaffenen politischen Organisationen der zentralistischen internationalen tschechischen Sozialdemokratie. Ich bin nicht gekommen, um Klage zu erheben, denn zum Klagen fühlen wir uns viel zu stolz, da wir auf den Beschlüssen des Kopenhagener Kongresses und den bewährten sozialistischen Prinzipien fußen. Sondern ich bin nur gekommen, Ihnen zu sagen, daß wir aus Ihren Verhandlungen neue Kraft schöpfen für den schweren Kampf um die Erhaltung der einheitlichen Organisation in Oesterreich. Wir hoffen, aus den Verhandlungen dieses Parteitages neue Anregungen, neuen Mut zu gewinnen, und daß er die Einleitung eines triumphalen Wahlsieges werden möge. In diesem Sinne begrüße ich Sie und wünsche der Tagung den besten Verlauf. (Lebhaftes Bravo!)

Dr. Adler-Wien (mit lebhaftem Beifall begrüßt):

Im Namen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich begrüße ich Sie. Sie sind in einem geschichtlich entscheidenden Moment, in einer Zeit der Erregung und größten Spannung zusammengetreten. In diesem Moment, wo die Kultur Europas bedroht ist von Krieg, von Hungersnot und Pestilenz, als ob noch alles so wäre wie vor diesen hundert Jahren, da haben wir alle die Empfindung, daß mit der Abnahme der Fähigkeit der herrschenden Klassen, die Welt zu beherrschen, das Proletariat die Fähigkeit gewinnen muß, entscheidend einzugreifen. Wir alle haben das Bewußtsein, daß der eigentliche geschichtliche Prozeß dort vorgeht, wo das Proletariat langsam aber mit wachsender Stärke und Intensität die Kraft ansammelt, um die Geschichte der Welt in die Hand zu nehmen. (Weisfall.) Die heute Herrschenden stehen, obwohl sie alle Macht in Händen haben, der Hungersnot gegenüber, wehrlos dem Kriege gegenüber — und wir wissen nicht in diesem Moment, ob sie ihn werden verhindern können. Parteigenossen, Sie haben wohl alle mit mir das Gefühl, daß dieser Parteitag, der

die beste Kraft des deutschen Volkes repräsentiert, indem er die Arbeit vorbereitet, die der Macht des Proletariats einen kräftigen politischen Ausdruck geben soll, daß dieser Parteitag das wichtigste Vollzieht, was heute möglich ist. (Bravo!)

Ich komme aus Oesterreich, dem Lande der tragischen nationalen Konflikte. Sie haben davon einen kleinen Auschnitt zu hören bekommen, aber ich bitte Sie, nicht allzu weitgehende Schlüsse aus den Konflikten zu ziehen. Parteigenossen, wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, die wir von Euch nur durch die Grenze, durch sonst aber nichts getrennt sind, wir haben wohl das schwerste und komplizierteste Geschäft, das je einer Sozialdemokratie zugefallen war. Es ist hier nicht der Ort, die Frage auszutragen, aber ich will nur das sagen: wenn es sich nur um die nationalen Forderungen handeln würde, die der Genosse Soukup Ihnen entwickelt hat, dann würde dieser Konflikt nicht existieren. (Wiesfaches sehr richtig!) Seien Sie aber überzeugt, trotz aller Widerwärtigkeiten und fürchtbaren Konflikte fühlen wir die Kraft in uns, die Verantwortung zu tragen für die Geschichte des Proletariats aller Jungen in Oesterreich. (Bravo!)

Lassen Sie mich Ihnen noch kurz danken für die Hilfe, die Sie uns wieder bei den letzten Wahlen angedeihen liehen, wie Sie es immer getan und hoffentlich auch wieder tun werden. (Heiterkeit.) Man kann nicht vorsichtig genug sein. (Erneute Heiterkeit.) Auch wie haben so etwas wie einen schwarzen Blod gehabt. Nur, wissen Sie, in Oesterreich sind die Blöde nicht so fett wie bei Euch. (Heiterkeit.) Und wenn wir auch in den Insubtrageenden, in den Sudetländern wirklich sehr ernst zu kämpfen hatten, so daß die Massenagenz sich endlich in einem Grade ausgegipft haben, daß selbst die österreichische Gemütslichkeit Gott sei Dank zum Teufel gegangen ist (Heiterkeit und sehr gut!), wenn wir also da auch Mandate verloren, obwohl unsere Stimmengahl sich vermehrt hat, so haben wir doch, wie Sie wissen, in Wien einen Teil unseres schwarzblauen Blodes, wenigstens den schwarzen Teil davon (Heiterkeit), ordentlich befestigt. Wenn auch das liberale Bürgertum davon profitiert hat — das ist ja immer so, die Arbeit machen wir — so war es doch kein Kompromiß, wie ich den Genossen sagen möchte, die sich darüber im Zweifel befinden. Ohne ein Wort mit denen geredet zu haben, die davon profitiert haben, daß wir so stark wurden, haben wir die anderen zum Teufel gejagt, die uns am zutwischen waren. (Sehr gut!) Natürlich wissen wir ganz genau, dieses Bürgertum, das mit uns pfeift hat, ist gleich wieder bereit, mit den Merkmalen und zu besorgen. Es ist bereit zu jedem Verrat an seinen „heiligsten Gütern“ zu jeder Stunde. (Ruf: Ganz wie bei uns!) Das hat uns aber nicht hindern dürfen, gegen diejenigen, die die Gewalt hatten, loszugehen. Nur, das will ich hier aussprechen, damit Sie es wissen: die Feinde unserer Feinde sind noch lange nicht unsere Freunde. (Sehr gut!)

Der neue Kampf steht vor uns. Wir werden ihn zu führen haben zu einer Zeit, wo nächst der Kriegsgefahr die furchtbarste Not heute schon — ich weiß nicht, wie es in Deutschland ist — aber bei uns in Oesterreich heute schon in jeder Familie sich geltend macht, in einem Grade wie wir, soweit ich zurückschauen kann, es nicht erlebt haben. (Bewegung.) Demgegenüber, natürlich genau wie bei Euch, die agrarische Festigkeit der Grundstube, die, mag auch alles verhungern, auch noch kein Schwein hereinlassen will. (Hört! hört!) Und demgegenüber Schwäche und Ohnmacht der Reaktionen. Und so steht es wahrscheinlich bevor, daß das Proletariat angewungen sein wird, da man ihm billige Lebensmittel nicht verschaffen kann, den Kampf um höhere Löhne mit um so größerer Intensität zu führen. Es stehen uns große Kämpfe bevor — wie weit es für Deutschland zutrifft, weiß ich nicht — aber Sie werden begreifen, Parteigenossen, mit welchem Schmerz wir gerade in diesem Moment organisatorische Schwierigkeiten in unserer gewerkschaftlichen Organisation sehen. Sie werden begreifen, daß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung heute für uns die Frage ist, um die sich in Oesterreich alles dreht. (Lebhafter Weisfall.)

Und nun will ich Sie nicht länger aufhalten. Ich wünsche Ihnen Glück zu Ihrer Arbeit, Glück zu dem neuen großen Kampf, der Ihnen bevorsteht und ich wünsche uns, daß wir so wie von je auch ferner in der engsten Solidarität und Freundschaft bleiben mit der von uns so geliebten deutschen Sozialdemokratie. (Stürmischer Weisfall.)

Im Auftrage der Zentralbehörde der sozialdemokratischen Partei Rußlands überbringt

Alexrod-Jürich

die herzlichsten Grüße und Glückwünsche zu den Beratungen und zu dem bevorstehenden Wahlkampf. (Bravo!) Die deutsche Sozialdemokratie war immer unsere Lehrmeisterin, aber mehr als je müssen wir in der neuesten Phase unserer Entwicklung von ihr lernen. Vielleicht denkt mancher von Ihnen: was ist denn das wieder für eine neue Phase der russischen Sozialdemokratie? Die Bewegung ist ja halbtot. Nein! Gerade in der konterrevolutionären Periode hat unsere Partei große Fortschritte gemacht und ist in eine neue Epoche eingetreten. In der ersten Epoche war das russische Proletariat geistig und politisch rückständig und numerisch schwach. Die Hauptstärke der Bewegung war damals die revolutionäre Intelligenz, das Proletariat war sozusagen nur Objekt der Erziehung und Bevormundung seitens dieser Intelligenz. Das wird nun anders. Während der konterrevolutionären Periode beginnt die Sozialdemokratie eine wirkliche Organisation des Proletariats zu werden. Freilich ist die Bewegung noch schwach, und auch unsere Partei selbst hat Schuld daran. Aber das ist eine geschichtliche Schuld, für die wir nicht verantwortlich sind. Die erste Epoche hat uns gewiß Traditionen und tatsächliche Gewohnheiten hinterlassen. Dadurch entsteht ein unverkennbarer Gegensatz zu den neuen Aufgaben und dieser Gegensatz bildet ein großes Vermittlungs für die Umwandlung der Sozialdemokratie. Immerhin ist die Zeit, wo die russische Sozialdemokratie als wirkliche Arbeiterpartei auf der politischen Bühne erscheint, nicht mehr fern. Wir werden zeigen, daß es uns nicht an Energie fehlt und daß wir der neuesten Epoche der russischen Bewegung gewachsen sind. (Bravo!)

Brade-Frankreich:

Nicht zum ersten Male überbringe ich der deutschen Sozialdemokratie die Grüße der französischen Sozialisten. Manches Gesicht sehe ich wieder, das ich schon in La Dede kennen gelernt habe, als noch der unübergebliebene Singer den Vorsitz führte. Besonders erfreut es mich, daß ich gerade hier in Jena der Worte Ihrer Brüder aus Frankreich sein kann. Im Jahre 1905 zeigten Sie hier dem internationalen Proletariat, wie der Begriff des Massenstreiks aus dem Reiche utopischer Träume auf den Boden der Tatsachen zu bringen ist, so daß daraus eine zweckmäßige Waffe im Kampfe um die politische Macht wird. In einer Zeit auswärtiger Verwicklungen findet der heutige Parteitag statt. Da muß das Proletariat aller Länder gegen den Imperialismus im Interesse des Weltfriedens protestieren. Gegenüber den Kapitalisten, die sich in der Marofffrage um den Profit streiten, habe ich Ihnen zu sagen, daß das französische Proletariat mit dem deutschen durch das Gefühl innigster Solidarität verbunden ist. (Lebhafter Weisfall.)

Es weiß sich eins mit dem deutschen Proletariat und der ganzen internationalen Arbeiterpartei. (Erneuter Weisfall.) Gemeinsam wollen wir die kapitalistische Festung sprengen und damit für immer die Gefahren der Konflikte und Kriege beseitigen. Glückauf denn! Hoch der Parteitag! Hoch die deutsche Sozialdemokratie! Hoch die internationale Arbeiterpartei! (Erneuter stürmischer Weisfall.)

Luech-London

überbringt die herzlichsten Grüße der sozialdemokratischen Partei Großbritanniens. Wir in England haben unsere besonderen Schwierigkeiten zu überwinden und unsere eigenen Aufgaben in der internationalen Bewegung. Mit stolzer Verteidigung sehen wir aber die großartigen Fortschritte und Leistungen unserer deutschen Brüder. Die deutschen Genossen sind uns ein Vorbild. Unter englischen Sozialdemokraten sind die Namen von Marx und Engels ebenso bekannt und geschätzt, als unter deutschen. Mit Stolz erinnern wir uns daran, daß diese Männer als wahre Internationale, als Vaterlandslose, eine Zufluchtsstätte in England gefunden und dort ebenso viel für ihre monumentale Arbeit gelernt haben, als von dem Lande ihrer Geburt. Auch uns hat der Tod unseres unvergeßlichen Paul Singer schwer getroffen.

Ihr versammelt Euch hier zu einem Zeitpunkt, der für die internationale Sozialdemokratie äußerst wichtig ist. Die geheime Diplomatie und die kapitalistischen Interessen haben die Beziehungen der Großmächte zu einander getrübt. Ich erkläre hier mit größtem Nachdruck im Namen der sozialdemokratischen Partei Englands, daß wir mit Euch vollkommen einig sind in der Beurteilung dieser geheimen Diplomatie und dieser kapitalistischen Interessen. Es steht nichts auf dem Spiele, was des Blutes eines einzigen deutschen, französischen oder englischen Proletariats wert ist. (Lebhafter Weisfall.) Diese Zustimmung scheint mir, obwohl sie angeht unsere bisherigen Tätigkeit kaum nötig ist, geboten, insofern in Folge von Mißverständnissen und Mißdeutungen einer auf unserer Jahreskonferenz angenommenen Resolution, welche von einigen Feinden und auch von einigen Freunden so aufgestellt wurde, als hätten wir uns im Falle irgend welcher Streitfragen zwischen den europäischen Mächten auf die Seite der Chauvinisten und Imperialisten. Das Gegenteil ist richtig. Die Resolution sprach sich ausdrücklich gegen Imperialismus und Militarismus aus, sowie gegen die Ausbeutung der Minderheiten. Wir sind weder Antinationallisten noch Imperialisten, sondern Internationalisten. Wir betrachten Britannien als eine Seeräuber-macht, die mit Beute überhäuft und ängstlich ist, einen Teil ihrer mit Unrecht erworbenen Güter zu verlieren, und die durch diese Angst in die schändlichsten Bündnisse mit dem reaktionären Despotismus hineingetrieben wird. Das Proletariat Englands hat kein Interesse daran, der herrschenden Klasse diese Güter zu bewahren und diese Bündnisse zu verteidigen. Es gibt keinen Sozialdemokraten in England, der einen Finger erheben oder einen Groschen bewilligen würde, um die Integrität des mit Blut und Verrat besetzten Reiches zu erhalten. Wenn das ganze englische Proletariat von diesen Gefühlen befeuert wäre, so wäre der Krieg absolut unmöglich. Wie die Sache aber liegt, sind wir eine Minorität, die nur alles tun kann, was in ihrer Macht steht, dem Volke die Wahrheit einzuführen.

Jedenfalls dürfen sich die deutschen Genossen auf die britischen Sozialdemokraten verlassen. In der Zukunft, daß Ihr von denselben Gefühlen befeuert seid, danke ich Euch für die freundliche Aufnahme und beglückwünsche Euch zu Euren Parteitagen. Ich wünsche der großen deutschen Sozialdemokratie den besten Erfolg für ihre Arbeit, für das deutsche Volk und für die internationale Sozialdemokratie. Es lebe die Internationale! (Lebhafter Weisfall.)

Genosse Anfermit (holländische Partei):

Werde Genossen! Ich will nur das große Interesse, das die holländische sozialdemokratische Partei der deutschen Sozialdemokratie immer bewiesen hat, hier bekunden und Ihnen einen guten Parteitag wünschen, nicht nur für Ihre eigene Partei, sondern für die ganze Internationale. (Lebhafter Weisfall.)

Van der Smitten (belgische Partei)

(spricht französisch, von Genossin Zeitlin übersetzt): Genossen und Genossinnen, ich überbringe Ihnen die Grüße des belgischen Proletariats. Wir repräsentieren ein verhältnismäßig kleines Land und die belgische Sozialdemokratie und die belgischen Gewerkschaften haben immer, Anfeuerung und Vorbild suchend, nach Deutschland hinübergeblüht. Wir sind vor allem erfüllt von Bewunderung für die festgefügte einheitliche Organisation, welche die deutsche kämpfende Arbeiterklasse kennzeichnet. Wir sind weiter von Bewunderung erfüllt von der Disziplin und Energie des deutschen Proletariats, mit welchen es seine theoretischen Überzeugungen in die Praxis überführt. Ich habe die Überzeugung, daß das Werk dieses Parteitages über die deutschen Grenzen hinaus auch auf die Entwicklung in Belgien von Einfluß sein wird, wo das organisierte Proletariat dem ebenfalls organisierten Kapitalismus gegenübersteht, einem Kapitalismus, der um so gefährlicher ist, als er sich einseitig noch mit schönen prinzipiellen Phrasen zu schmücken vermag und weil er noch ein Proletariat vor sich hat, das nicht der Schule und der Kenntnisse des deutschen sich erfreut, sondern infolge der rückständigen Schulverhältnisse der Aufklärung die größten Schwierigkeiten entgegensteht.

Ich wünsche dem deutschen Parteitag im Hinblick auf den dem Proletariat bevorstehenden Miesenkampf der nächsten Wahlen und im Hinblick auf den fernereren Erfolg, den sie bringen werden, zu seinen Arbeiten und Beschlüssen viel Glück. (Lebhafter Weisfall.)

Papelowits (für Serbien und Bosnien):

Es ist das erste Mal, daß ein Vertreter des Orients auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erscheint. Schon dieses ist ein Zeichen dafür, daß auf dem Balkan sich neue Kräfte entwickeln, daß die sozialistische Internationale in eine neue Festung eingebunden ist. (Bravo!) Wir haben auf Grundlage der ökonomischen Entwicklung und der politischen Bedürfnisse eine sozialistische Einheit im Balkan geschaffen, und es ist unseren gemeinsamen Bemühungen überall gelungen, die größten Fortschritte zu machen. In dem durch den Alerikalismus verfeuchten Kroatien zählen wir heute 10000 gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter. In Bosnien und der Herzegowina scharen sich um die Fahne der Sozialdemokratie mehr als 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen. (Bravo!) In Griechenland und Serbien zählen unsere Organisationen über 20000 Mitglieder, in Bulgarien haben die sozialdemokratischen Kandidaten bei den Parlamentswahlen 40000 Stimmen auf sich vereinigt. (Bravo!) Auch in der Türkei gibt es zurzeit etwa 50000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und in allen Städten sind sozialistische Gruppen gegründet. Sie sehen also, die ersten 150000 Sozialdemokraten auf dem Balkan sind schon da. Die Lösung der Orientfrage wird nicht im Sinne des russischen Absolutismus, nicht im Sinne des europäischen Großkapitals erfolgen, sondern im Sinne des revolutionären Sozialismus. (Bravo!)

Wir leiden nicht unter dem Druck des einheimischen Kapitalismus, sondern unter den kolonialpolitischen Maßnahmen der europäischen kapitalistischen Großmächte. (Hört! hört!) Wir haben nur einen Beschützer in der Welt, das ist der prinzipielle Gegner

jeder Kolonialpolitik und Unterdrückung, das sozialistisch gefühlte internationale Proletariat. (Bravo!)

Wir sind Ihnen dankbar, als unserem Lehrer in der Gegenwart und als unserem Beschützer in der Zukunft, und wir werden Ihnen dadurch danken, daß wir auch den letzten Mann in die Reihen der Klassenkämpfer einführen werden. Wenn unsere Patrioten, unsere Nationalisten krieglustig sind, so sind wir Sozialdemokraten auf dem Balkan revolutionärlustig. Sollte die große Tat der Befreiung des Proletariats zur Wahrheit werden, bevor wir nach dem Grade der ökonomischen Entwicklung ins Auge faßt, tätig mitzuwirken, so seien Sie sicher: wir werden nicht bloß im Geiste mit Ihnen sein, wir werden die Grenzen der jungen sozialen Republik überwachen und alles zu ihrem Gelingen einsetzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Diez: Ich glaube im Sinne des Parteitagess zu handeln, wenn ich unseren Gästen den Dank ausspreche für die herrlichen Glückwünsche, die sie uns überbracht haben. Wir wollen hoffen, daß die Wünsche und Hoffnungen, die sie auf die deutsche Sozialdemokratie gesetzt haben, in Erfüllung gehen werden. (Bravo!)

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein.

Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter Hermann Müller:

Ich beschränke mich auf einige Ergänzungen zum gedruckten Bericht, da ich ja außerdem noch die Aufgabe habe, die Angriffe zu widerlegen, die in letzter Zeit gegen den Parteivorstand erfolgt sind. Die Lebhaftigkeit des politischen Lebens des verflossenen Jahres hat den günstigsten Einfluß auf den Mitgliederstand und die Agitation der Partei gehabt. Während im Jahre 1907 nur 16,5 Proz. unserer Wähler organisiert waren, ist die Zahl diesmal auf 35,8 emporgeschritten. Freilich hat in dieser Zeit die Frauenbewegung einen großartigen Aufschwung genommen, so daß, wenn wir nur die Männer in Parallele ziehen, der Prozentfuß kein so großer ist. Aufgabe der kommenden Wahlagitation ist, die 163 000 Mann, die noch an einer Million organisierter Genossen fehlen, für die Partei zu gewinnen. (Bravo!) Auch die verhältnismäßig junge Jugendbewegung der deutschen Sozialdemokratie hat sich in den drei Jahren ihres Bestehens so entwickelt, wie selbst Optimisten nicht erwartet haben. (Sehr richtig!) Allerdings haben wir damit die Gegner der proletarischen Jugendbewegung mobil gemacht. Selbst das preussische Dreiklassenhaus hat eine Million zur Verfügung gestellt, damit die staatlich organisierte Jugendbewegung uns entgegenarbeiten kann. Das spornst uns natürlich nur zu größerer Tätigkeit an. (Bravo!) Wir müssen bei der Jugend nicht nur die Läden ausfüllen, die die Armenhäuser löst, sondern auch jene Schulweisheit forrieren, die auf geschichtlichem und naturwissenschaftlichem Gebiet der Jugend der heutigen Schule eingepflanzt wird. Selbstverständlich ist unsere Tätigkeit genau den Besetzen des Klassenkampfes angepaßt und auch hier sehen die Gegner bereits, daß die Geschwindigkeit es ist, die sie tötet. (Sehr gut!) Der Reichskanzler hat an die Verbündeten Regierungen ein Zirkular erlassen, um sich über die Tätigkeit der Arbeiterjugend zu unterrichten und um zu erzwingen, was dem gegenüber geschehen kann. Man beschränkt sich nicht darauf, zu verhindern, was von uns geschieht, man sucht mehr und mehr mit allerhand Vordemitteln die Arbeiterjugend für die herrschenden Klassen einzufangen. In einigen Städten hat man sogar mit Hilfe der Militärbehörden eine militärische Organisation der Jugend ins Leben gerufen. Man hat Jugendliche schon zu Gefreiten gemacht und ihnen goldene Lihen gegeben. So will man das militärische Bewußtsein der Jugend wecken und jenen Kadavergehörigen hervorufen, der nach Ansicht militärischer Fachleute das beste Soldatenmaterial schafft. Aber weder mit der Reichswehr, noch mit dem Zuckerdrot wird den Bestrebungen der Klassenbewußten Arbeiterjugend Einhalt geboten werden können. (Sehr richtig!)

Mehr und mehr müssen wir eine intensive Kleinarbeit nicht nur in der Jugendbewegung, sondern auch in der allgemeinen Parteibewegung leisten. Die Zahlen über die Kleinarbeit im gedruckten Bericht sind zum Teil noch zu niedrig gegriffen: Aus einigen Bezirken wird uns mitgeteilt, daß weit mehr Flugblätter, Anklender und dergleichen verbreitet worden sind. Solche Zirkulare können am besten vermieden werden, wenn die Fragebogen, bevor sie an den Parteivorstand gefandt werden, von den Bezirksorganisationen gesammelt und durchgesehen werden. Auch die Gegner widmen sich immer mehr der Kleinarbeit. So hat der Bund der Handwirte im vorigen Jahre nicht weniger als 10 184 Versammlungen einberufen, darunter 800 Wahlversammlungen, und 118 Beamte beschäftigt, die die Aufgabe haben, für seine Ziele zu wirken. (Sehr! hört!) Auch dem gegenüber können sich unsere Zahlen sehen lassen. (Sehr richtig!) Die mannigfaltige Tätigkeit, die wir entfalten, ist nur möglich, weil wir neben der stark durchgeführten Zentralisation auch ein reges geistiges Leben in den einzelnen Bezirksorganisationen haben. Es wäre der größte Fehler, wollte man in allen Bezirken reglementieren. (Sehr richtig!) In freiwilliger Disziplin leisten so die Massen zusammen mit den Führern diese Arbeit für die Partei. Darauf beruht die Macht unserer Organisation, die Intensität und Wucht unserer Aktionen.

Rebner gibt einen Überblick über die Tätigkeit des Parteivorstandes für die spezielle Agitation. Ein Kalender für die Winternschiffahrt ist in 50 000 Exemplaren abgesetzt. Er wird dazu führen, die Schiffe dauernd an uns zu fesseln, wenn auch die Passagiere gegen uns mobil machen. Wie für die Schiffahrt haben wir auch für die Eisenbahner Spezialflugblätter herausgegeben. Die Angst der preussischen Zentralbehörde vor dieser Agitation, wie sie erst neulich wieder in einer Siandrede des Eisenbahnministers zutage getreten ist, wird die Herren von dieser Agitation nicht befreien. Ebenfalls haben wir eifrig unter den technischen Angestellten und den Handlungsgehilfen agitiert, wobei die verräterische Haltung der bürgerlichen Parteien bei der Reichsversicherungsordnung uns zugute kommt. Auch die Landarbeiterorganisation hat, wie aus dem Bericht hervorgeht, Fortschritte gemacht. Das mangelnde Streikrecht verweist die Landarbeiter ganz besonders auf die politische Betätigung. Partei und Gewerkschaften arbeiten in der Landarbeiterfrage, wie überhaupt, Hand in Hand.

Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften ist in den letzten Jahren ein gutes gewesen. Immer mehr wird eingesehen, daß beide Bewegungen aufeinander angewiesen sind. Die Befürchtungen, wie sie vor 6 Jahren hier in Jena geäußert worden sind, als ob die Gewerkschaften eine Entwicklung zum englischen Trade-Unionismus nehmen würden, haben sich nicht bewahrheitet. Die Gewerkschaften haben im Feuer des Klassenkampfes in einer Weise exerziert, die viele vor wenigen Jahren noch nicht für möglich gehalten hätten. Einzelne Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften tauchen natürlich von Zeit zu Zeit auf. Ich erinnere hierbei an die Debatten, die durch die Veröffentlichung unseres sogenannten Geheimzirkulars durch ein bürgerliches Blatt Sächsens hervorgerufen sind. Ich enthalte mich nicht über die Veröffentlichung, denn das Zirkular hatte das Recht nicht zu scheuen. Der Ausdruck Geheimzirkular war überhaupt unzutreffend. Es läßt sich nicht vermeiden, daß auch nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Zirkulare herausgegeben werden. Es läßt sich nicht alles, was den Organisationsleitern mitgeteilt wird, ohne weiteres in der Presse wiedergeben. Wir haben den nichtöffentlichen Weg gewählt, einmal weil wir glaubten, in der jetzigen politischen Situation sei kein Bedürfnis zu einer großen Debatte über die Parteipresse vorhanden, und zum anderen, weil bereits seit langem beabsichtigt war, alle diese Verhältnisse auf einer Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure zu besprechen. Schon am 22. März haben wir ein Zirkular an die Redakteure herausgegeben, worin auch von der Behandlung schwebender Lohnkämpfe die Rede war und worin es hieß, daß die Freiheit der Kritik nicht behindert werden dürfe, und daß die Differenzpunkte auf einer bevorstehenden Redakteurenkonferenz besprochen werden sollten. Daß die Konferenz vom Mai bis zum Herbst hinausgeschoben wurde, lag daran,

daß ausprobiert werden sollte, ob das sozialdemokratische Pressebureau die Verichterstattung einer Generalversammlung übernehmen könne. Bei der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes haben wir einen Versuch nach dieser Richtung gemacht und dabei ausdrücklich den Versuchscharakter betont. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß unsere Anschauungen in bezug auf die Resolutionen von Mannheim und Jena den Gewerkschaften gegenüber nicht zureichend seien. Wenn das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft nach Auffassung der Generalkommission durch Polemiken beeinträchtigt wird, wie sie sich gegen Verhandlungsbeamte des Buchdruckerverbandes richtete, so hat die Generalkommission nach den Resolutionen von Mannheim und Jena durch aus das Recht, an uns heran-zutreten. Selbst wenn, was ich entschieden bestritte, die Jenaer Resolution gegen geschäftliche Parteipolemiken nicht auch auf die Polemik gegenüber den Gewerkschaften Bezug haben sollte, so wäre doch die Art der Polemik, wie sie von zwei Parteiblättern in dieser Frage geführt worden ist, in dieser Weise zu verwerfen. Würde die Jenaer Resolution nicht anwendbar sein, so würden doch die schon 1864 beschlossenen Grundsätze der Internationale in Anwendung kommen, welche verlangen, daß bei Meinungskämpfen innerhalb der Partei und auch gegen Gegner die Grundsätze der Wahrheit, des Rechtes und der Sitte nicht verlassen werden sollen. Der Erfurter Parteitag hat diese Grundsätze ausdrücklich bestätigt, und man hätte daher nicht in persönlicher, gehässiger Weise eine Versammlung gewerkschaftlicher Funktionäre angreifen dürfen.

Ich gebe allerdings zu, daß auch in der Gewerkschafts-presse Äußerungen geäußert sind, die allerschärfste Rüge verdienen. Wir haben diese Dinge auch in der gemeinschaftlichen Sitzung des Parteivorstandes und der Generalkommission vorgebracht. Ich will zum Beispiel an folgenden Satz des „Korrespondenten“ erinnern: „Auf Deubel über solches Demagogengeschmeiß. Es scheint halt des Kopfes mit Verstand eine Kontervendbüchse mit Dörrgemüse auf dem Kopfe zu tragen.“ Das stellt alles in den Schatten, was in der Parteipresse gesagt worden ist. Angesichts eines solchen Tones kann man sich nicht wundern, daß auch von anderer Seite über die Schnur gehauen wird. Total falsch ist es, wenn behauptet wird, daß wir der Parteipresse in Gewerkschaftsfragen einen Kautschorb vorgehen wollten. Dann wäre ja die Parteipresse schlechter gestellt als die Gewerkschafts-presse, die sich das Recht nicht nehmen lassen wird, in solchen Situationen ihre Meinung zu äußern. So hat sich auch in sehr verständiger Weise die „Solgarbeiter-Zeitung“ geäußert. Von der Redakteurenkonferenz Beschlüsse zu befürchten, die die Rechte der Parteipresse beschnitten, ist schon darum überflüssig, weil diese Konferenzen ja keine Entschlüsse zu fassen haben, sondern nur der Aussprache und der Verständigung dienen. Kautschob hat davon gesprochen, daß wir auf die schiefe Ebene kommen, wenn wir anfangen, die Parteipresse zu zensurieren. Für den Parteivorstand wäre es direkt bequem, wenn er auf Beschwerden über Parteiblätter einfach antworten könnte, er habe kein Zensurrecht. Wir haben das aber bisher nicht getan und glauben dabei im Sinne der Parteigenossen zu handeln. Der Parteivorstand hat stets genau erwogen, was im einzelnen Falle zu tun ist.

Rum möchte ich übergehen zu den Angriffen, die gegen den Parteivorstand wegen seiner Tätigkeit oder Nichttätigkeit in der Frage des Karoliskonfliktes erhoben worden sind. Die einschlägige Korrespondenz haben wir Ihnen vorgelegt. Es ist jedenfalls nicht richtig, wenn behauptet wird, der Parteivorstand habe in dieser Frage wochenlang nichts getan und andere Länder hätten in ganz anderer Weise die Arbeiterbewegung gegen die Kriegsmöglichkeit ausgedehnt.

Kurz vor der Entsendung des „Kantlers“ nach Agadir hatten Vorstand und preussische Landeskommission Wahlrechts-versammlungen über ganz Preußen vorgehalten. Nun wurde ganz selbstverständlich neben der preussischen Wahlrechtsfrage in den Versammlungen auch die inwärtigen wider alle Erwartungen akut gewordene Karoliskonfrage behandelt und entsprechende Resolutionen angenommen. Auch in anderen Bundesstaaten wurden Versammlungen wegen der Karoliskonfrage abgehalten. Wir haben äußerst eingehend alle diese Vorgänge verfolgt. Nebel war in Holland, stand in ständiger Fühlung mit dem internationalen sozialistischen Bureau und berichtete uns über diese Aussprache. Natürlich haben wir nicht alle Pressenachrichten allzu tragisch genommen. Die Frage des Ultimatums betrachteten wir wie die „Leipziger Volkszeitung“ als Sensation-sachen. Den geeigneten Zeitpunkt für eine Aktion hielten wir in dem Augenblick für gekommen, als nicht mehr bloß die rheinisch-westfälische Panzerplatten-Interessentenpresse, sondern auch die parteioffizielle „Nationale Korrespondenz“ in unerhörter Weise Kriegsbegehr trieb. Da setzte unsere Aktion ein und ich kann sagen, daß sie von bestem Erfolg begleitet war. Da haben wir das bekannte Flugblatt schreiben lassen. Wir hielten den Genossen Kautschob für den geeigneten Verfasser. Wir haben uns auch allerdings darin getäuscht (Heiterkeit), wie der weitere Verlauf der Debatte über das Flugblatt gezeigt hat. (Erneute Heiterkeit.) Das Flugblatt soll nicht den notwendigen Ton getroffen haben. Ich will hier nicht den ganzen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ wiederholen. Unsere Absicht mit diesem Flugblatt war, die Leute, die bisher nur aus der Kreislatt- und Generalanzeigerpresse etwas über Karolikon und die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge gehört haben, nicht etwa aufzuscheuchen, sondern aufzuklären. Als wir das Manuskript des Flugblattes lasen, waren wir überzeugt, daß für diesen besonderen Zweck ein besseres Flugblatt kaum geschrieben werden könnte. Ich kann nun feststellen, daß die Partei einmütig die Art und Weise, wie die „Leipziger Volkszeitung“ und die Genossin Rosa Luxemburg hier vorgegangen sind, abgelehnt hat. Unter keinen Umständen darf eine derartige Aktion, selbst wenn man das Flugblatt für noch so schlecht hält, in dieser Weise gestört werden.

Man hat uns Spanien und Frankreich vorgeführt, wo schon in der ersten Juliwache Protestversammlungen abgehalten worden seien. Auch in Deutschland ist aber doch schon im Juli in der Presse und in Versammlungen die Karoliskonfrage vielfach berührt worden. Wir Deutschen können doch ohne Ueberhebung feststellen, daß in keinem Lande so viel getan worden ist wie in Deutschland. Die ausländischen Bruderparteien haben uns ihre Bewunderung über die großen Aktionen ausgesprochen, die wir jetzt in der Karoliskonfrage gehabt haben. (Ruf: Jetzt!) Ich erinnere an die ungeheure Beteiligung bei der Demonstration im Treptower Park in Leipzig und in anderen Großstädten. Bei den Organisationsverhältnissen anderer Länder können solche Massen gar nicht in Aktion treten. Die Agitation ist aber auch nirgendwo so in die Breite gegangen, wie bei uns. Wir können uns eine so intensive Agitation eben leisten, weil wir in alle Gegenden hinein kommen. Wir können also mit Stolz auf unsere Arbeit in dieser Richtung verweisen.

Es ist bemängelt worden, und das wird ja wohl in der Debatte noch eingehender geschehen, daß der Vorstand seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei. Der Artikel Kautschobs zum Parteitag ist natürlich in der besten Absicht geschrieben, aber es ist darin gesagt, daß gerade in kritischer Zeit nur einer auf dem Parteibureau gewesen sein könne. Wenn sich Mehreres sammelt, dann kann einmal so etwas vorkommen, aber stets waren fünf von den neun Vorstandsmitgliedern in Berlin anwesend, und die konnten jederzeit zu einer Sitzung zusammenberufen werden. Gerade an dem Tage, wo Kautschob den bekannten Brief geschrieben hat, war er nicht allein auf dem Bureau anwesend. Nebel hat schon auf die Gesundheit der Kritik am Parteivorstand hingewiesen. Lieben Sie sie, wir aber können nicht zugeben, unsere Aufgaben vernachlässigt zu haben. Es wird auch zitiert, daß Kautschob auf der sächsischen Landeskonferenz in Weissen gesagt hat, daß der Vorstand nicht immer in der Lage gewesen sei, das tun zu können, was er gewollt habe. Aber im folgenden Satz hat Kautschob ausdrücklich gesagt, er erkläre doch, daß Verhältnisse von dem Parteivorstand auf keinen Fall gemacht sind! Und das ist die

Auffassung des gesamten Vorstandes. Niemals hat ein einziges Mitglied des Vorstandes irgendwelche wichtige Entscheidungen im Namen der Partei gefällt. Wir haben diesen Respekt-partikularismus nie gehabt, alle wichtigen Dinge werden der Beschlußfassung unterbreitet. Selbstverständlich werden Kleinigkeiten des laufenden Geschäftsverkehrs, wie Ansuchen um 5000 unentgeltliche Flugblätter nicht erst der Sitzung vorgelegt. In der Parlamentszeit haben wir fast zwei Sitzungen in der Woche als das Normale festgehalten. In den Ferien oder Sommermonaten kann es, wenn keine besonderen politischen Ereignisse vorkommen, natürlich sein, daß man mit einer Sitzung auskommt. Dies zu dem Artikel des Genossen Dittmann im „Vorwärts“, und was die dort auch erörterte Frage der Respektis anlangt, so ist das, was hier gewünscht wird, soweit ein Bedürfnis danach vorliegt, teils schon vorhanden, teils ist der Reim da. Nach unserer Auffassung können aber die gewünschten neun oder zwölf Respektis nicht ständig von je zwei Sekretären verwaltert werden, sondern es sind je zwei derartige Respektis heute in einer Hand vereinigt. Die Entwicklung hat diese Verhältnisse erzeugt. Der Vorschlag Dittmanns ist nicht neu, sondern Quard, Keil und Kautschob, dieser in der Rede zu „Demokratie und Parlamentarismus“, haben ja ähnliche Vorschläge, teilweise für die Bruderparteien des Auslandes, schon früher gemacht.

Nun ist die Frage aufgetaucht: Ist der Parteivorstand überlastet oder ist er bei seiner jetzigen Zusammenfassung instand, die für die Partei notwendige Arbeit zu leisten? Alle organisatorischen Fragen haben wir unter dem Vorsitz unseres untergeordneten Paul Singer behandelt und alles notwendige in die Praxis umgesetzt. So viel als möglich haben wir die Mitglieder des Vorstandes von mechanischen Hilfsarbeiten zu entlasten gesucht, wir haben drei Hilfskräfte im Bureau und hatten bereits, bevor diese Debatten losgingen, die Anstellung einer vierten beschlossen. Weiter haben wir dem Parteivorstand einen technischen Gutachter für die Parteipresse angegliedert, der jedoch nicht sich „nd Stimme im Parteivorstand hat. Zu beachten ist auch, daß in gewisser Weise die Arbeiten des Parteivorstandes sich verringern und in dem Maße, wie die Bezirksorganisationen ausgebaut werden und die einzelnen Wahlkreise zur Anstellung von Beamten übergehen, werden sich Leute, die Rat suchen, nicht an den Parteivorstand in Berlin, sondern an ihre Bezirksvorstände.

Insbesondere im letzten Jahre ist die Arbeit im Bureau sehr groß gewesen, weil infolge der langen Krankheit von Nebel seine Arbeit teilweise in Vertretung mit zu übernehmen war. Einen Teil seines Ressorts hat Nebel ja auch während des letzten Jahres erledigt, und jetzt ist zu hoffen, daß er sehr bald einen großen Teil seiner Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Schon bevor die Debatten darüber einsetzten, haben wir uns mit der Frage der Verstärkung des Parteivorstandes beschäftigt und wollen an den Parteitag mit der Bitte herantreten, die Zahl der Sekretäre um einen zu verstärken. Wenn der Parteitag zwei für notwendig hält, so wird das zwischen uns und ihm kein Streitpunkt sein. Ferner behauptete man, die Parteileitung sei nicht in der nötigen Fühlung mit den Massen draußen. Aber gerade in den letzten Jahren ist das mehr der Fall gewesen als früher, das beweist das Protokoll über unsere Verhandlungen mit den Bezirkssekretären. Die Bezirkssekretäre waren mit allem, was wir vorschlugen, einverstanden; es wurde gerabegut gesagt, der Parteivorstand schütze ein Hülfhorn über sie aus, und man bezweifelte, ob alles ausgeführt werden könnte. Tatsächlich ist es geschehen, abgesehen natürlich von einigen mit den Reichstagswahlen zusammenhängenden Punkten. Wir haben auch ständig die Landeskommision von Preußen zusammengehabt, die ja aus den Delegierten der einzelnen Bezirke zusammengefaßt ist, die uns über die Stimmung in den Bezirken unterrichtet haben. Beim Zusammentritt der Kontrollkommission haben wir durch ein Mitglied des Parteivorstandes einen Vortrag über alle wichtigen Dinge, die die Parteileitung in den letzten Jahren befaßt hat, halten lassen. Nur einen Fall von Einwendung haben wir gehabt, und der betraf die Karoliskonfrage; da glaubte ein Mitglied, es hätte zur Klärung der Parteigenossen mehr gesehen müssen. Aber auch da ist ja noch nichts verpaßt worden.

Seit die Partei besteht, sind noch niemals so viel Anregungen gekommen und so viel neue Institutionen geschaffen worden. Nicht nur die Mitgliederzahl der Parteiorganisationen wurde vergrößert, sondern es wurde auch für eine Vertiefung der Parteigrundsätze bei den neu gewonnenen Massen gesorgt. Aus dem Bericht des Bildungsausschusses ersehen Sie, daß nicht weniger als 60 351 Personen an den von ihm eingerichteten Kursen teilgenommen haben. Auch viele Parteischüler nehmen verantwortliche Stellen in der Partei und in der Gewerkschaft ein und nutzen ihre Kenntnisse im Interesse der Arbeiterschaft aus. Ebenso hat das Zusammenwirken der Gewerkschaften mit den Jugendlichen Fortschritte gemacht. Weiter ist das sozialdemokratische Pressebureau begründet. Wie notwendig es war, zeigt das Wachstum der sozialdemokratischen Tageszeitungen, deren Zahl von 65 im Jahre 1907 auf 81 angewachsen ist. In neuester Zeit sind Beratungen gepflogen, inwieweit durch eine Einrichtung des Auslandsdienstes die Partei in ihrem Bestreben der Ausklärung der Massen gefördert werden kann. Dann ist das im vorigen Jahre angelandete sozialdemokratische Bureau für Rheinland und Westfalen in Angriff genommen. Nicht weniger als 20 024 M. sind dafür ausgegeben worden, eine Summe, die im Hinblick auf das mit den reichlichsten Mitteln raffiniert arbeitende Bureau des katholischen Volksvereins nicht zu hoch erscheint. Weiter ist im letzten Jahre die Parteikorrespondenz ausgebaut und eine besondere Abteilung zur Abfassung von Broschüren und Flugblättern eingerichtet, die bereits so viel Material auf den Markt geworfen hat, daß schon gesagt wurde, man könne gar nicht alles lesen, man solle mit dem reichen Segen Einhalt tun. Neben diesen Institutionen zur Abwehr gegnerischer Angriffe haben wir auch Positives für unsere Ziele geleistet. Wir haben nichts veräußert, was zur Ausbreitung unserer Parteigrundsätze geschehen kann. Es kann uns nicht der Vorwurf gemacht werden, daß wir nicht diejenige Initiative einsetzt haben, die zur Verfruchtung unseres Parteilebens notwendig ist. Es mühte merkwürdig zugehen, wenn die kommenden großen Kämpfe, nicht nur die Wahlkämpfe, sondern auch die Massenaktionen, nach dieser reichen Tätigkeit der sozialdemokratischen Parteileitung und der Parteigenossen im Lande nicht reiche Früchte bringen würden. Wir haben auch in dem letzten Jahre alles getan, was notwendig ist, um uns den Sieg zu sichern und um die Arbeiterklasse von dem Doppelschloß der politischen und ökonomischen Knechtschaft zu befreien. (Beifall.)

Bericht über Kasse und Presse.

Erbert:

Der Kassenbericht hat in der gesamten Partei sehr freundliche Aufnahme gefunden. Im Gegensatz zum vorigen Jahre ist der diesjährige Abschluß ein durchaus günstiger und erfreulicher. Unsere Gesamteinnahmen stiegen von 668 400 auf 1 354 761 M. Das ist die höchste Einnahme, die die Partei bisher in einem Jahre zu verzeichnen hatte. Die Steigerung der Einnahmen ist hauptsächlich auf die erhöhten Einnahmen aus den Beiträgen zurückzuführen. Das ist ein schöner Beweis für die innere Festigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Organisationen. 389 gegen 335 Wahlkreise im vorigen Jahre haben Beiträge an die Zentralkasse abgeführt, sogar ein Wahlkreis, der noch über keine Vereinsorganisation verfügt. Weitere Kreise haben nachträglich eingekandt. Nur 12 Wahlkreise, darunter 5 aus Ost- und Westpreußen, haben ihrer Beitragspflicht nicht genügt. Und gerade die ärmsten und kleinsten Wahlkreise haben ihre Pflicht erfüllt. (Bravo!) In Zukunft müssen alle Wahlkreisorganisationen rückhaltlos ihrer Beitragspflicht nachkommen. Darauf müssen auch die Bezirksvorstände achten. Zu klagen über die alle Unsitte, daß sich so mancher Wahlkreisaktiver zugunsten der Zentralkasse verrechnet. (Heiterkeit.) Es muß endlich völlige

Ordnung in unsern Beitragswesen kommen. Vom Recht der Beitragsmäßigkeit haben wir nur in ganz besonderen Fällen Gebrauch gemacht. Wenn auch viele Wahlkreise, darunter manche keineswegs kleine oder arme, dahingehende Ansinnen stellen. Allerdings lagen meist besonders ungünstige Verhältnisse vor. Aber wir haben der Konsequenzen wegen fast alle diese Anträge abgelehnt. Der Parteivorstand hat es in solchen Fällen vorgezogen, lieber durch Erhöhung des Agitationszuschusses einen Ausgleich zu schaffen. Der Mindestbeitrag hat sich fast überall durchgesetzt und ist nur in zwei Wahlkreisen noch nicht eingeführt, die eine ganz junge und schwache Organisation besitzen. Alle übrigen Kreise haben einen Mindestbeitrag von 30 Pf. monatlich für männliche Mitglieder, 20 Pf. für Frauen, 10 Pf. für Kinder. 48 weitere erhalten einen Beitrag von monatlich 40 Pf., drei erhalten sogar monatlich 50 Pf. von den männlichen Mitgliedern. Der 10 Pf.-Wochenbeitrag setzt sich mehr und mehr durch; jetzt hat ihn auch die badische Landesorganisation obligatorisch eingeführt. Aber trotz dieser erfreulichen Entwicklung machen die Beiträge doch nur 50 Proz. unserer gesamten Einnahmen aus, die Partei ist also nach wie vor auf besondere Zuwendungen angewiesen, und hierauf beruht die große Schwankung unserer Finanzgebarung. Die sonstigen Einnahmen sind zu einem erheblichen Teil freiwillige und außerordentliche, zum Teil beruhen sie auf Ueberschüssen unserer Parteigeschäfte. Beide Quellen laufen sehr verschiedenes und beeinflussen unsere Finanzen ungleichmäßig. Im laufenden Jahre waren die besonderen Zuwendungen sehr hoch. Unter anderem befindet sich auch darunter das Vermächtnis unseres unvergesslichen Singers. Im Einklang mit dem Stifter ist das Kapital in Höhe von nominell 50 000 M., das unter der Bezeichnung „Juliussturm“ zur Zeit des Kollapses für die Unterstützung der Opfer politischer und gerichtlicher Verfolgung von einem Parteigenossen überwiesen wurde, dem allgemeinen Parteivermögen zugeführt worden. Es handelt sich dabei aber nicht um eine neue Einnahme, und der Posten läuft auch nicht durch unseren Kassenabschluss.

Die Ausgaben der Zentralkasse sind um 81 622 M. höher als im Vorjahre. In Wirklichkeit ist aber die Steigerung der regelmäßigen Ausgaben erheblich höher. Wie schon Müller hervorgehoben hat, hat die Parteileitung in den letzten Jahren eine große Reihe neuer Institutionen geschaffen und diese Institute sind besonders im letzten Jahre erheblich ausgebaut und erweitert worden, so daß auch hierdurch die regelmäßigen Ausgaben erheblich gesteigert sind. Die Gesamtausgabe der Partei betrug 1911 897 180 M. gegenüber 815 557 M. im Vorjahre. In den nächsten Jahren werden sich die Ausgaben durch das Rheinisch-Westfälische Bureau und durch die literarische Abteilung vermehren und die bevorstehenden Reichstagswahlen werden ganz erhebliche Anforderungen an die Zentralkasse stellen. Die Verückung unserer Rezerden war daher sehr notwendig. Die Partei ist finanziell auch so gerüstet, daß die Genossen mit vollem Vertrauen den kommenden Kämpfen entgegengehen können. (Wraol) Aber natürlich dürfen die Genossen nicht alles Heil von der Zentralkasse erwarten. (Weiterkeit.) Der Satz, daß der Krieg ernähren muß, hat auch für die Zukunft Geltung. Der günstige Kassenabschluss hat den Blicken der Gegner erregt und die bürgerliche Presse hat die Opferfreudigkeit der Arbeiter der Bourgeoisie zum Muster empfohlen. Täuschen wir uns nicht darüber! Die Gegner sind auch gerüstet! Der Dollar des Sanjabundes und der Juliusstürmer, die Kalifornier der Bundes der Landwirte und der Rubel der Industriellen werden bei den nächsten Wahlen eine große Rolle spielen. Aber wenn wir alle unsere Schulden nicht tun, dann werden wir getrost in die Zukunft sehen können. (Lebhaftes Wraol)

Wir haben über die Finanzgebarung der Wahlkreisorganisationen interessante Tabellen aufgestellt, die wir aber nicht dem Bericht anhängen konnten, um ihn nicht ungebührlich zu verlängern. Auch lassen die Kassenberichte der Einzelorganisationen an Gewissenhaftigkeit und Korrektheit noch viel zu wünschen übrig. Die Verwaltung war und ist auch noch sehr uneinheitlich; doch ist ein Zug auf Vereinheitlichung nicht zu verkennen. Wir müssen endlich Maßnahmen treffen, daß eine einheitliche Verwaltung durchgeführt wird, und ich bitte die Kreise, die ich hier übrigens nicht nennen will, bei denen es noch mit der Vereinfachung hapert, auf Vereinheitlichung hinzuwirken. Erst dann sind die Grundlagen gegeben für eine einheitliche spezialisierte Statistik über die Finanzgebarung der Partei. Die Gesamteinnahmen der oben erwähnten 374 Wahlkreisorganisationen beliefen sich auf 9 737 570 M.; ihre Gesamtausgaben auf 9 978 781 M. Am Schluß des Jahres hatten diese 374 Kreise einen Gesamtkassenbestand von 753 976 M. Insgesamt hatten also im letzten Jahre die Parteioorganisationen eine Einnahme von 4 468 600 M. und eine Ausgabe von 3 895 960 M.

Die Parteipresse hatte am 30. Juli 1911 einen Gesamtbestand von Abonnenten von 1 306 463. Gegen das vergangene Jahr hat die Parteipresse eine Zunahme von 136 449 Abonnenten zu verzeichnen. Die Einnahmen aus Abonnements sind um 875 465 gestiegen, die aus Inseraten um 873 048 M. Im Jahre 1890 hatten wir 254 000 Abonnenten, 1899 400 000, 1906 837 700, 1909 1 041 488, 1910 1 180 016 und 1911 sind es 1 306 463. Wir haben also neben den gewaltigen Fortschritten in der Parteioorganisation auch eine geradezu glänzende Entwicklung unserer Parteipresse zu verzeichnen. Den an der Parteipresse tätigen Genossen und nicht zuletzt den Kaufenden von Parteigenossen, die die Kleinarbeit für die Partei, für die Presse leisten, muß an dieser Stelle der besondere Dank des Parteitagcs ausgesprochen werden. (Weifall.) Die letzten Reichstagswahlen brachten uns einen Abonnentenzuwachs von 211 000. Wenn wir so weiter arbeiten, werden wir im nächsten Jahre kräftig auf die zweite Million Abonnenten losmarschieren. (Lebhaftes Weifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission

erstattet Raden:

Die Kontrollkommission hat in den letzten Jahren noch mit dem Parteivorstand zusammen eine mitteilende Tätigkeit ausgeübt und über alle wichtigen politischen Verwaltungsmassnahmen gemeinsam mit dem Parteivorstand beraten und Beschlüsse gefaßt. Sie bildete gewissenhaft mit dem Parteivorstand die Parteileitung. Das ging über die ihr durch das Organisationsstatut angewiesenen Befugnisse hinaus. In einer gemeinsamen Beratung über die Befugnisse wurde Einverständnis darüber herbeigeführt, daß es förderlicher wäre, wenn die Kontrollkommission von jeder mitteilenden Tätigkeit absehe und sich darauf beschränke, lediglich ihre in den §§ 14, 15 und 20 des Organisationsstatuts niedergelegten Rechte und Pflichten auszuüben. Danach hat die Kontrollkommission lediglich die Tätigkeit des Parteivorstandes zu kontrollieren und als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand zu fungieren, sowie die in den §§ 14 und 15 des Organisationsstatutes übertragenen Wahlen zu vollziehen. Innerhalb dieser Grenzen hat die Kontrollkommission im Berichtsjahre ihre Tätigkeit ausgeübt.

Um die Tätigkeit der Kontrollkommission zu vereinfachen, wurde die Einrichtung geschaffen, daß bei Beginn ihres vierteljährlichen Zusammentritts sie über alle wichtigeren Vorgänge im verfloffenen Vierteljahr durch einen mündlichen Bericht orientiert wurde. Ferner hielt sie es für notwendig, sich auf allen wichtigeren vom Parteivorstand veranstalteten Konferenzen vertreten zu lassen.

Nach dem Tode unseres unvergesslichen Paul Singer mußte sich die Kontrollkommission mit der Erbaywahl für den Parteivorstand beschäftigen. Nach eingehender Erörterung kam sie zu dem Beschlusse, mit Rücksicht darauf, daß der nächste Parteitag voraussichtlich früher tagen würde, von dem nach § 15 des Organisationsstatuts ihr zustehenden Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen, die Wahl vielmehr dem nächsten Parteitag vorzubehalten.

Beschwerden über den Parteivorstand lagen der Kontrollkommission nicht vor. Die Revisionsfähigkeit der Kontrollkommission nimmt einen immer größeren Umfang an. Durch das

stetige sehr erfreuliche Wachsen der Partei und der dadurch notwendig werdenden Einrichtungen wie Parteischule, Parteikorrespondenz, Pressebureau, Bildungsansicht und ähnliches mehr, haben die Kassengeschäfte eine große Ausdehnung erfahren; außerdem hat die Kontrollkommission auch die Wähler der naturgemäß sich immer mehr ausdehnenden Parteibetriebe wie „Vorwärts“, Buchhandlung, „Kommunale Praxis“ usw. zu revidieren. Es ist eine Vereinbarung mit dem Parteivorstand getroffen, die eine größere Vereinheitlichung und Vereinfachung der Kassengeschäfte herbeiführen soll.

Wegen des von Ebert erwähnten, unter der Bezeichnung „Juliussturm“ geführten Fonds kann ich namens der Kontrollkommission behaupten, daß der Bestand des Fonds in Höhe von nominell 50 000 M. dem allgemeinen Parteivermögen zugeführt ist.

Bei den Revisionen hat sich zu Beanstandungen kein Anlaß gefunden. Vielmehr wurde die Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung sowie in allen Betrieben in muster-gültiger Ordnung befunden. Wir beantragen daher, dem Parteivorstande Decharge zu erteilen. (Lebhaftes Weifall.)

Vorsitzender Dieß: Wir lämen jetzt zur Diskussion über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes und den Bericht der Kontrollkommission sowie die zur Agitation und Organisation gestellten Anträge.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 10 (Wreslau I, Gubrau) und 17 (Röblin-Robert). Der Antrag 13 (Stuttgart) wird zurückgezogen. Von den nachträglich eingegangenen und sonstigen Anträgen werden mit zur Diskussion gestellt 55 (Wremen) und 63 (Magdeburg), 64 (Mansfelder Kreis) und 66 (Düsseldorf).

Darauf werden die Verhandlungen um 1 Uhr auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Nachmittagsfikung.

Vorsitzender Dieß eröffnet die Sitzung kurz nach 3 Uhr. Er bittet die Parteitagmitglieder und vor allem die Reichstagsabgeordneten, sich als Redner für die von den thüringischen Wahlkreisen während der Parteitagwoche veranstalteten Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

Hierauf beginnt die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes und die dazu vorliegenden Anträge. Auf die Marokkofrage soll sachlich erst nach dem Referat Webels eingegangen werden.

Maria Luxemburg:

Sie werden alle die kleine Schrift des Parteivorstandes erhalten haben, die eine Reihe scharfster Angriffe gegen mich enthält. Die Verbreitung dieser Schrift von der höchsten Parteibehörde ist ein etwas ungewöhnliches Vorgehen und ich schließe darauf auf eine ungewöhnliche Geistesüberwindung unseres Parteivorstandes. (Chorale.) In der Eile des Gesichts haben sich meine Ankläger nicht einmal die Mühe gegeben, den angelegten Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ durchzulesen. Ich gehe jetzt die Angriffe gegen mich durch. Durch Weglassung des Anfangssatzes des Briefes des Genossen Wollenkubur soll ich eine grobe Irreführung begangen haben. Nun heißt es aber in meinem Artikel ausdrücklich: „Die Antwort wurde zwar nur von einem Mitglied des Parteivorstandes als seine Privatmeinung mitgeteilt, doch haben sich offenbar die übrigen Mitglieder derselben angeschlossen, denn eine weitere Kundgebung von dieser Seite erfolgte nicht.“ Ich habe also klipp und klar gesagt, daß es sich nur um die Privatmeinung eines Vorstandsmitgliedes handelte, und die Behauptung meiner Unterschlagung dieses Satzes ist eine Panblung, die ich vor lauter Verachtung vor unserer obersten Parteibehörde nicht näher bezeichnen will.

Weiter werde ich angeführt, die Tatsache unterschlagen zu haben, daß Genosse Webel sich zu der Frage der internationalen Konferenz im zustimmenden Sinne geäußert hat. In meinem Artikel steht: „Das deutsche Mitglied des Internationalen Bureaus erklärte gleichfalls zunächst die Konferenz für nicht empfehlenswert und die geplante Zusammenkunft unterblieb aus diesem Grunde.“ Ich habe also die Tatsache, daß Webel — den Namen habe ich allerdings nicht genannt, wie ich überhaupt keine Namen genannt habe — sich zu der Frage geäußert hat, nicht nur nicht unterschlagen, sondern sie ausdrücklich angeführt, daß er sich zustimmend geäußert hat. Was hat nun Genosse Webel selbst geschrieben. Im ersten Briefe von ihm, vom 10. Juli, heißt es: „Wie ich vernehme, soll in Wälde eine Konferenz in Sachen der Marokkofrage stattfinden. Ich beabsichtige, wenn irgend möglich an der Konferenz teilzunehmen.“ Am 12. Juli aber folgt ein zweiter Brief, worin es heißt: „Die Marokkofrage hat neuerdings einen Charakter angenommen, daß mir zunächst eine Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus nicht empfehlenswert erscheint.“ Diese Erklärung soll jetzt im zustimmenden Sinne aufgefaßt sein. Wenn mich meine Augen nicht trügen, so ist das ein ablenkender Sinn. Aber, wenn der Parteivorstand etwas behauptet, so wage ich nie, es nicht zu glauben, denn für mich als frommes Parteimitglied gilt in diesem Falle der alte Satz: Ich glaube es, weil es absurd ist. (Weiterkeit.) Die dritte Beschuldigung lautet nun, daß ich mich einer groben Indiskretion schuldig gemacht habe, weil ich überhaupt den Brief veröffentlicht habe.

(Webel ruft: Diese Meinung hat auch das Internationale Bureau.)

Nun heißt es im ersten Satze des Wollenkuburschen Briefes: „Vorläufig will ich meine persönliche Ansicht mitteilen, die ich auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen habe.“ (Hört! hört!) Es war also eine so geheime Sache, daß sie Wollenkubur vor versammeltem Volke in Berlin erzählt hat. Man könnte meinen, ich hätte durch Veröffentlichung des Briefes von Wollenkubur etwa die Verständigung des Internationalen Bureaus verhindert. Nun war aber die Konferenz des Internationalen Bureaus abgeschlossen am 12. Juli, mein Artikel erschien am 24. Juli und die große Aktion war abgeschlossen und leider nicht zu einem gedeihlichen Ende geführt. Darum muß ich auf die Frage eingehen, war es nötig, sie zu diesem ungedeihlichen Ende zu führen oder hätte man ihr noch eine andere Wendung geben sollen? Ich bestreite, daß es indiskret von einem Parteimitglied ist, sich in der Öffentlichkeit kritisch mit den Handlungen des Parteivorstandes im Interesse der Partei zu befassen. Ich gehe weiter und sage, der Parteivorstand hat sich einer Unterlassung seiner Pflicht schuldig gemacht, daß er nicht selbst an uns herantreten ist. Er mußte die Korrespondenz veröffentlichen und der Kritik der Partei unterbreiten. Es handelt sich um die große Frage, ob sich der Parteivorstand einer Unterlassung schuldig gemacht hat oder nicht. (Weiterkeit.) Ob er sich verpätet hat mit dem Auftrage, große Protestaktionen gegen den Imperialismus zu veranstalten oder nicht. Wenn die Auffassung Wollenkuburs nicht die des Vorstandes war — ich nehme es nach der Erklärung an — welche andere Auffassung hat Euch denn dazu geführt, daß Ihr nichts getan habt in der Zwischenzeit, wo etwas getan werden sollte? (Sehr richtig!) Rührt doch mit dem holden Geheimnis heraus; die vorgelegte Korrespondenz enthält nicht ein Wort einer anderen Erklärung. (Webel: Mit dieser Schrift haben wir gar keine Erklärung abgegeben!) Meine große Sünde ist also, daß ich versucht habe, mir die Handlungen resp. Unterlassungen des Vorstandes begreiflich zu machen. Der Parteivorstand fühlt sich indigniert und verlegt, gibt aber nicht die geringste Erklärung ab, weshalb er nichts getan hat. Ueberhaupt der Natur nach schließt diese ganze Angelegenheit jeden Begriff von Indiskretion aus. Der Parteivorstand ist nicht anders als unserbeauftragter, und wenn wir ihm sagen, er hat nicht das Richtige getan, dann freit es ihm nicht zu, zu sagen: Das ist unsere distrierte Angelegenheit. Rührt Euch nicht ein! Hat sich denn der Parteivorstand zum ersten Male aus solchen Rücksichten von einer wirklichen Aktion zurückhalten lassen? Denken Sie an den Singer Parteitag. Damals standen wir mitten in der Chinakrise. Auch damals hat er nicht die richtige Aktion hervorgerufen. Hört man nicht seit Jahren auf Schritt und Tritt, daß mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen alles getan und unterlassen wird? Das hat sogar der „Vorwärts“ dem Parteivorstand

zum Vorwurf gemacht. Ich würde Ihnen gern das Blatt vorlesen, aber ich habe die Nummer des „Vorwärts“ nicht hier; ich habe sie mir einzunehmen lassen. (Weiterkeit.) Unsere Kritik war durchaus angebracht, denn wir sind durch die Haltung des Vorstandes in eine ganz schiefe Lage gegenüber der Internationale geraten. (Lebhafter Widerspruch Webels.) Ich muß mich wundern, daß der Parteivorstand, der ein so langes Sündenregister hat, hier mit Anklagen auftritt. (Lachen.) Eine Körperschaft, die von Natur aus so der Kritik ausgesetzt ist, sollte sich hüten, ihren Kritikern den Vorwurf der Moralität zu machen. Ich bin entfernt von falschen Auffassungen und Mißdeutungen, aber unsere Gegner könnten vielleicht auf die Idee kommen, daß dieser ganze Donner und Wirr vielleicht nur den Zweck hatte, abzulenken von den wirklichen Fragen, von der Frage, warum der Parteivorstand nicht auf der Höhe der Aufgabe in der Aktion gegen den Imperialismus war. (Vorsitzender Dieß macht die Rednerin darauf aufmerksam, daß ihre Redezeit längst abgelaufen ist.)

Ich verteidige mich gegen solche Vorwürfe, daß ich glaube, man müßte mir noch ein paar Minuten schenken. (Webel: Dann müssen auch alle anderen das Recht haben!) Dann will ich schließen. Eigentlich ist der Parteivorstand nicht der Ankläger, sondern der Angeklagte, der sich zu verantworten hat für seine Unterlassungssünden. (Sehr richtig!) Das beweist ja auch der Bericht des Genossen Müller. In meinem Leben habe ich noch nie ein Bild einer so rührenden Hilfslosigkeit gesehen. (Lachen: Webel ruft: Na! na!) Darum gebe ich Euch den väterlichen Rat (Große Weiterkeit — Webel: Den mütterlichen Rat!); bessert Euch! (Lebhafter Weifall und Widerspruch.)

Dr. Lenz-Leipzig:

Zunächst ein Wort gegen einen Vorwurf, der gegen die „Leipziger Volkszeitung“ erhoben worden ist. Die Kritik des bekannten Marokko-Flugblattes soll die Aktion der Partei deswegen besonders geschädigt haben, weil sie „mitten in die Aktion“ hineingefallen ist. Dieser Vorwurf fällt in sich zusammen. War doch eine Woche nach diesem Artikel die große Demonstration der Berliner Genossen, und wir sind ja wohl alle einig, daß diese Aktion durch den Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ nicht gestiftet hat. Auch hat ja der Parteivorstand gesagt: Solange diese Sachen bloß in der „Leipziger Volkszeitung“ stehen, reagiere ich nicht darauf. Aber als der Genosse Rosenfeld in der Versammlung sie erwähnte, war die Aktion so gefährdet, daß der Vorstand nunmehr während der Aktion darauf reagierte. Was bedeutet überhaupt dieses Argument der Kritik während der Aktion? Wir sind Sozialdemokraten, die immer in Aktion sind, und wenn wir Kritik nur üben dürfen, wenn wir nicht in Aktion stehen, dürfen wir überhaupt keine Kritik üben. Man ist sich auch keineswegs, wie Genosse Müller behauptete, in der ganzen Parteipresse einig über das „Ungehörige“ dieses Artikels. Das beweist die Haltung der Parteiblätter in Halle, Erfurt und Eisenfeld. Soll während der Aktion die Kritik unterdrückt werden, dann müssen politische Schlafmühen in die Parteiredaktionen gesetzt werden. Stubengelehrte, nicht politische Kämpfer verzichten auf die Kritik während der Aktion. Warten Sie einem politischen Kämpfer zu, erst aufzuwachen, wenn andere Leute sich schon zu weit gelegt haben! Wäre etwa am Sonntag oder übernächsten Sonntag eine allgemeine Verbreitung des Flugblattes geplant gewesen, so hätte man vielleicht sagen können: wir wollen die Aktion nicht füren; dann hätte ich vielleicht gesagt: diese eine Woche wollen wir uns den Artikel noch verkneifen; aber so steht es nicht. Es handelte sich um eine Stellungnahme des Parteivorstandes zur Politik des Imperialismus, und da mußte der Parteipresse die Kritik freigegeben werden.

Nun komme ich zu einem anderen Flugblatt in der Marokkofrage, dem hier verbreiteten Flugblatt, mit dem sich auch die Genossin Luxemburg schon beschäftigt hat, dem Marokko-Flugblatt, das den Vorzug genießt, vom Parteivorstande verfocht zu sein und das keine glücklichere Hand verrät als die erste. Ein unglücklicher Stern scheint über den Marokko-Flugblättern des Parteivorstandes zu leuchten. Aber die beruhigende Gewißheit hat man noch der heutigen Rede des Genossen Müller: Der Parteivorstand hat seine Äußerungen über die Marokkofrage in Ordnung. Aber es wäre schön, wenn man daneben auch die politische Initiative in Ordnung hätte. Und diese Initiative läßt, und zwar nicht bloß in letzter Zeit, so außerordentlich viel zu wünschen übrig. Ich bewundere den Mut des Parteivorstandes, der sich hinsetzt und erklärt, sich keiner Schuld bewußt zu sein, in demselben Augenblicke, wo er der Genossin Luxemburg in persönlicher Betätigung die unerhörten Vorwürfe macht, sie der Unterschlagung beschuldigt, ihr Dinge nachsagt, daß man meinen könnte, es müßte gegen sie wegen chloser Handlung vorgegangen werden, wo doch schon darauf hingewiesen worden ist, daß die sachlichen Argumente nicht zutreffen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ nicht unterschlagen hat. (Pfanntlich: Das Datum auch nicht?) Wenn der Parteivorstand einer Genossin Unterschlagung und ähnliche Dinge vorwirft, und er sich in demselben Augenblicke nachweisen lassen muß — ich will keine scharfen Worte gebrauchen — wie leicht er sich diese Argumente gemacht hat, dann beneide ich den Parteivorstand nicht um diese Leistung, die er hinter sich hat. Ich sage nicht subjektiv, aber als objektives Ergebnis dieses Marokko-Flugblattes haben wir weiter nichts als den Versuch, die ganze Marokkodebatte auf ein falsches Geleise zu schieben. Hier handelt es sich nicht um die Genossin Luxemburg, sondern um die Frage: Hat der Parteivorstand in der Marokkofrage seine Pflicht erfüllt oder nicht. Die Frage wollen wir uns nicht verdunkeln lassen. Die Partei hat einen Anspruch darauf, zu wissen, welche Anschauungen in der Frage der Welt-politik im Parteivorstande herrschen. Sie hat ein Recht darauf, zu wissen, aus welchen Gründen diese Marokkofrage nicht vorgenommen wurde. Und da sage ich ganz offen, daß die Veröffentlichung des Wollenkuburschen Briefes ein Verdienst gewesen ist. Wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im Parteivorstande getrieben wird. Die Anschauung Wollenkuburs in jenem Briefe geht dahin, nach Wahlrückichten und wiederum nach Wahlrückichten die ganze Marokkofrage zu behandeln. Das ist kein Privatbrief, den Wollenkubur geschrieben hat. Als Mitglied des Parteivorstandes schreibt kein Mensch Privatbriefe. (Weiterkeit, Widerspruch. Webel ruft: Die Vorstandmitglieder können doch für ihre Person Privatmeinung äußern!) Wir haben jahrelang Zurückhaltung geübt, jetzt aber müssen wir diese Rücksichten fahren lassen. (Weifall.)

Dittmann-Solingen:

Es handelt sich hier um die Frage der Aktionsfähigkeit des Parteivorstandes in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung. Das leitet hinüber zur Frage der Reorganisation der Parteileitung überhaupt. Es fragt sich, ob es auf die Dauer bei dem gegenwärtigen Zustand in bezug auf die Zusammensetzung des Parteivorstandes so bleiben kann oder nicht. Ich kann leider darauf nicht eingehen, weil ich zu einer anderen Sache persönlich zu sprechen genötigt bin. Die „Vergische Arbeiterstimme“ gehört nämlich zu denjenigen Parteiblättern, dem die Ehre zuteil geworden ist, in dem berühmten gewordenen Geheimrat des Vorstandes mit Namensnennung geriffelt zu werden.

Auch diese Frage steht insofern in einer gewissen Parallele zu der von Luxemburg und Lenz behandelten, als beide Fragen zeigen, daß sich unsere Parteileitung in einer gewissen Abhängigkeit von der Generalkommission befindet. (Sehr richtig!) Die Initiative zur internationalen Friedenskundgebung in Berlin hat die Generalkommission ergriffen und der Parteivorstand war dabei das fünfte Rad am Wagen. In der Frage des Geheimzirkulars hat sich der Parteivorstand direkt von der Generalkommission schieben lassen, was ich dokumentarisch nachweisen will. Die „Vergische Arbeiterstimme“ hat bis zur Veröffentlichung der Resolution der Gauvorsteherkonferenz überhaupt keine Stellung zum Wuchdruckerkonferenz genommen. In dieser Resolution hieß es: „Die Konferenz erblüht in der ungebührlichen Art, in der einige sozialdemokratische Parteioorgane das Urteil des Tarifamtes sowie die Stellungnahme des Verbandsvorstandes glossierten, einen neuen Beweis für die

abfällige Beurteilung, deren sich die Buchdrucker seit Jahren von dieser Seite zu erfreuen haben. Sie bringt zum Ausdruck, daß eine solche Einmischung in interne Organisationsfragen nicht im Interesse der Arbeiterbewegung liegt und deshalb zurückgewiesen werden muß. Das ist nichts weniger als das Verlangen, daß sich die Parteipresse überhaupt jeder Kritik an den Handlungen der Gewerkschaftsleitungen zu enthalten habe. (Sehr richtig!) Diese Neußerungen sind in dem Geheimvermerk und auch in dem betreffenden Brief der Generalkommission nicht gerügt worden. Daß diese Rüge an die Parteipresse schon in der Resolution der Gewerkschaften enthalten war, obgleich wir erst nach dieser Resolution vorgegangen sind, ist der beste Beweis dafür, daß es sich nicht um eine angeblich unfaßliche Kritik, sondern um die Unterbindung jeder Kritik der Parteipresse handelt. (Sehr richtig!) Die „Solgarbeiter-Zeitung“ schreibt in einer ihrer letzten Nummern: „Wir wollen doch den Standpunkt nicht vermissen. Es ist uns nicht eingefallen, das Tarifamt deshalb zu tadeln, weil es bemüht war, dem Tarif Anerkenner zu verschaffen. Hätte das Tarifamt nach gewissenhafter Prüfung entschieden, daß die Arbeiter tarifmäßig sind, dann hätten sie eben die volle Schuld zu tragen gehabt, und es wäre schmerzlich einem außerhalb des Berufes Stehenden eingefallen, das Urteil zu kritisieren. Es ist ausschließlich der Passus des Urteils, durch welchen Unternehmer ermächtigt wurden, die Vertrauensmänner der Arbeiter zu maßregeln, der unsere Kritik herausfordert, und es bleibt uns noch heute unbegreiflich, wie geschulte Gewerkschafter ein solches Vorgehen billigen können.“ Diese Bemerkung des Verbandsorgans, der nach mir zum Worte gemeldeten Mitglieder der Generalkommission Robert Schmidt und Legien, möchte ich diesen beiden Genossen zur ganz besonderen Beachtung empfehlen! Nach dem Geheimvermerk und dem Zirkular der Generalkommission müßte es scheinen, als habe das Solinger Parteiorgan den Deutschen Buchdruckerverband eine gelbe Streikbrecherorganisation genannt. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker hat wochenlang seitenlange Artikel voll der größten formalen Beleidigungen gegen die Parteiblätter von Solingen, Elberfeld, Essen usw. gebracht. Die „Vergißliche Arbeiterstimme“ hat festgestellt, 1. die neue Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, 2. die Mahnung der Verbandsvertrauensmänner, 3. die Verhöhnung der gewerkschaftlichen Solidarität und 4. die Aufforderung der Verbandsleitung zum Streikbruch. Von diesem Standpunkt ist unsere Kritik ausgegangen, er bedarf sich mit dem der „Solgarbeiter-Zeitung“ und einer ganzen Reihe anderer Gewerkschaftsblätter. Die „Vergißliche Arbeiterstimme“ hat gesagt, wenn Handlungen, wie sie sich die leitenden Instanzen des Buchdruckerverbandes zu schulden kommen ließen, bisher von Hirsch-Dunkerhagen, Christen und Selben vorgekommen sind, so war die ganze Partei, und Gewerkschaftspresse einzig in der Beurteilung dieses Vorgehens und dann sagen wir: „Der Beschluß der Gewerkschaftskonferenz wird in der ganzen freigeorganierten Arbeiterbewegung jedenfalls lebhaftes Interesse finden und schärfste Beurteilung hervorrufen. Die Sprache dieses Beschlusses atmet den Geist eines unerträglichen Bureaokratismus, der jede solidarische Handlung von Mitgliedern als Verbrechen brandmarkt und mit dem toten Buchstaben einen Fetischkultus treibt. Das ist nicht die Sprache einer selbstbewußten, frei und demokratisch verwalteten Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutztruppe des Unternehmertums fühlt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der Mitglieder des Buchdruckerverbandes diesen Beschluß billigt, so daß der Verband gerade in der Zeit der neuen Tarifrevision eine schwere innere Krise haben wird dank dem Unverständnis seiner führenden Elemente.“ Die Kritik richtet sich also nur gegen die Sprache der Resolution. (Die Redezeit ist abgelaufen, wird aber durch Jurauf der Versammlung verlängert. (Webel ruft: Für alle!) Erstens eine Unterwürfigkeit: „Zu Weibel, ihr alleruntertänigster Diener Herr Kommerzienrat Bürgenstein“ gegenüber den Unternehmern und ein forschendes Duddia. „Luch“ den eigenen Verbandsmitgliedern gegenüber. Das ist das Empörende, was auch die Kritik der „Vergißlichen Arbeiterstimme“ herausgefordert hat. Man kann sagen, die Kritik ist grob, aber sie war doch berechtigt. Es kommt darauf an, zu verhindern, daß nicht durch die leitenden Instanzen der Gewerkschaftsbewegung ein Druck ausgeübt wird auf die Parteipresse, um die notwendige Kritik an der Arbeiterbewegung, auch an der Gewerkschaftsbewegung, zu unterbinden. (Beifälliger Beifall.)

Oskar Hoffmann-Elberfeld:

Als Redaktionsmitglied der „Freien Presse“ gehöre ich auch zu den Sündern. Steht die „Freie Presse“ die gewerkschaftlichen Interessen einschließlich der Interessen des Buchdruckerverbandes wahrgenommen. Zu dem in Frage stehenden Konflikt haben wir in der sachlichsten Form Stellung genommen. Dagegen hat der „Korrespondent“ wochen- und monatelang in der größten Weise gegen die „Freie Presse“, und die Arbeiterpresse überhaupt, Front gemacht. Die Entrüstung steht der Generalkommission nicht besonders an, da doch Legien auf dem Dresdener Gewerkschaftskongress erklärt hat, daß man mit Seibe keinen großen Sad näht. Es ist bezeichnend, daß man mit Rücksicht auf die politische Situation sachliche Kritik nicht mehr dulden will. Man kann die Rolle des Parteivorstandes in diesem Fall nicht mehr schön nennen. Die Generalkommission fühlt sich in einer weit besseren Rolle, sie sucht die Interessen ihrer Beamten in jeder Form zu verteidigen, aber der Parteivorstand desavouiert seine Parteipresse. Da muß der Parteivorstand eine andere Sprache reden und von der Generalkommission verlangen, daß die Gewerkschaftsblätter das auch beobachten. Döblin verlangt, daß die Parteipresse den Gewerkschaften die Wahrung ihrer Aufgaben nicht erschweren. Wir haben dasselbe Verlangen in verstärktem Maße an die Gewerkschaftspresse zu richten.

Lebedour:

Ueber die letzte Frage nur ein paar Worte. Mit Recht beschwert sich die Parteipresse darüber, daß der Parteivorstand einer Rüge seine Zustimmung gegeben hat, durch die die Kritik an der Gewerkschaftsbewegung überhaupt unterbunden werden soll. (Zustimmung und Widerspruch.) Es ist nicht nur Recht, sondern Pflicht der Parteipresse, an allen Dingen öffentlich Kritik zu üben, die die Arbeiterbewegung betreffen, und daher auch an den Vorgängen, wo gegen den Geist der Solidarität des Proletariats gesündigt ist, wie in der Angelegenheit der Buchdrucker. Und nun zu der berechtigten Anklage gegen den Parteivorstand wegen seines Verhaltens in der Marokkoangelegenheit. Es hat sich hier niemand zu verteidigen außer dem Parteivorstand. Man benutzt die wirklich unverantwortliche Heberei, die die Genossin Luxemburg mit der Kritik des Flugblattes geübt hat, um den Kern zu vertuschen, wie ich das ja auch vorausgesagt habe. Ich bin mit der Genossin Luxemburg oft in Konflikt geraten und werde, wie ich sie kenne, wohl noch manchmal in Konflikt geraten. (Große Heiterkeit.) Das hält mich aber nicht ab, ausdrücklich zu erklären, daß, wenn es überhaupt jetzt in Deutschland zu großen Demonstrationen gegen Krieg und Kriegsgewinn gekommen ist, nicht der Parteivorstand daran das Verdienst hat, sondern die Genossin Luxemburg mit ihrer Kritik. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn sie nicht gekommen wäre, dann hätten die Genossen vom Parteivorstand nicht den Finger gerührt. (Heiterkeit beim Vorstehen.) Schölich, Dresden ruft: Lebedour hätte es viel besser gemacht. (Heiterkeit.) Ich habe die Sache schriftlich niedergelegt, weil man die Sache hier nicht gründlich und vollständig erörtern kann.

Wenn die Genossin Luxemburg nicht selbst vorher den Brief veröffentlicht hätte, so würde das jetzt vom Parteivorstand gegen sie veröffentlichte Flugblatt die schmerzlichste Selbstbezüglichung des Parteivorstandes sein. Was wäre denn herausgekommen, wenn diese Geschichte in die Öffentlichkeit gekommen wäre, ohne daß nachträglich eine Aktion erfolgte. Ich habe im „Halleischen Volksblatt“

die dokumentarischen Beweise für die von der Genossin Luxemburg publizierten gravierendsten Tatsachen veröffentlicht. Synchron man halte schon im Frühjahr die schwersten Anklagen gegen den deutschen Parteivorstand erhoben, daß er nichts getan hat. (Jurauf vom Parteivorstand: Das stimmt nicht!) Ich habe auch nicht behauptet, daß Juraufman recht gehabt hat. (Jurauf Weibel: Wozu denn die Anklage?) Der Parteivorstand wußte aus dem Vorgehen von Juraufman, wie seine Haltung im Auslande aufgefaßt und ausgelegt wurde, und trotzdem ist er auf die abermalige Anregung nicht eingegangen, und wieder ist dann vom Redakteur der Föderation in England die Anklage gegen die deutsche Partei erhoben worden, daß sie die Aktion durchkreuzt hat, obwohl Frankreich, Spanien, England ihr mit Freuden zugestimmt haben. Sie sagen „vorläufig“, aber im Moment der Kriegsgefahr ist die Aktion sofort geboten, das heißt es jetzt oder nie. Wie solchen Angelegenheiten hört vor allem nur das Nein. Das Nein hat auch das Ausland herausgehört, und das hat deprimierend gewirkt und das Ansehen der deutschen Partei im Auslande geschädigt. Als Mac Donald, dem Führer der Labour Party, seine nationale Gesinnung zum Vorschein gebracht wurde, erklärte er, daß die deutsche Partei ja nichts gegen den Krieg tue. Der Glaube, der durch ihre Nichtstun entstanden ist, daß die deutsche Partei entweder nicht wollte oder nicht wage, die internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, die ihr aus ihrer Stärke erwachsen, kann nur dadurch ausgerottet werden, daß wirklich energisch vorgegangen wird. Eins der größten Probleme, deren Lösung der internationalen Sozialdemokratie noch harret, ist die Frage, wie soll einem Kriege begegnet werden. Mit dem Aufheben von 200 000 Händen in einer Demonstrationssammlung ist es nicht getan, die Frage ist zu erörtern, was zu geschehen hat. Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen. (Teils. Hst.) Wir können nicht sagen, wir werden einen Generalstreik machen, noch viel weniger können wir sagen, wir können keinen Generalstreik machen. Unter allen Umständen müssen wir uns mit den Parteigenossen der fremden Länder verständigen. Eine Aktion wie diese kann nicht von einem Lande allein ausgeführt werden. Die Einleitung einer solchen Aktion wäre eben die Aufgabe vertraulicher Besprechungen der leitenden Genossen aller Länder gewesen. Der Vorstand hat diese Aufgabe leider nicht erkannt und sie nicht bewußt aufgegeben. Er hat in dieser großen Situation versagt. Darum ist es unsere Aufgabe, den Vorstand vorwärts zu treiben, um diese größte und wichtigste Aufgabe des kämpfenden revolutionären Proletariats zu erfüllen. (Beifälliger anhaltender Beifall.)

Dawel-Berlin: Ich habe Anträge zu vertreten, die die Aktionskraft des Parteivorstandes stärken sollen. Der Vorstand selbst hält eine solche Verstärkung für notwendig. Die Antragsteller gehen allerdings weiter. Der erste Berliner Wahlkreis nennt in seinem Antrag keine bestimmte Zahl. Nieder-Barnim fordert die Anstellung von drei neuen Sekretären. Der Reichstagswahlkreis stellt uns vor ungeheure Aufgaben und die Aufgaben werden mit der Beendigung des Wahlkampfes nicht aufhören. Vielleicht wäre manche Differenz nicht zu der Bedeutung und Entwicklung gelangt, wenn der Parteivorstand stärker besetzt gewesen wäre. Er hätte dann ein wachsameres Auge auf die emporsteigenden Differenzen und Meinungsverschiedenheiten haben können. Vielleicht sind ein bis zwei Personen nötig, von denen die eine die Haltung der Parteipresse, die andere die gewerkschaftlichen Verhältnisse in ihre Obhut zu nehmen hätte. Müller hat gesagt, der Parteivorstand würde sicher zwei Sekretäre akzeptieren. (Webel: Er muß annehmen, was beschlossene wird.) Ich glaube, er würde es nicht unangenehm empfinden, wenn drei beschloßen würden. (Jurauf vom Parteivorstand: Warum nicht sechs!) Vielleicht würde der Parteivorstand, wenn der Parteivorstand es begründet, auch sechs Sekretäre nicht ablehnen. Wir sind aber bescheiden und begnügen uns mit drei. Bei dem Wachstum unserer Truppen müssen wir auch Generäle haben. Und deshalb bitte ich, stimmen Sie den Anträgen zu.

Webel:

Ich werde nur auf einen Teil der gegen den Vorstand gerichteten Angriffe eingehen, und zwar auf den rein politischen Teil. Den anderen werden meine Kollegen bezw. die Berichterstatter erledigen. Die Genossin Luxemburg äußerte, der Parteivorstand habe gegen sie ein ganz ungewöhnliches Vorgehen beliebt. Das Vorgehen ist allerdings insofern ungewöhnlich, als das Vorgehen der Genossin Luxemburg sehr ungewöhnlich war. (Beifall.) Sie hat unser Vorgehen provoziert, sie hat aus Verhandlungen, die entschieden vertraulicher Natur waren, sich erlaubt, bruchstückweise Veröffentlichungen zu machen, die alle Beteiligten als Indiskretion empfinden mußten. Und sie hat das in einer Weise getan, die mit der Wahrheit in Widerspruch steht. (Beifälliger Hst.) In der Konferenz, die ich am 30. Juli mit dem Sekretär des Internationalen Bureaus hatte, hat er mir gesagt, sie wären übereingekommen, künftig der Genossin Luxemburg als Mitglied des Internationalen Bureaus überhaupt keine Informationen mehr zu geben. (Beifall und Hst.) denn das sei nicht die erste Indiskretion gewesen. (Beifälliger Hst.) Ich sagte noch: „Tun Sie das nicht, das ist Sache des Internationalen Bureaus.“ Nun hat die Genossin Luxemburg behauptet, sie habe sich eine unrichtige Darstellung nicht zuschulden kommen lassen. Sie hat es so hingestellt, als ob sie in durchaus lokaler und korrekter Weise verfahren sei, und behauptet, daß die übrigen Vorstandsmitglieder sich Rollenbührs Meinung angegeschlossen hätten. Das ist eine Vermutung, für die sie nichts als ihre eigene Meinung hat. Sie hat in dem Briefe Rollenbührs den ersten Satz weggelassen: „In einer Vorstandsitzung habe ich Ihren werthen Brief noch nicht vorgelesen können“, trotzdem erweist sie in ihrem ganzen Artikel die Meinung, daß der Vorstand der Ansicht Rollenbührs sei. Wenn das nicht eine Verdrehung ist, dann gibt es überhaupt keine Verdrehungen. (Beifälliger Beifall.) Die Parteipresse, die nicht informiert war, hat dann zum Teil Beschuldigungen gegen den Vorstand erhoben, die unberechtigt waren.

Die Genossin Luxemburg hat weiter behauptet, daß Rollenbühr und der Parteivorstand die Konferenz glatt abgelehnt habe. Sie konnte diese Behauptung nur aufstellen, weil sie den Schlusssatz unterschlagen hat, in dem gesagt wird, daß wir vorläufig mit der Besprechung warten können. (Beifälliger Hst.) Da appelliere ich nun an den ganzen Parteitag, an die ganze Partei und frage: Hat die Genossin Luxemburg damit nicht eine ganz falsche Darstellung der Sache gegeben? (Stürmischer Zustimmung.) Es ist eine Niedertracht! Sie hat die Haltung des Parteivorstandes vollständig falsch dargestellt. Sie hat nicht allein den Brief Rollenbührs mißhandelt, sie hat auch meine Auslassungen mißhandelt. Sie sagt, daß ich es am 10. Juli mitgeteilt habe, daß ich der geplanten Marokkokonferenz beiwohnen wollte. Sie behauptet dann, zwei Tage später habe ich es abgelehnt. Das ist einfach nicht wahr. (Hst.) Ich habe vielmehr erklärt, und zwar am 12. Juli, daß die Marokkokonferenz neuerdings einen Charakter angenommen habe, der mir zunächst eine Konferenz des internationalen Bureaus nicht empfehlenswert erscheinen lasse. Ich erklärte, wir wollten einstweilen warten und unser Pulver nicht zu frühzeitig verschütten. Daraus machte die Genossin Luxemburg eine glatte Ablehnung. Sie hat wieder vollständig unterschlagen und verschwiegen, daß ich mit Dymans zusammengekommen bin und ihm sagte, er solle die Angelegenheit scharf im Auge behalten und sobald sich die Notwendigkeit einer Einberufung des internationalen Bureaus ergibt, nicht nur die Mitglieder der zunächst interessierten Staaten einberufen, sondern das ganze Bureau. (Hst.) Wir haben mit Dymans verabredet, daß die Eröffnung der Konferenz durch eine große Demonstration in Brüssel eingeleitet werden sollte. Das alles hat die Genossin Luxemburg nicht mitgeteilt. Ihre ganze Darstellung über das Verhalten des Parteivorstandes ist von A bis Z vollständig falsch oder mißverständlich. Das ist das allermindeste, was man darüber sagen kann. Nun hat sich Genosse Lebedour auf die dokumentarische Darlegung berufen, die er

von der Sache geben werde. (Lebedour ruft: Wie das gefrickt hat!) Dann hätten Sie sagen müssen, daß die Frage verhandelt wurde und welche Resultate die Sache hatte. Davon hören aber die Leser nichts.

In der „Justice“ hat Juraufman die deutsche Parteileitung angeklagt, man sei viermal wegen der Friedensdemonstration an sie herangetreten, hätte aber stets Ablehnung erfahren. Die Sache wurde in der Fraktion besprochen, da Lebedour sie vorbrachte. Wir hatten von keiner einzigen Anfrage gehört und demgemäß auch keinerlei Auskunft erteilt. Auch das Internationale Bureau wußte nichts davon. Auch der Genosse Queli, der derselben Organisation angehört wie Juraufman, weiß von nichts. Was kommt also dabei heraus? In einer Zeit, als die Marokkokonferenz gar keine Rolle spielte, haben sie einmal geschrieen, wir sollten eine gemeinsame Friedensdemonstration machen. Das hat die deutsche Partei abgelehnt. Das war aber im November 1909. (Große Heiterkeit.) Ich weiß aber auch davon nichts und auch Rollenbühr weiß nichts davon. Die ganze Geschichte jähwacht in der Luft und auf Grund dieser Tatsachen erklärt Lebedour im höchsten Brüstung der Ueberzeugung: die Deutschen wollen nicht! Und doch haben wir überall unsere Pflicht getan. Wenn es eine Nation gibt — ich sage das ohne irgendeine andere Verlegen zu wollen —, die gegenüber der Internationale zu jeder Zeit in erster Linie ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan hat, dann ist es die Deutsche Partei. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Es ist eine der schwersten Herabwürdigungen der eigenen Partei, wenn solche in keiner Weise begründete Angriffe gegen uns erhoben werden. Wir sind g. B. materiell und finanziell für die russische Revolution eingetreten und haben eine halbe Million dafür aufgebracht. Das ist unendlich mehr als die ganze Internationale zusammen aufzubringen imstande war. (Beifälliger Beifall.) Und so ist es überall. Daß diese falschen Darlegungen, die seit Wochen durch die Presse gehen, große Aufregung verursachen, ist verhänglich. Glaubt man nun mit dem Parteivorstand gründlich abrechnen zu müssen? Ich habe mich über eines gefreut, nämlich daß Lebedour fordert, man müsse vertrauliche Besprechungen abhalten. Vertrauliche Besprechungen! Die Genossin Luxemburg bringt auch die allervertraulichsten Besprechungen an die Öffentlichkeit. Ich frage Sie alle, ob nicht in jeder Organisation Zusammenkünfte und schriftliche Erörterungen stattfinden, die man vorläufig oder überhaupt verschweigt. Wir würden wir alle uns wehren, wenn auf einmal die vertraulichen Zirkulare oder privaten Veröffentlichungen allgemein bekannt gegeben würden, weil das einem Querkopf so einfallt. (Beifälliger Zustimmung.) Die ganzen gewerkschaftlichen Verbände würden dann in die Luft gesprengt werden.

Dieses überlegt Euch, dann wißt Ihr, was Ihr vom der Kampfweise der Genossin Luxemburg zu halten habt. Noch eins! Man verlangt vom Parteivorstand immer mehr Initiative. Ganz meine Meinung. Glauben Sie denn, ich wäre mit dem Parteivorstand zufrieden (Große Heiterkeit), da irren Sie sich. Ich habe manchmal zu meinen Kollegen gesagt, seid nur froh, daß ich Euer Kollege bin. (Große Heiterkeit.) Es ist auch eine ganz falsche Darstellung der Genossin Luxemburg, als wolle der Parteivorstand eine lastenkante Einrichtung sein, die man nicht kritisieren dürfe. Der Beschluß unserer Schreibens lautet ausdrücklich: „Es ist der Genossin Luxemburg gutes Recht, die Handlungen des Parteivorstandes zu kritisieren.“ Aber es sollte jedes Mitglied der Partei unter seiner Würde halten, mit illoyalen Waffen und irreführenden Darlegungen einen Kampf zu führen. Selbstverständlich hat jeder Genosse das Recht zu kritisieren, ebenso wie es unser Recht ist zu antworten, wenn wir es der Würde wert halten. (Heiterkeit.) Ich habe mich oft gewundert, daß man so wenig an uns kritisiert. Es ist viel mehr an uns zu kritisieren als Ihr glaubt. Ich will es nur nicht so sagen. (Große Heiterkeit.) Uns tut Kritik nicht weh. Wenn Sie glauben, uns vorwärts schieben zu müssen, wir lassen uns ganz gerne schieben, vorausgesetzt, daß die Schiebung nach der richtigen Seite hin geschieht. Sind wir davon nicht überzeugt, dann werden wir uns nicht schieben lassen. Also bonnet weiter, aber den Erfolg bin ich außer Zweifel. (Stürmischer Beifall.)

Grumbach-Cosmar:

Ich stimme mit der Kritik Weibel der Genossin Luxemburg ganz überein, wenn ich auch das Vorgehen des Parteivorstandes in der Marokkokonferenz nicht für richtig halte. Ein großer Fehler war es, daß der Parteivorstand sich auf einer Friedensdemonstration, die die Syndikalisten, welche die dortige Partei aufs schärfste bekämpften, veranstalteten, vertreten ließ, an eine ähnliche Kundgebung der französischen Sozialdemokratie aber nur ein Telegramm sandte. Es ist das die Folge der Unkenntnis der Verhältnisse in Frankreich, die sich aber der deutsche Parteivorstand nicht erlauben darf. (Schluß in der 3. Beilage.)

Gerichts-Zeitung.

Eine sonderbare Beleidigungs-Klage

Kam vor dem Spandauer Schöffengericht zur Verhandlung. Angeklagt war der in der dortigen königlichen Beschäftigungserei beschäftigte Arbeiter Buchholz, seinen Kollegen Friedrich Garbe dadurch beleidigt zu haben, daß er diesen in den Geruch eines Sozialdemokraten brachte, indem er ein Paket mit sozialdemokratischen Zeitungen und Flugblättern: „Zum Angriff vor!“ mit Namensaufschrift des Garbe auf das Grundstück der Fabrik hinlegte, so daß es der kontrollierende Beamte fand.

Der Angeklagte bestritt nicht, den Namen auf das Paket geschrieben zu haben, doch will er dazu auf eigenartige Weise gekommen sein. Im Februar d. Js. sei er von einem Fremden zu einem Glase Bier eingeladen worden. Er sei der Einladung auch gefolgt; nachdem sie aber zwei Gastwirtschaften besucht hätten, habe der Fremde ihm geheißen, den Namen Garbe auf ein Stück Papier zu schreiben, „denn“, so sagte dieser, „wenn er noch schreiben könne, könne er auch noch trinken“. Er habe auch den Namen geschrieben, worauf sie sich bald trennten. Ein Paket habe er aber nicht an den fraglichen Ort hingeflegt. Wenn er auch mit Garbe verfeindet sei, so wisse er es doch ganz gut, wie es tue, wenn man arbeitslos sei, als daß er einem das gönne.

Der Kontrollführer der Beschäftigungserei, Otto Goltz, gab zunächst auf Verfragen an, daß es den königlichen Arbeitern verboten sei, sozialdemokratische Schriften zu lesen; wer es trotzdem tue, werde entlassen. Er habe früh in der siebenten Stunde das Paket an dem Marktbrett gefunden und es sofort seinem Vorgesetzten überbracht. Beide hatten sofort die Vermutung, daß dem Garbe ein Streich gespielt werden sollte. Als diesem das Paket zwecks Prüfung der Aufschrift vorgelegt wurde, erklärte er nach einigem Bedenken die Aufschrift als von Buchholz herrührend. Verstärkt wurde der Verdacht gegen Buchholz dadurch, daß ein Scheuerklappen aus dem Paket, der stark nach Kolophonium roch, als aus der Werkstatt herkommend erkannt wurde, in welcher Buchholz arbeitete.

Der Beleidigte Garbe gab als Zeuge an, daß er die Handschrift des Buchholz aus einem Briefe kenne, den er im Jahre 1909 von diesem erhalten habe. Der Amtsanwalt beantragte darauf 1 Monat Gefängnis und Publikationsverbot. Der Verteidiger, Assessor Dr. Carlzen, beantragte die Freisprechung, da gegen den Angeklagten nichts erwiesen sei. Das Gericht hielt ein non liquet für vorliegend und sprach den Angeklagten frei. Wenn einer nicht Sozialdemokrat sein wolle, und er als solcher zwecks Schädigung seiner Existenz bezehnet wird, so sei darin der Tatbestand der Beleidigung zu erblicken; eine formelle Beleidigung liege also vor. Für die Täterschaft des Buchholz sei aber, trotzdem manches gegen ihn spreche, nichts erwiesen. Die Tatsachen, die anscheinend gegen ihn sprechen, erlösten ihn.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Clara Zetkin:

Wahrscheinlich stoße ich bei der Mehrheit auf Widerspruch, wenn ich erkläre, mein Eindruck von dem Vorgehen des Parteivorstandes und der Rede Bebels ist der, die Genossen haben das Recht, den Parteivorstand zu kritisieren, wer aber dieses Recht gebraucht, läuft sehr leicht Gefahr, abgefängt und bestraft zu werden. (Widerspruch.) (Zetkin: Da hört sich doch alles auf!) Die Genossin Luxemburg hat ausdrücklich erklärt, daß der Brief die private Meinung Molkenbuhrs enthalten habe und wenn sie im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen auf Schlüsse des Verhaltens des Parteivorstandes gezogen hat, so hat sie nicht etwa eine persönliche Vermutung ausgesprochen, sondern sie hat sich auf einen bestimmten Tatbestand gestützt und dieser Tatbestand heißt: Untätigkeit des Parteivorstandes ungefähr während eines ganzen Monats. (Sehr richtig!) Vergessen wir nicht, daß der Briefwechsel, auf den sich Bebel beruft, aus der ersten Hälfte des Juli stammt, während der Aufruf des Parteivorstandes erst am 8. August erfolgte. (Sehr wahr!) Bebel beruft sich zwar darauf, daß in seinem Brief nur stand, daß wir zunächst Abstand nehmen. Ja, das ist ja eben der springende Punkt für uns. Es handelt sich nicht darum, am 8. Nimmerleinstag oder wenn die Hauptwellen der Erregung vorbei sind, zu handeln, sondern sofort aktiv einzugreifen. Das ist der springende Punkt, um den sich alles dreht und alles Drehen und Dreheln ändert daran nichts, daß der Parteivorstand nicht von Anfang an die nötige Entschiedenheit und Einmütigkeit gezeigt hat. Dafür einen Beweis, selbst auf die Gefahr, daß man mit Indiskretion vorwirft. Nachdem die Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen waren, haben wir von der Kontrollkommission, die wir zufällig in Berlin waren, eine gemeinsame Sitzung mit dem Parteivorstand gehabt. Auch da wurde die Frage dieser Artikel angeschnitten. Wir hatten sie noch nicht alle gelesen. Die Mehrheit der Mitglieder der Kommission war der Überzeugung, daß der Parteivorstand lässig gewesen ist, daß er rascher hätte handeln und zugreifen müssen. (Zetkin: Das ist nicht wahr: Sie haben selbst gesagt, es ist nichts veräußert worden.) Ich habe gesagt, es ist nicht zu spät, aber es ist reichlich spät (Hört! hört!), und ich stelle fest, daß ein Teil des Parteivorstandes derselben Meinung war. (Hört! hört!) Ein anderer Teil war der Ansicht, es wäre klüger gewesen, bis jetzt zu warten; einige gaben auch der Überzeugung Ausdruck, es wäre gut, etwas zu tun, aber man wäre ja nicht ganz sicher, ob die Aktion Erfolg haben würde. Einmütigkeit war nicht vorhanden. Als Müller heute erklärte, daß der Parteivorstand später so energisch und einheitlich in die Aktion eingetreten sei, habe ich mich gefreut, aber das ändert nichts daran, daß diese Einmütigkeit und Entschiedenheit früher noch nicht vorhanden war. Ich fühle mich verpflichtet, dieses angefaßte der Situation hier festzustellen. (Sehr gut!) Meine Ansicht ist, es ist eine Pflicht der Partei, dafür zu sorgen, daß ihre Beauftragten in einem solchen Momente, der die Arbeiterklasse den schwersten Gefahren entgegenführen kann, die Initiative ergreifen. (Lebhafte Beifall.) Das ist bedeutend wichtiger, als der Streit um den sogenannten Fall Luxemburg. Wenn wir unsere Aktionsfähigkeit, wenn wir insbesondere den festen inneren Zusammenhang zwischen den geschäftsführenden Instanzen und den Massen aufrechterhalten wollen, dann müssen wir als das kostbarste und unantastbarste Gut das Recht der freien Kritik auch an den Aktionen des Parteivorstandes aufrechterhalten. (Sehr richtig!) Aus dieser Kritik heraus wächst die lebendige Kraft, welche die Leitung in jedem Augenblick, in jedem verantwortungsvollen Moment in die Lage versetzt, führend an die Spitze zu treten. (Lebhafte Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin:

Die Demonstration in Berlin ist in Uebereinstimmung zwischen Gewerkschaft und Partei zustande gekommen. Nun wird gesagt, die Veranstaltung in Paris habe diesen Charakter nicht getragen. Sie sei nicht mit Zustimmung der Partei zustande gekommen. Das ist zum Teil richtig. Wir standen vor einer holländischen Tatsache, als die Confederation de travail bekannt gab, sie habe eine große Kundgebung in Paris veranstaltet, zu der sie die Generalkommission einludete. Sollten wir bei der Kundgebung, von der uns die Confederation de travail sagte, daß aus Spanien, England, Holland, Belgien Zustimmungen eingegangen waren, fehlen, weil die betreffende Organisation nicht auch die Partei in Frankreich einludete? Wir haben uns gesagt, das würde nach außen hin einen außerordentlich unangenehmen Eindruck machen, wenn wir an dieser Frage die Beteiligung scheitern ließen. Wir haben uns ausdrücklich vergewissert, daß die französische Partei nichts dagegen einzuwenden hat, wenn wir teilnehmen. (Hört! hört!) Wir haben in Paris noch einmal mit Ledebour und den Parteivorstandsmitgliedern gesprochen und darauf hingewirkt, daß die französische Partei doch noch eingeladen werde. Nach eingehenden Verhandlungen haben wir das auch erreicht und sie war auch an der großen Kundgebung in Paris vertreten. (Hört! hört!) Es hat uns sehr angenehm berührt, daß wir hier von einer Seite, von der wir es gar nicht erwartet haben, von Genossin Luxemburg (Weiterkeit), großes Lob für unsere Aktion geerntet haben. Andererseits hat uns Ledebour den Vorwurf des Synkretismus und der nicht ordnungsmäßigen Erledigung dieser Angelegenheit gemacht. Heute erklärte Zens, von der alten Taktik müsse man sich abwenden, nun komme eine neue Praxis. (Große Weiterkeit.) Bebel: Wer alter ist als 60 Jahre, muß aus der Partei heraus! — Erneute stürmische Weiterkeit.) Ich weiß nicht, ob die neue Praxis die rechte ist. Ich bin sicher, daß der Parteivorstand durchaus nicht einen Standpunkt eingenommen hat, der den Genossen Zens berechtigt, zu sagen, der Parteivorstand möge seine imperialistische Politik begründen. Es wäre der schwerste Vorwurf, den man dem Parteivorstand

Quard-Frankfurt a. M.:

Es wurde hier eine Nummer der „Erfurter Tribüne“ verteilt, in der ein Artikel über die Eröffnung des Parteitages in Jena steht. Darin ist gesagt: ...

Vorsitzender Diez (unterbrechend): Das hat mit unserer Tagesordnung nichts zu tun, ich bitte darauf nicht einzugehen. (Es handelt sich um einen Angriff gegen den Vorsitzenden Diez. Anerkennung der Redaktion.)

Dr. Quard: Ich wurde gebeten, das hier zur Sprache zu bringen. Man sagte mir, Sie hätten Ihre Zustimmung dazu gegeben.

Vorsitzender Diez: Das ist falsch. Ich habe ausdrücklich erklärt, ich könne meine Zustimmung dazu nicht geben.

Dr. Quard: Gegenüber der Kritik der Genossin Luxemburg muß ich sagen, wir wünschen solche Mittel der Kritik nicht. Es sieht doch verdammt nach der bürgerlichen und politischen Methode aus, wenn Vertrauensbriefe eines Genossen gegen ihn ausgeschleudert werden. Gewiß, selbst Homer schläft einmal. Der Parteivorstand mag bei der Marokkofrage nicht schnell genug gehandelt haben. Aber jetzt ist schon eingetroffen, was Molkenbühr vorausgesagt hat, daß die Artikelblätter verlesen, die Marokkofrage unter Zurückdrängung aller anderen Fragen auszuwerten. Ich vermute auch praktische Vorschläge zur Erhöhung der Aktivität des Parteivorstandes. Denn die Vermehrung von Beamtenstellen bietet doch keine Garantie dafür,

daß der Parteivorstand vor eventuellen Unterlassungsfällen, die bei seiner Niesenarbeit vorkommen können, gesichert wird. Wir müssen wieder, wie in den Zeiten, wo Bebel, Liebknecht, Singer und die anderen zugleich die politischen Führer und die politischen Verantwortlichen waren, statt eines Beamtenministeriums eine Vereinigung der politischen Verantwortlichen finden. Das ist das Problem und ich würde es begrüßen, wenn Bebel, wenn Molkenbühr, der heute seinen 60. Geburtstag feiert, in die von Süßheim geplante Kommission hineingehen und helfen würden. Die Befragung des Parteivorstandes mit Parteisekretären genügt uns nicht. Es handelt sich hier gar nicht um den Gegensatz von Revisionisten und Radikalen. Die im Lande am besten gekämpft haben, gehören als Leiter an die Spitze. Die Form zu finden ist schwierig, aber die Partei hat schon schwerere Aufgaben gelöst. (Beifall.)

Regien-Berlin:

Die Handlungsweise der Genossin Luxemburg, einen Brief zu veröffentlichen, von dem sie nur als Mitglied des Internationalen Bureaus Kenntnis hatte, müssen wir aufs schärfste verurteilen. Ein solches Vorgehen muß die Aktionsfähigkeit der Partei lähmen. (Sehr wahr!) Gegenüber Dittmann befreite ich entschieden, daß der Vorstand sich in Abhängigkeit von der Generalkommission befindet. Beide Körperschaften arbeiten durchaus loyal zusammen. Was das geheime Zirkular anlangt, so hat es uns völlig ferngelegen, die Parteipresse irgendwie zu zensurieren. In der Sache der Buchdrucker Stellung zu nehmen, hat selbst der Generalkommissionäre abgelehnt. Es handelt sich hier eben um eine Angelegenheit, die für die Aktionen des Buchdruckerverbandes von entscheidender Bedeutung ist. Hinter der Gewerkschaftskonferenz stehen die Mitglieder des Buchdruckerverbandes. Nur die Leute, die speziell an der Sache interessiert waren, haben gegen den Beschluß der Konferenz Stellung genommen. Wenn man diese Situation nicht kennt, soll man die Finger davon lassen. Und wenn man doch darüber schreibt, so muß man es sich gefallen lassen, daß von der anderen Seite ebenso erwidert wird. (Dittmann-Solingen: Gegen den Verband hat niemand etwas gesagt.) Aber die Gewerkschaftskonferenz war die erste Instanz im Verbande, die zu sprechen hatte. Oder ist die Gewerkschaftskonferenz für Sie nicht eine Institution des Verbandes? (Dittmann: Aber nicht der Verband!) Ja, wenn solche Ansichten geäußert werden, ist es kein Wunder, daß es zu derartigen Differenzen kommt. Wenn wir derartige Redakteure in den Parteizeitungen haben, die diese einfachen Dinge nicht kennen und solchen Unsinns sprechen, müssen wir uns wehren. Die Angriffe gegen den Parteivorstand wegen dieses sogenannten geheimen Zirkulars waren ganz unangebracht, machen kann. Ich möchte doch bitten, in dieser Diskussion nicht solche Uebertreibungen und Verzerrungen hineinzutragen. (Lebhafte Beifall.) Aber es gibt eben Parteiblätter, die seit Jahr und Tag in gefäßiger und kurzschichtiger Weise die eigene Partei und unsere Taktik herunterziehen. (Sehr richtig!) Das verbittert den schweren Kampf, den wir durchzuführen haben, und ich glaube, es liegt im Interesse der Partei, daß hier einmal mehr Rücksicht geübt wird. (Lebhafte Beifall.) Ich hätte noch mehr über Geheimnisse gesprochen, ich will aber keinen Anlauf zu einer langen Rede nehmen. Ueber diese Dinge wird nachher mein Kollege Ledebour (stürmische Weiterkeit), Regien sprechen.

Süßheim-Nürnberg:

begründet einen Antrag, wonach der Parteivorstand im Anschluß an das Pressebureau eine Instanz schaffen soll, die eine bessere, billigere und schnellere Herausgabe von Agitations- und Aufklärungsschriften und Broschüren ermöglicht und befürwortet weiter die Anträge auf Erweiterung des Parteivorstandes.

Walter-Nürnberg:

Die Schaffung einer ganzen Anzahl neuer Parteisekretäre, die vom Parteivorstand nicht für notwendig gehalten werden, halte ich für falsch. Gegen die Methode, daß mitten in der Aktion Kritik an Maßnahmen des Parteivorstandes geübt wird, muß ich als Praktiker in Organisationsfragen Protest einlegen.

Wels-Berlin:

Die Ausführungen Regiens, die auf das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft hinausgehen, finden wohl den ungeteilten Beifall der ganzen Partei. Wenn ein Zusammenarbeiten, wie es hier als zwischen Parteivorstand und Generalkommission bestehend geschildert wird, überall eintreten würde, so würde eine ganze Reihe von schiefen und falschen Auffassungen und Zweifeltigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Nur dadurch kann man aber auch in Gewerkschaftskreisen zu einer objektiven Kritik der Parteipresse kommen. Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ hat uns ja längst zu sehr an seine Angriffe gewöhnt, so daß sie kaum noch wirken. Der „Vorwärts“ hat sich bei dem scharfen Konflikt zurückhalten zu können. Er fand damit den ungeteilten Beifall des größten Teiles der Gewerkschaftsführer. Er prüfte erst objektiv, mußte aber als Berliner Organ Stellung nehmen und tat dies gerecht und unter Berücksichtigung all der großen Schwierigkeiten, die in dieser Frage namentlich der Buchdruckerorganisation erwachsen sind. (Beifall.) Trotzdem ist auch der „Vorwärts“ mit anderen Blättern in einen Topf geworfen worden. Eine die Organisation schädigende Kritik hat man aber gewiß nicht im „Vorwärts“ gefunden. (Beifall.)

Dem Antrag 12 Berlin bitte ich Ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen. Er zielt auf eine Landagitation, die sich die verwandtschaftlichen Beziehungen zunutze machen will. Der Antrag kann wohl in die Tat umgesetzt werden. Da er aber zu einer Verhandlung auf dem Parteitag kaum geeignet ist, möchte ich vorschlagen, ihn dem Vorstand zur Prüfung und Beratung mit den Landessekretären zu empfehlen.

Der Parteivorstand will die Kritik nicht unterbinden. Er ist nur bestrebt, den Kräfte in der Partei, der immer wieder angefangen wird, vielleicht aus Originalitätssucht, vielleicht aus anderen Gründen, zu verhindern. Dafür verdient der Vorstand nicht Tadel, sondern Unterstützung und Anerkennung des ganzen Parteitages. (Lebhafte Beifall.) Wenn wir uns die politische Situation betrachten und die Kritik, die von Ledebour, Luxemburg und Zetkin an dem Vorstand geübt worden ist, dann müssen wir sagen, daß diese Kritik ganz falsch ist und ganz gegen die Grundsätze aller Kritik verstoßt. Es sind heute vier Wochen verfloßen seit den Vorwürfen der Genossin Luxemburg, und es zeigt sich heute bereits, daß der Vorstand alle diese Dinge damals richtig vorausgesehen hat. Nach der Art und Weise, in der immer von der bestimmten Seite Kritik geübt wird, nach alledem, was geschieht, macht diese Kritik auf mich absolut keinen Eindruck mehr. Ob Genossin Luxemburg oder Genosse Ledebour mit etwas einverstanden ist oder nicht, das ist mir schon längst egal. Wie war es denn mit der Tätigkeit des Parteivorstandes in der Marokkofrage? Wir hätten doch in Berlin in erster Linie Gelegenheit gehabt, von Ledebour geschoben zu werden. (Weiterkeit.) Wir haben aber nichts davon gemerkt. (Erneute Weiterkeit.) Als wir uns an Ledebour mit der Aufforderung wandten, er solle auf der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin das Referat übernehmen, da erhielten wir folgende schriftliche An-

wort: „Kann das Referat nur unter der Bedingung übernehmen, daß ich an den Maßnahmen des Vorstandes Kritik üben kann. (Lachen.) Da Sie aber das voraussichtlich nicht wollen, schlage ich den Genossen Dümmig vor.“ (Aha! und Bewegung.)

Als Ledebour heute hier Ihnen klar machen wollte, daß durch das Verfehlen des Parteivorstandes das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie vor dem Auslande empfindlich geschädigt sei, da vergegenwärtigte ich mir, daß das nun der Mann ist, der nur dann über Marokko sprechen wollte, wenn er den Parteivorstand herunterziehen kann. (Große Heiterkeit und Hört! hört!) Die ganze Art der Kritik, wie sie da geübt wird, führt naturgemäß dazu, daß man ihr in der Partei immer weniger Gewicht beilegt. Ich lese z. B. in der „Leipziger Volkszeitung“, wie man Leute, denen die wissenschaftliche Führung der proletarischen Massen in der ganzen Welt zu verbanlen ist, die die Vorläufer des Marxismus sind, erbarmungslos zum alten Eisen geworfen hat. (Hört! hört!) Das wird uns auflären, daß jetzt von der Verleumdung zum Angriff übergegangen wird. Man spricht von Literatenkräften. Wer nicht derselben Meinung ist, wie Genosse Zens, wird deswegen kritisiert und ich muß sagen, der Genosse Zens hat berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Molkenbühr

(als er die Tribüne betritt, mit brausem Beifall und Gändestatschen begrüßt): Ich danke für die freundliche Begrüßung, aber sie geschieht aus einem traurigen Grunde, aus dem, daß ich jetzt ein Schok Jahre meines Lebens vollende, wovon ich allerdings zwei Drittel in der Partei verlebt habe. (Große Beifall.) Aber zur Sache. Daß der Parteivorstand auf diesem Parteitage streng kritisiert werden würde, war vorauszusehen. Nicht, daß wir uns einer Schuld bewußt waren, sondern weil das Weiterleuchten vorausging. Wir konnten es der „Leipziger Volkszeitung“ gar nicht recht machen. Es sollte immer anders sein. Da bekam die Genossin Luxemburg meinen Brief in die Hand. Das gab wieder neue Angriffe. Angeblich tat der Parteivorstand nichts. Wir geben das Flugblatt heraus, und als es herauskam, da hatten wir wieder etwas verkehrt getan. (Große Heiterkeit.) Es war immer verkehrt, immer nicht das, was Genossin Luxemburg gewünscht hatte. Es ist das Recht jedes Genossen, Kritik zu üben, und ich bin der Letzte, der dies nehmen wollte. Dann muß man sich aber auch Kritik gefallen lassen. Jedenfalls halte ich es für bedenklich, Briefe auszugeben, statt der ganzen Meinung eines Menschen über irgendeine Frage. Jeder Brief wird nur geschrieben im Hinblick auf den Empfänger. Alles, wovon man weiß, daß man mit dem Empfänger übereinstimmt oder was bekannte Tatsachen sind, überlegt man. Wenn man nun sieht, wie die Briefe gebraucht werden, so muß man von vornherein zu einem schiefen Urteil kommen. Genossin Luxemburg konnte nun den Brief noch nicht so gebrauchen. Ich will höflich sein, Zens nennt es, sie mußte ihn „korrigieren“. (Hört! hört!) Und zwar nicht so, daß die beiden Sätze, die Bebel vorgetragen hat, zum Ausdruck kommen konnten, sondern es mußte auch nun ein Bestandteil von nicht untergeordneter Bedeutung beigefügt werden, nämlich das Datum. (Hört! hört!)

Der Brief wurde nämlich geschrieben am 8. Juli. Da möchte ich nun einmal den Artikel sehen, den Genossin Luxemburg oder Genosse Ledebour vor dem 8. Juli geschrieben haben. Vor dem 8. Juli war die Marokkofrage eine ganz andere als 14 Tage später. Das geht ja auch aus dem Briefe Husmanns hervor. England war damals noch nicht beteiligt und erst durch seine Beteiligung wurde ja die Marokkofrage zu einer akuten Kriegsgefahr. (Sehr richtig!) Damals aber erschien es, als ob der Konflikt zwischen Spanien und Frankreich kommen sollte und deshalb demonstrierten die französischen und spanischen Arbeiter. Wenn auch der „Vorwärts“ schon 6 Tage im Hafen von Agadir lag, so war doch der Zweck seiner Einfindung nicht offiziell bekannt gegeben. Wir konnten annehmen, daß nicht allein der Schatz deutscher Bürger, sondern vor allem der Wunsch der Kapitalisten, die Raubzüge ausführen wollten, dahinter standen. Aber das waren nur Vermutungen und darauf konnten wir keine Aktion aufbauen. Eine Aenderung trat am 21. Juli ein, als Lloyd George seine bekannte Rede hielt. Das war für die Genossin Luxemburg das gesunde Pressen. (Weiterkeit.) Und sie veröffentlichte den Brief erst drei Tage nach dem 21. Juli, als die Situation eine ganz andere war. (Aha!) Das Datum hat man ja mitzuteilen vergessen. (Hört! hört!) Es war natürlich nicht beabsichtigt, derartige Kleinigkeiten wegzulassen. Gerade aber dadurch konnte der Brief das Aufsehen hervorrufen. Hätte man nicht geistlich das Datum weggelassen und „geistlich korrigiert“, dann wäre die Sache vielleicht doch auf der einen oder anderen Seite anders aufgefaßt worden. (Sehr richtig!) Genossin Luxemburg sagt, der Brief konnte nicht vertraulich sein, denn Molkenbühr schreibt selbst, daß er den Inhalt auch in einer Versammlung ausgesprochen habe. Das habe ich auch, aber es ist nur ein Teil von jenem, was ich in der Versammlung gesagt habe. (Hört! hört!) Wenn wir, das bleibt meine Meinung, unseren Gegnern eine Niederlage bereiten wollen, so wird es immer wieder darauf ankommen, die Sünden der inneren Politik in den Vordergrund zu schieben (Sehr richtig!) und mit unseren Grundsätzen zu agitieren. (Sehr richtig!) Wir haben im September 1910 an der Friedensdemonstration in London teilgenommen. Die Depeche wegen der Demonstration vom 12. Juli in Paris erhielten wir erst 8 Tage zuvor. (Zuruf: Da war noch Zeit genug!) Die Frage war aber noch nicht so akut, weil ja die Einmischung Englands erst am 21. Jul erfolgte, die Anwesenheit der Franzosen in Berlin Ende Juli wurde zu einer Demonstration ausgenutzt, und wir nahmen, als die Gefahr brennend war, in Paris an der Demonstration teil, indem wir die sonst genommene Rücksicht angesichts der Notwendigkeit zu demonstrieren beiseite ließen. Wir haben ja angeblich nichts verstanden, aber darüber kann man verschiedener Meinung sein. Briefe gehören aber so ohne weiteres nicht in die Öffentlichkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Durch die Veröffentlichung von Briefen können die schlimmsten Folgen entstehen. (Sehr wahr!) Das Verlangen der Genossin Luxemburg, daß der Parteivorstand selbst seine Briefe an die Öffentlichkeit bringen muß, muß bekämpft werden, hierdurch würde unsere ganze Tätigkeit lahmgelegt. (Sehr wahr!) Allerdings Leute, die nur recht viel Kräfte machen wollen, würden in solchen Briefen immer einen gefundenen Trost finden. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Stubbe-Hamburg:

In der Marokkofrage hätte der Parteivorstand früher aufstehen müssen. Die Vermehrung der Vorstandskräfte ist notwendig, nicht aber durch bestimmte Kräfte, sondern durch ganz vertrauenswürdige, bewährte Parteigenossen, die im Hauptamt tätig sind. Der neue Vorstand kann nicht mehr im Ehrenamt tätig sein, sondern muß als besoldeter Beamter die Fäden der gesamten Partei in Händen haben. Der Vorstand sollte auch mehr und mehr mit Bezirkssekretären in Fühlung treten. Im vorigen Jahre wehrte sich der Vorstand mit Händen und Füßen gegen eine Vermehrung der Vorstandsmitglieder. (Widerspruch.) Ja, mit Händen und Füßen. Heute willigt der Vorstand erfreulicherweise in die Vermehrung. Es wäre gut, wenn die Frage der Wahl eines besoldeten, ständig tätigen Vorstandes eine glückliche Lösung finden

würde. Unser Parteibureau muß in jeder Beziehung aktionsfähig werden.

Dismann-Ganau:

Die Partei zeigt eine erfreuliche Entwicklung. In der Marokkofrage hätte von der Zentrale früher eingegriffen werden müssen. Denn eine große Aktion muß einheitlich erfolgen. Wir müssen verlangen, daß die Zentrale rechtzeitig zu solchen Aktionen aufruft. Der Kriegsdummel ist nicht bloß bei den Alldeutschen losgegangen, sondern ist weit in die liberalen Kreise gegangen. Da entsteht doch die Frage, was tun wir? Und da mühten wir zu einer Gegenaktion vorgehen. (Sehr richtig!) In den letzten Jahren hat keine Frage die Massen mehr aufgepeitscht als die Marokkofrage. Dagegen tritt selbst die Reichsfinanzreform zurück. Das geheime Zirkular hieb tief auf die Parteipresse. Genosse Müller hat heute auch einen Teil der gewerkschaftlichen Presse getadelt. Hätte man das in dem geheimen Zirkular getan, so hätte man dort die heute geübte Parität auch gelebt, wären alle Aufregungen vermieden worden. Die Gewerkschaftspresse darf der Partei in den bevorstehenden Wahlkämpfen auch keine Schwierigkeiten bereiten. Partei und Gewerkschaft müssen aufeinander Rücksicht nehmen. Die Verhältnisse bedingen ein gemeinsames Vorgehen bei den Bewegungen und Organisationen.

Vorsitzender Dieß schlägt vor, die Debatte jetzt abzubrechen und zu vertagen.

Die Beschlusfassung über folgenden Antrag Bremen: Der sozialdemokratische Verein Bremen be dauert, daß der Parteivorstand es nicht für möglich gehalten hat, in eine allgemeine Agitation gegen den Marokkorummel einzutreten. Die Versammlung ersucht den Parteitag dafür Sorge zu tragen, daß der Parteivorstand in Zukunft solche wichtige, die ganze zivilisierte Welt in Aufregung bringende Frage nicht so gleichgültig behandelt, ist eine namentliche

Vorsitzender Dieß teilt mit, daß Mollenbuhr heute seinen 60. Geburtstag feiert und gratuliert ihm namens des Parteitages. (Lebhafter Beifall.)

Mollenbuhr dankt für die Glückwünsche. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Die Weiterverhandlungen werden auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Schluss 7 Uhr abends.

Die Resolution zur Marokkoangelegenheit.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, herbeizurufen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde.

Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen, unter der verlogenen Vorgabe, daß die Ehre und die Interessen der Nation dieses erfordern, weist der Parteitag als bewusste Fälschung der Tatsachen und schamlose Heuchelei zurück.

Die einzigen, die läsen und drüben an dieser Verbeugung verdächtig Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialaspiranten die Choubinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Advancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden.

Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hehereien der intereffizierten Kreise ist es zu danken, daß Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe veretzt wurden. Diese Heutemacher versuchten dabei die Reichsregierung in die Rolle des gesägigen Handlangers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere; ein Zustand, der zeigt, daß die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausübung für die Interessen der bestehenden Klassen sind.

Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volkvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machinationen entgegenzutreten. Parteivorstand.

Die Resolution über die Reichstagswahl.

Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, umherzögeln die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitiation gründlich ausnützen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben.

Insbesondere muß die Wahlagitiation auch für Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtag in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden.

Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:

- 1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
- 2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
- 3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
- 4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegericht;
- 5. gegen jede Erhöhung der Höhe auf die Verbrauchsartikeln der großen Masse;
- 6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikeln der großen Masse eingutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Jeugen oder schriftlich abzugeben.

Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Radikalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmeneinstellung zu proklamieren.

Parteivorstand.

An unsere Leser!

Durch die Uebersülle des Stoffes sind wir gezwungen, den Redaktionsklus hinauszuschieben. Wir bitten daher, eine event. spätere Zustellung entschuldigen zu wollen.

Aus Industrie und Handel.

Erntehoffnungen.

In die Sorgen um die Entwicklung der deutschen Effektenmärkte und um die Versorgung Deutschlands mit Futtermitteln und Vieh fällt ein freundlicher Lichtblick durch die Veröffentlichung des Preussischen Statistischen Landesamtes über die diesjährige Ernte. Bekanntlich hatten sich die Befürchtungen, die hinsichtlich der Kartoffeln, Rüben und Futtermittelernis gehegt waren, auch auf die Getreidernte ausgedehnt. Doch hat die Trockenheit dem Ertrag der Getreideselber nicht viel schaden können, im Gegenteil, die Einbringung des Erntegutes außerordentlich begünstigt. Die jetzige amtliche Schätzung, die zweite, die das Preussische Statistische Landesamt vorgenommen hat, bestätigt dies. Für Winterweizen wird ein Ertrag von 2,18 Millionen Tonnen erwartet gegenüber einer ersten Schätzung von 2,09 Millionen Tonnen und einem tatsächlichen Ertrage des Vorjahres von 2,18 Millionen Tonnen. Die jetzige Schätzung geht damit wesentlich über die erste hinaus und bleibt nur wenig hinter dem vorjährigen tatsächlichen Ertrage zurück. Wenn die zweite Schätzung auch noch keine tatsächlichen Ergebnisse bringt, so kommt sie doch der Wirklichkeit bedeutend näher als die erste Schätzung, da sie die neuesten Berichte zur Unterlage hat. Der Anbau Deutschlands an Winterweizen fördert die Haupternte in Weizen überhaupt. Sommerweizen wird nur in ganz geringem Umfange angebaut. Die Schätzung der Ernte beläuft sich jetzt auf 262 000 Tonnen gegen eine erste Schätzung von 255 000 Tonnen und einem vorjährigen Ertrage von 261 000 Tonnen. Die Gesamternte Deutschlands an Weizen ist danach mit 2,48 Millionen Tonnen anzunehmen, während vor 4 Wochen nur auf einen Ertrag von 2,35 Millionen Tonnen gerechnet wurde. Das Jahr 1910 hatte eine tatsächliche Weizenernte von 2,48 Millionen Tonnen geliefert. Die diesjährige Schätzung bleibt demnach nur um etwa 50 000 Tonnen hinter dem vorjährigen Ergebnis zurück. Weit bedeutender als die Weizenernte ist für die Versorgung Deutschlands der Ertrag der Roggenernie. Die Roggenernie ist ungefähr viermal so groß als die Weizenernte. Ihre diesjährigen Aussichten sind nun wesentlich gestiegen. Diese Steigerung des Ergebnisses, die wahrscheinlich auch gegenüber dem Vorjahre eintritt, steht in einem starken Widerspruch mit der Preisbewegung, die sich in den letzten Wochen am Berliner Getreidemarkte für Roggen bemerkbar gemacht hat. Bekanntlich sind die Roggenpreise außerordentlich in die Höhe gegangen und haben für Realisierungen sogar den Stand von 200 Mark überschritten. Das Preussische Landesamt schätzt nun die Ernte in Winterroggen für dieses Jahr auf 8,39 Millionen Tonnen gegenüber einer Schätzung von 8,12 Millionen Tonnen vor 4 Wochen und einer vorjährigen tatsächlichen Roggenernie von 7,97 Millionen Tonnen. Der Anbau von Sommerroggen ist nur ganz unbedeutend. Er verspricht einen Ertrag von 63 000 Tonnen zu liefern gegenüber einer ersten Schätzung von 62 000 Tonnen und einem vorjährigen Ergebnis von 67 000 Tonnen. Die Gesamternte von 1911 ist danach mit 8,45 Millionen Tonnen zu veranschlagen. Vor 4 Wochen war nur mit einem Ertrage von 8,18 Millionen Tonnen gerechnet worden. Die vorjährige Ernte hatte aber nur 8,04 Millionen Tonnen geliefert. In diesem Jahre kann also mit einer Mehrernte von fast einer halben Million Tonnen gerechnet werden, gewiß kein Grund übertriebener Befürchtungen über die Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide zu hegen. Nicht so günstig sieht es mit dem Anbau der übrigen Getreidearten, mit Gerste und Hafer aus. Das Ertragnis der Gerstenernte wird mit 1,56 Millionen Tonnen angenommen gegenüber einer Schätzung von 1,56 Millionen Tonnen vor 4 Wochen und einer vorjährigen Ernte von 1,69 Millionen Tonnen.

Die Haferernte ist fast das einzige Gebiet des Getreideanbaues, das zu einigen Besorgnissen Veranlassung gibt. Zwar nicht unmittelbar; denn das Preussische Landesamt schätzt gegenwärtig den Ertrag der Haferernte auf 5,05 Millionen Tonnen. Das ist eine Zunahme gegenüber der Augustschätzung um 0,15 Millionen Tonnen, da für August nur eine Schätzung von 4,90 Millionen Tonnen veröffentlicht worden war. Freilich enthält auch die neue erhöhte Schätzung noch eine Minderernte gegenüber dem Vorjahre von ungefähr einer Viertel Million Tonnen. Denn im Jahre 1910 wurden 5,29 Millionen Tonnen Hafer in Deutschland geerntet. Dieses diesjährige Minderergebnis ist insofern etwas bedenklich, als auch die anderen Futtermittel bekanntlich eine bedeutende Minderernte befürchten lassen. Eine Teuerung für Futtergetreide wird daher nicht zu vermeiden sein. Sehr schlechte Aussichten bietet auch nach der neuen Schätzung des Statistischen Landesamtes die Kartoffelernte. Sie läßt nur einen Ertrag von 22,57 Millionen Tonnen erwarten gegenüber einer vorjährigen Ernte von 22,73 Millionen Tonnen. Doch ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Schätzungen der Kartoffelernte nicht den gleichen Anspruch auf Genauigkeit machen können, wie die Schätzungen der Getreidernte. Denn während das Getreide zum allergrößten Teile bereits abgeerntet ist, stehen die meisten Kartoffeln noch in der Erde. Das Ergebnis kann daher günstiger sein, als die amtliche Schätzung erwarten läßt. Es kann aber auch noch schlechter ausfallen, da die Kartoffelernte in den leichteren Böden vollständig vernichtet ist und nicht einmal die Ausfaat wieder einbringt. Trotzdem bietet das diesjährige Erntergebnis im allgemeinen keinen Grund für so schlimme Befürchtungen, wie sie in der letzten Zeit an den Getreidemarkten gehegt wurden.

Steigender Gewinn.

Duisburg, 11. September. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates der Rheinischen Stahlwerke wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1910/11 vorgelegt, der einen Nettogewinn von 6 574 975,10 M. (im Vorjahre 5 877 569,27 M.) aufweist. Der Aufsichtsrat setzte die Abschreibungen auf die Anlagevermögen auf 2 761 638,26 M. (im Vorjahre 2 722 066,96 M.) und die Ueberschüsse an das Hochofenerneuerungs- und Defizitkonto auf 188 017,11 M. (im Vorjahre 300 000 M.) fest und beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, den verbleibenden Reingewinn von 3 620 319,82 M. (im Vorjahre 2 854 602,31 M.) wie folgt zu verwenden: 8 Proz. (im Vorjahre 7 Proz.) Dividende auf 40 000 000 M. (25 000 000 M. im Vorjahre) Aktienkapital gleich 8 200 000 M. (im Vorjahre 2 450 000 M.). Falschsteuer und Reservefonds 60 000 M. (im Vorjahre auch 60 000 M.). Tankieme für den Aufsichtsrat 88 594,51 M. (im Vorjahre 66 172,65 M.) und Vortrag auf neue Rechnung 283 725,31 M. (im Vorjahre 238 429,00 M.). Die Generalversammlung soll am 28. Oktober stattfinden.

Soziales.

Arbeiterinnen in der hachener Zigarrenindustrie.

Wo immer die Skizzen herrschen, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der unteren Volksschichten am allerwenigsten rosig. So wird auch in hachen, einer Hochburg des Zentrums, die Ausbeutung von Frauen- und Kinderarbeit en masse betrieben. Die frommen katholischen Zigarrenfabrikanten beschäftigen ausschließ-

lich weibliche Arbeitskräfte, die ihnen nicht nur äußerst billige, sondern vor allem besonders willige Arbeitskräfte sind. Die Zahl der in der hachener Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen beträgt 2000. Ein Berufsorgan schreibt: „hachen ist eine Großstadt, aber auch eine sehr teure Stadt. Trotzdem werden in der Zigarrenindustrie solche Jammerlöhne gezahlt, daß daneben die bekannten niedrigen Löhne fast als glänzend erscheinen, die die Zigarrenarbeiterinnen in den entlegenen Dörfern Süddeutschlands erhält, wo bekanntlich der Lebensunterhalt nicht so teuer ist. Was in hachen den armen Arbeiterinnen geboten wird, spottet jeder Kritik.“

Aus den Angaben über die Lohnverhältnisse entnehmen wir folgende Tatsachen. Es herrscht dort die für die Arbeiter ungünstigste Rahmenberechnung mit 205 bis 200 Stüd. Nach dieser Berechnung müssen die Zigarrentollerinnen 25 bis 40 Stüd pro 1000 Zigarren mehr liefern. Damit für diese sogenannten „Leberzigarren“ die Widel nicht fehlen, wird den Widelmachern ein dementsprechend Schuß abgezogen. Für diese ungerechte Praxis können die Fabrikanten auch nicht einen einzigen sichhaltigen Grund angeben. Denn Leberzigarren werden sonst nur geliefert — und zwar 10 pro 1000 Stüd —, wo den Arbeitern 25 bis 35 Stüd Zigarren bezahlt werden. Dies ist bei den hachener Zigarrenarbeiterinnen nicht der Fall. Durch die Einrichtung schlagen die Fabrikanten nicht allein die Bezahlung der Meister heraus, sondern auch noch teilweise den Pflichten zur Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung. Die Arbeiterinnen werden aber auch durch sie um so härter getroffen, als ihre Entlohnung ohnehin miserabel ist. Für den Rahmen Zigarren werden 64 Pf. bis 1,25 M. gezahlt, hin und wieder wohl auch 1,50 bis 1,60 M., der letztere Satz jedoch nur für denartig schwierige Passons, daß die Arbeiterinnen nicht viel davon fertigstellen können. Für 1000 Formen Widel, das sind 2000 Stüd, werden 3,25 bis 4,50 M. bezahlt. Außerdem gibt man den Arbeiterinnen noch schlecht zu verarbeitenden Tabak, meist Stüdblatt, so daß sie bei angestrengter Arbeit Hungerlöhne von höchstens 7 bis 12 M. pro Woche erreichen können. Der Verdienst der Zigarrenfortierinnen ist ungefähr gleich hoch. Auf der niedersten Stufe stehen jedoch die Löhne der Hissarbeiterinnen. Der schlechten Entlohnung entspricht in einigen Fabriken die menschenunwürdige Behandlung der Arbeiterinnen durch einzelne Meister, Meisterinnen, Chefs usw. Aus einer Fabrik wird von einer Meisterin berichtet, die sich von den armen Arbeiterinnen Geschenke aller Art machen ließ, sogar die Kommunikation für ihr Kind ließ sie sich schenken. Die Geberinnen erhielten dafür Vergünstigungen bei der Arbeit, während die Nichtgeberinnen schikaniert wurden.

Diese durch die Kirche zur Anechtlichkeit erzogenen Proletarierinnen, die jeglicher Aufklärung ermangeln, wissen sich also aus ihrem Elend nicht anders zu helfen, als durch Versteckung ihrer Meisterin.

Die armen Arbeiterinnen sind so jämmerlich schlecht gestellt und so zur Anechtlichkeit erzogen, daß ihnen die Erkenntnis ihres Rechtes auf angemessene Bezahlung und die Notwendigkeit, sich zu organisieren, schwer fällt.

Noch trostloser sind die Zustände bei den Heimarbeiterinnen. Sie erhalten meist die schlechtest bezahlte Beschäftigung mit nach Hause. Dabei müssen sie noch Raum, Licht und Heizung einrechnen. Von den Wohnungsverhältnissen wird berichtet, daß sie in hachen unerschwinglich hoch seien. So bietet bei den Zigarrenheimarbeiterinnen ein einziger Raum zugleich Wohn-, Sch-, Schlaf- und Arbeitsraum. Natürlich müssen hier die Kinder der Mutter helfen, die bis spät nachts, neben der Hausarbeit und Kleinkindererziehung, bei ihrer Arbeit sitzt. Dabei klagen sie über das schlechte Material, bei dem man so wenig verdienen kann. Die schon ohnehin gesundheitschädigende Arbeit in der Zigarrenindustrie, bei welcher circa 60 Proz. der Arbeiter der Tuberkulose verfallen, hat bei diesen Zuständen der Heimarbeit frühes Stiehung von Mutter und Kind zur Folge.

Einen Ausweg aus ihrer traurigen Lage denken auch die ärmsten Heimarbeiterinnen hier nicht zu finden. Sie hören wohl die Volkssch — wenn alle einig wären, ... allein es fehlt ihnen der Glaube, daß es in — hachen je besser werden würde. Die fromm eingeschüchertem Gemüter dürfen ja von den frommen Herrschern, die solche Ausbeutung mit ihrer Religion verdammen können, nichts fordern. Und die vom Zentrum und Unerschmerzt abhängigen christlichen Gewerkschaften denken gar nicht daran, hier Besserungen zu erstreben. Sie haben wichtigeres zu tun, durch niederträchtige Lügen und Verleumdungen suchen sie die freien Gewerkschaften in ihrer Entwicklung zu hemmen.

Wegen die Proletarierinnen dahin wirken, allen die Erkenntnis nahezubringen, daß ohne die Aufklärung der Frauen der Kapitalismus nicht bekämpft werden kann, und daß ihre Interessen nur in den freien Gewerkschaften wirksam vertreten werden.

Die österreichische Gewerbeinspektion.

deren Bericht für 1910 soeben erschienen ist, umfaßt 170 Beamte: 1 Zentralinspektor, 14 Oberinspektoren, 48 Gewerbeinspektoren, 52 Kommissare, 1 Sanitätskonsulenten, 2 Assistenten und 5 Assistentinnen, 3 Spezialinspektoren, 44 Rangbeamtete. Die von den Sozialdemokraten lange geforderte Vermehrung ist in bescheidenem Maße erfolgt, insbesondere durch Bestellung der Schreibhilfe die Bureauarbeit vermindert worden. Daher stieg die Zahl der Inspektionen um 7626 (25 Proz.). Doch wurden von fabrikmäßigen Betrieben (15 448) nur 10 411, von 128 950 kleineren un-fabrikmäßig betriebenen Betrieben gar nur 24 298 besucht; nur 1899 zwei-, 417 drei- und mehrmal, 292 nachts, 817 Sonntags. In mehreren Bezirken wurde nicht die Hälfte der Fabriken besucht. Alle Inspektionen haben bei Arbeitskonflikten, am meisten (31) die Reichsberger, vermittelt. Eine große Rolle spielt die Teilnahme an kommissio-nellen Verhandlungen; selten unter 100, in Wien 600. Daran schließen sich viele schriftliche Gutachten, bis zu 262 (Königsgrub). — Uebersaus gering, eine Folge der Anweisungen von oben, ist die Zahl der Anzeigen wegen Uebertretungen (973). Die Seltenheit der Inspektionen läßt wenig erbeden.

Aus der Frauenbewegung.

Sozialistische Kindererziehung.

In großer Zahl sind in Frankreich Kindergruppen gegründet worden. Im August fand im Seine-Departement eine Reihe internationaler Kinderfeste statt, die vom Verband der sozialistischen Genossenschaften unterstützt wurden und einen trefflichen Verlauf nahmen. Eine nähere Schilderung der Tätigkeit einer solchen Gruppe gibt Genosse Doudios in der „Humanité“. Er erzählt von der Erziehungsarbeit der Genossenschaftler von Belleville, des bekannten revolutionären Stabteils von Paris. Die Gruppe zählt 150 Kinder. Geleitet wird sie von einem Komitee von 5 Personen, dem eine Anzahl Genossinnen als Helferinnen zur Seite stehen. Sie haben eine ganze Anzahl Musikurte eingerichtet: Notenlesen, Singel- und Chorgerang, Mandoline, Violine und Vortrag lernen die Kinder. Daneben werden zweimal in der Woche kurze und anziehende Vorträge gehalten. Die Kinder selber bestellen ein Bureau und verlesen ein Protokoll, diskutieren auch die Vorträge. Ramentlich sucht man die Aufklärung der weiblichen Jugend zu fördern, um den Fernverhältnissen zwischen dem sozialistisch geschulten Manne und der rückständigen Frau, die so viele Ehen lösen, vorzubeugen. Ferner hat man eine kleine Genossenschaft zur Beschaffung von Schulutensilien eingerichtet, die unter beratender Mitwirkung Erwachsener von den Kindern selbst verwaltet wird und sie in trefflicher Weise auf ihre lästige genossenschaftliche Tätigkeit vorbereitet. Eine eigene Bibliothek wird bald hinzukommen. Den Höhepunkt und Abschluß des Jahres bilden die Kinderreisen. Vom 10. bis 15. September reisen die Kleinen nach Lille, Dünkirchen, Arras, Amiens usw. Die Magazine und die Schulfabrik der Genossenschaften werden besucht. Dabei wird ein Reisetagebuch geführt, das den belehrenden Zweck der Reise sichern soll. „Sicher können wir nicht das

Bestehende System der Schulergziehung umgestalten," sagt D. "Wir können nur auf eine Minderheit wirken. Aber auf diese setzen wir unsere Hoffnung. Sie werden alljährlich die Reihen kämpfender Genossen und Genossinnen vergrößern. Schon sind unsere Arbeiterorganisationen stärker und zielbewusster als früher. Sie werden es noch mehr sein, wenn erst einmal die 400 Genossenschaften, die unserem Verbande angehören, jedes Jahr so etwa zwanzig Mitglieder, jung, begeistert und schon unterrichtet, in die Genossenschaften, die Gewerkschafts- und Parteiorganisationen entsenden werden."

Versammlungen.

Die Jahreshauptmonture und Helfer hielten am Sonntag ihre Versammlung ab. 1910 wurde mit den meisten Firmen eine Vereinbarung bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffen. Von diesen Firmen haben so ziemlich alle die Abmachungen eingehalten. Dagegen bieten die außerhalb dieser Vereinbarungen stehenden Unternehmer durch ihre Maßnahmen reichlich Stoff zur Kritik. An erster Stelle steht hierbei die Firma Gebauer, deren Inhaber mit Vorliebe den Herrenmenschen herbeispricht. Auch die Firma Tennen wurde in der Versammlung einer kritischen Besprechung unterzogen, weil alle Vertrauensleute entlassen werden. Ferner reißt sich den genannten Betrieben die Firma Flohr an, wo ebenfalls Verhältnisse herrschen, die dringend einer Remedur bedürfen.

Raus führte u. a. in Bezug auf die Firma Schindler aus: Herr Schindler beruft sich gern auf sein soziales Empfinden, seine Maßnahmen als Unternehmer aber sprechen eine andere Sprache. Besonders warnte Raus, einen Schindlerschen Redner zu unterzeichnen, worin Schindler die ihm zukommenden Pflichten auf seine Konten abwägt, z. B. das selbständige Einstellen und Entlassen der Helfer durch die Kontenure, wodurch die Kollegen sich ihrer Rechte berauben. Er verwies dabei auf einen Artikel im "Vorwärts": "Vorhut vor Schiebern". Ein klassisches Beispiel für Unternehmerrücksichtlosigkeit bildet folgendes Vorkommnis. Ein Arbeiter von Gebauer mußte im Auftrag dieser Firma eine Arbeit bei der Großbäckerei Ullrich ausführen. Er wurde nun mitten darin entlassen, da die Firma Ullrich angeblich sich über ihn bei Gebauer telefonisch beschwert haben sollte. Der Arbeiter aber, in dem guten Bewußtsein seiner Pflichterfüllung, holte sich Auskunft bei Ullrich,

so man ihm erklärte, daß ein solches Gespräch gar nicht stattgefunden habe. Obendrein fandte Ullrich an Gebauer folgendes charakteristische Schreiben:

"Der Kontenur N. hat durchaus die Arbeiten zu unserer vollen Zufriedenheit ausgeführt, und wunder es uns, daß Sie denselben aus angefangener Arbeit wieder fortnehmen."

Es zeigte sich, daß der mitleidige Arbeiter N. eben auf irgendeine Weise entlassen werden sollte.

Bei Schindler ist eine eigenartige Woffahrtseinrichtung getroffen. Bis zum 15. Lebensjahre zahlt die Firma für jedes Kind ihrer Arbeiter pro Woche 50 Pf. Bei Geburt oder Verheiratung gibt es auch ein Geschenk, das aber nicht näher bezeichnet wird. Raus erklärte, daß diese Geschenke überflüssig seien. Wollen die Arbeiter versichert sein, dann wissen sie, wo die zuständige Organisation sich befindet.

Ferner wurde mitgeteilt: Wenn Herr Schindler erfährt, daß seine Leute eine Werkstätteneinrichtung abhalten wollen, dann beruft er sie vorher zusammen mit den Worten: "Na, was haben Sie denn für Wünsche; Sie wollen doch Betriebsverhältnisse besprechen?"

Im Schlußwort richtete der Vorsitzende die dringende Mahnung an die Anwesenden, die Organisation immer strenger auszubauen, damit die geschilderten Zustände ein Ende nehmen.

Der Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter hörte in einer Mitgliederversammlung, die am Sonntagvormittag im Gewerkschaftshaus stattfand, den Bericht vom diesjährigen Gewerkschaftskongress. Dem Referat Trögers über die Arbeiten des Kongresses folgte nur eine kurze Diskussion, in der debattiert wurde, daß nicht ein Mitglied aus der Nahrungs- und Genussmittelbranche in die Generalkommission gewählt worden sei.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, die Bierablosungsfrage, referierte Sodapp. Wie er in der letzten Versammlung schon berichtet hatte, waren Verhandlungen mit der Bergschloßbrauerei im Gange, um eine Ablosung des Freibieres durch einen zu zahlenden Preis herbeizuführen. Die Verhandlungen gewannen eine prinzipielle Bedeutung für alle Brauereiarbeiter von Berlin, da die Entscheidung der Bergschloßbrauerei abhängig ist von der Zustimmung des Bergins der Brauereien. Dieser hat seine Zustimmung zu einer Regelung gegeben, aber die Hauptfrage ist dahin zu erledigen, wie eine Vereinbarung in Bezug auf die Zahl der abzulösenden Liter Bier und den zu zahlenden Preis pro Liter getroffen werden kann. Die Bergschloßbrauerei hat nach manderlei Verhandlungen das Angebot gemacht, das Freibier abzulösen bis

zum Höchstmaß von vier Litern und zum Preise von 15 Pf. pro Liter. Die ganze Angelegenheit ist bereits Gegenstand eifriger Beratungen in Verwaltungs- und Vertrauensmännerkonferenzen des Verbandes gewesen, und Sodapp legte nun diese Sache der Mitgliederversammlung vor; er schilderte den Verlauf der bisherigen Verhandlungen und Beratungen und forderte die Meinung der Versammelten heraus. 23 Brauereien in Berlin bewilligen nicht mehr wie vier Liter Freibier pro Tag, 7 Brauereien bewilligen fünf Liter und 11 Brauereien sechs Liter als höchsten Satz (für die Brauer). Die Ablosung wird seit langer Zeit von dem Verbandsrat angestrebt, und hier scheint eine Gelegenheit gegeben, diesen Bestrebungen die Wege zu ebnen. In der Diskussion traten viele Redner dafür ein, daß bessere Bedingungen für eine Ablosung des Freibieres erzielt werden müßten. Man wünschte vielfach einen Preis von 20 Pf. pro Liter. Mit großer Majorität beschloß dann die Versammlung, daß man mit vier Litern als Höchstmaß für die Brauer (für die übrigen Arbeiter gilt das im Tarifvertrage vorgesehene Quantum) zufrieden sein solle und die Ablosung in der Höhe des jeweiligen Verkaufspreises pro Liter erwarte.

Sodapp erstattete dann einen Bericht über die Lohnbewegung der Mälzearbeiter. Die Wahl eines Mitgliedes zum Hauptvorstand, die die Versammlung vorzunehmen hatte, fiel auf Willi Schmidt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 9. 1909	am 9. 9. 1909	Wasserstand	am 10. 9. 1909	am 9. 9. 1909
Remel, Mühl	50	0	Saale, Großh.	36	0
Regel, Jüterburg	52	0	Saale, Spandau	10	+2
Seichtel, Thon	24	+2	Saale, Rathenow	40	-2
Oder, Rasthof	78	-1	Spree, Ehrenberg	48	0
Prosen	3	0	Bestum	87	+2
Frankfurt	12	-2	Sejer, Rindens	60	0
Barthe, Schrimm	53	+2	Rhein, Magiliansau	327	-1
Landsberg	72	0	Raub	117	-2
Rege, Gorkum	44	0	Raub	76	-4
Elbe, Leimertz	108	0	Recht, Heilbronn	11	-5
Preben	224	-6	Rhein, Barchem	—	—
Harde	15	+4	Weser, Lier	28	-0
Magdeburg	5	+1			

*) + bedeutet Hoch, - Niedr. — *) Unterparcel.



Todes-Anzeigen



Am Sonntagabend um 1/8 Uhr
entschlief sanft nach langem Leiden
im Alter von 37 Jahren mein
herzogsünder Mann und Vater,
der Gastwirt 2086
Karl Becker.
In tiefer Trauer
Frau Lisa Becker und Kinder.
Georgenstr. 67.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. September,
nachmittags 5 Uhr, auf dem
Zentral-Friedhofe in Friedrichs-
felde statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Frankfurter Viertel.
(Stadtbezirk 188, Wahlbezirk 890.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Gastwirt
Karl Becker
Georgenstr. 67
am 10. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,
von der Halle des Zentral-Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
221/19 Der Vorstand.

Zentralverband der
Schuhmacher Deutschlands.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Kollege
Karl Becker
Georgenstr. 67
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. September,
nachmittags 5 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
169/18 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege und früherer
weiter Bevollmächtigter
Karl Becker
Georgenstr. 61 (Bezirk 3)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Adolfschen Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sparverein „Pumpenle“.
In aufrichtiger Trauer be-
schließen wir unsere Mitglieder
von dem Ableben unseres ge-
treuen Kassierers
Karl Becker
dem wir allezeit ein treues Kin-
derchen bewahren werden.
6065
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Gärtner Viertel.
(Stadtbezirk 84, Wahlbezirk 164.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter
Ernst Jung
Raunynstr. 77
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, nachmittags 1/3 Uhr,
auf dem alten Thomas-Kirchhofe
in Rixdorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
221/20 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
innigstgeliebter Mann, unser guter
Vater, der Gastwirt
Karl Strauß
Krossener Str. 9/10, Ede Gärtner-
straße, im 52. Lebensjahre nach
langem schweren Leiden am
9. September sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bittet die
trauernde Wittwe
Minna Strauß nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. d. Mts., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Rummelsburger Gemein-
defriedhofes, Lützstraße,
aus statt. 5245

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Nieder-Barnim.
Bezirk Rummelsburg.
Am Sonntagabend, den 9. Sep-
tember, verstarb unser Genosse
und Jahrlangsdienst, der Gastwirt
Karl Strauß
Krossener Str. 9/10, Ede Gärtner-
straße (Bezirk 17).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. d. Mts., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Rummelsburger Gemein-
defriedhofes, Lützstraße, aus
statt. — Rege Beteiligung erwartet
8/10 Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied
Karl Jähnchen
Glegelstr. 42
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Rixdorfer
Gemeindefriedhofes, Lütz-
dorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
220/6 Der Vorstand.

Blumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Lager-
arbeiter
Hugo Baier
am 9. d. Mts. im Alter von
35 Jahren verstorben ist. 70/17
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, den 13. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes,
Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Arbeiter
Karl Jähnchen
am 8. d. Mts. im Alter von
26 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 12. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes,
Gottlieb-Dunzel-Straße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schleifer
Otto Hilbing
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. September,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Rixdorfer Gemein-
defriedhofes in Rixdorf,
Mariendorfer Weg, aus statt.
Ferner den Kollegen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der Radler
Robert Ertel
am 10. September gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. September,
nachmittags 5 Uhr, von der
Leichenhalle der Paul-Gerhardt-
Gemeinde in Nordend bei Rieder-
Schuhhaus aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
122/19 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Genossinnen
und Genossen die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Frau
Marie Thoma
geb. Klogya
nach langem, schwerem Leiden am
Sonntag, den 10. September,
nachmittags 4 1/2 Uhr, sanft ent-
schlafen ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. September,
nachmittags 4 Uhr, vom Kranken-
haus in Schöneberg aus nach
Schöneberger Friedhofe („Blanke
Hölle“) statt.
Um stille Teilnahme bittet
Der trauernde Gatte
Adolf Thoma
Schöneberg-Friedenau,
Wenzelstraße 36. 55562

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege und früherer
weiter Bevollmächtigter
Karl Becker
Georgenstr. 61 (Bezirk 3)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Adolfschen Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Albert Dupke
Friedrich-Wilhelm-Straße 19
am 10. September im Alter von
65 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. September, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt. 88/11
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für Schöneberg.
Bezirk 11.
Am Sonntag, den 10. d. M.,
verstarb nach langem schweren
Leiden unser Genosse
Marie Thoma.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Mitt-
woch, den 13. September, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Schöneberger Krankenhauses,
Hübnerstraße, aus nach dem neuen
Schöneberger Friedhof, Blanke
Hölle, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
15/17 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Rixdorf.
Am 9. September verstarb die
Frau unseres Kollegen **Horst-
mann**
Hulda.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 12. September,
nachmittags um 4 Uhr, in Mar-
sahn statt.
Terminpunkt der Kollegen 2 1/2 Uhr
beim Kollegen M. Höser, Frank-
furter Chaussee 99. Der Zug fährt
ab von Rixdorf - Friedrichs-
felde um 3.24.
Rege Beteiligung ist Pflicht.
5155 Der Vorstand.

Dankagung.
Für die zahlreichen Beweise auf-
richtiger Teilnahme bei der Beer-
digung unseres lieben Bruders **Emil
Wolf** sagen wir allen Beteiligten,
insbesondere dem Ehepaar der Firma Dost
u. Co. unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen,
J. A.: Adolf Wolf.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die schönen Kranz-
spenden bei der Beerdigung unserer
geliebten **Gertrud** sagen wir allen
Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Familie Gojczyk.
Paul Grasnickel.

Dankagung.
Für die Beweise herzlichster Teilnahme
bei der Beerdigung meiner zu früh
dahingegangenen lieben Frau und
guten Mutter sage ich diesem Wege
allen, besonders meinen lieben Kol-
legen der Schöneberger Fabrik herz-
lichsten Dank!
Paul Friedrich nebst Sohn.

Unserem lieben Vater und Onkel,
dem **Gustav Niendorf** zu
Röpendal in seinem Wiegenjahre
ein dreimal dommerdes Hoch!
Kinder und Nefen.
Lieber Vater, Du sollst leben
und Sonntag was zum besten
geben.
Von der Reise zurück 518b
Dr. Fronzig.

Von der Reise zurück
Dr. Emil Hirsch,
Schulstraße 2.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, direkt am
Maritzplatz
10-2, 3-7, Sonntags 10-12-2-

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet. zweifelhafte
Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung,
sicher! bezgl. Garm. (bez. auf Hon-
norar-Gehältern) u. Syphilis-Analysen.
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 169, am Kronen-
und Mohrenstr. 1, 8724. Pers. Brief-
büch. u. kostenf. Gedächtn. von 8-8
Sonntags von 12-1.

Obst!
„Williams“ Tafelbirne a 50 kg 30 Mk.
geringere „ 50 „ 20 „
„Gute Graue“ „ 50 „ 10 „
„Winter-Goldparmäne“
Tafelbirne „ 50 „ 25 „
geringere „ 50 „ 20 „
Große Müßel (Kornel) „ 50 „ 15 „
Neferer frei Haus Berlin bei Abnahme
von mindestens 25 kg eventuell in
mehreren Sorten die
Städt. Gutsverwalt. Blankenburg u.
Falkenberg bei Berlin.
„Gute Graue“ nur Falkenberg auch
in Sendungen von 12 1/2 kg. Güte-
schritte besondere Vereinbarung und
Packung. 126/97

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:
Hol I. Amt 3, 1289. Charlottenstr. 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Donnerstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung der Bauanschläger
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.
Tagesordnung:
1. Tarifliches. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Ver-
ständnis.
Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir
das Erscheinen jedes Einzelnen. 122/18
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden)
Soeben erschien:
Reichsversicherungsordnung
nebst Einführungsgesetz
mit Anmerkungen und Sachregister.
Herausgegeben von **Gustav Hoch**, Hanau (M. d. R.).
— Preis gebunden 5 M. —
Kleine Bibliothek Nr. 14:
Kann die Erde untergehen?
Von **Felix Linke**.
Preis geb. 1 M., brosch. 0,75. Vereinsausgabe 50 Pf.

Pollmanns
Bandagen-
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummwaren etc.
Berlin N., Lotzbringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Gigante Werkstat.

Große Firma bergl.
Teppiche, Gardinen, Stores,
Stoppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
Reine Maßweise. Chiffre S. 100. „Vor-
wärts“-Expedition, Auguststr. 50.

Sozialreform und
Arbeiter-
freundlichkeit.
Eine Abrechnung.
Rede des Reichstagsabgeord-
neten **Richard Fischer** zur
dritten Beratung der Reichs-
versicherungsordnung.
Preis 15 Pfennig.

68

JANDORF'S

Woche

68

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbusser Damm

Bis Sonnabend den 16. September

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

Die annanzierten Artikel stellen nur einen Auszug aus einzelnen Abteilungen dar. — An jedem Lager ist eine grosse Auswahl von 68 Pf.-Artikeln vorhanden. — Wir machen noch besonders auf unsere Schaufenster-Dekoration aufmerksam.

Soweit Vorrat

Schweizer
Stickerorien

Kupon ca. 4, 10 Mtr.

jetzt 68 Pf.

Filztuch-
Tischdecken

mit Applikation

jetzt 68 Pf.

Druckknöpfe

garantirt reifrei

6 Dtsd. 68 Pf.

Hausschürzen

mit Volant und

Tasche

jetzt 68 Pf.

Kinder-
Röckchen

mit Stickerivolant

für 2 bis 8

Jahre, jetzt 68 Pf.

Kissenbezüge

aus starkfädigem

Stoff, mit neuen

Zeichnungen

jetzt 68 Pf.

Herren-Yacht-
klub-Mützen

mit Abzeichen

jetzt 68 Pf.

Seidene
Tücher

farbig m. Hohlraum

2 Stück

jetzt 68 Pf.

Tischtücher

jetzt 68 Pf.

Kaffeedecke

weiss, mit Kante

jetzt 68 Pf.

Pflisch-Pan-
toffel

mit Leder-

sohle und Fleck

27-35

jetzt 68 Pf.

Halsketten

mit Medaillon

zum Öffnen

jetzt 68 Pf.

Vaseline-
Seife

6 Stück

jetzt 68 Pf.

Baumwollwaren

Barchent glatt oder gemustert,
für Röcke od. Beinkleider. 2 Meter jetzt 68 Pf.Hemdentuch
oder Louisiana-tuch, 2 Meter jetzt 68 Pf.Dowlas
für Betttücher, ca. 150 cm br., Meter jetzt 68 Pf.Köper-Inlett
rot oder rosarot, Deckbettbr., Meter jetzt 68 Pf.Schürzenstoff
in schönen Streifen,
ca. 120 cm breit. Meter jetzt 68 Pf.Züchen
vorzügl. Qual., ca. 128 cm br., Meter jetzt 68 Pf.Kissenbezüge
mit Einsatz. jetzt 68 Pf.Stuben- oder Küchenhandtücher
Halbleinen, ges. u. geb. 2 Stück jetzt 68 Pf.Wischtücher
kariert. 6 Stück jetzt 68 Pf.Geschirrtücher
Halbleinen, gesäumt und gebändert
3 Stück jetzt 68 Pf.Küchenhandtücher
3 Stück jetzt 68 Pf.Poliertücher oder
imit. Ledertücher 6 Stück jetzt 68 Pf.2 Abwaschtücher } zus.
2 Poliertücher } jetzt 68 Pf.

2 Scheuertücher } jetzt 68 Pf.

Taschentücher
Linen, weiss. 6 Stück jetzt 68 Pf.Taschentücher Batist,
für Damen, weiss, mit Hohlraum
oder farbigem Rand. . . . 6 Stück jetzt 68 Pf.Taschentücher für Herren,
rot, blau, gelb, braun, 6 Stück jetzt 68 Pf.Taschentücher für Herren,
Batist, weiss, mit Hohlraum
und farbigem Rand. . . . 3 Stück jetzt 68 Pf.Kindertaschentücher
weiss mit Kante u. Buchstaben 6 Stück jetzt 68 Pf.

Seifen

Sparkernseife
5teilig. 2 Riegel jetzt 68 Pf.Palm-Oberschal-Seife
zur Wäsche. 4 Stück jetzt 68 Pf.Seifenpulver
12 Pakete jetzt 68 Pf.Hygienische Binden
mit Gürtel. Paket 12 Stück jetzt 68 Pf.

Knaben-Konfektion

Knaben-Hosen
mit Leibchen, aus haltbaren, blauen
Washstoffen, für 3-8 Jahre. jetzt 68 Pf.Knaben-Blusen
mit Matrosenkragen oder hoch-
geschlossenen, aus blau und weiss ge-
streiften Washstoffen, für 3-8 Jahre
. jetzt 68 Pf.

Handarbeiten

Stuben-Paradehandtücher
fertig, mit diversen Sprüchen. jetzt 68 Pf.Waschtischgarnituren
5teilig, mit Spitzen garniert und
vorgezeichnet. jetzt 68 Pf.Kissenbezüge
aus doppelt gewebtem Aida-stoff, mit
Volant. jetzt 68 Pf.Mittendecken
mit Saum, Languetten und neuen
Vorzeichnungen. jetzt 68 Pf.Paradehandtücher
mit diversen Säumen, vorgez. jetzt 68 Pf.Läufer oder Decken
mit Einsatz, Spitzen u. imit. Filetmotiven
. jetzt 68 Pf.1 Posten Decken
aus grobfädigen Stoffen, rund od. eckig,
diverse Grössen, mit Spitzen garniert
und vorgezeichnet. jetzt 68 Pf.

Möbelstoffe

Filztuch-Lambrequins
reich bekurbelt. jetzt 68 Pf.Filztuch-Kommodendecken
reich bekurbelt. jetzt 68 Pf.Kissenplatten
Gobelin-Gewebe. jetzt 68 Pf.Küchentischdecken
Wachstuch, schwere Qualität, jetzt 68 Pf.Rouleauxstoffe
altgold, hübsche Muster. Meter jetzt 68 Pf.

Papierwaren

Hanf-Kuverts
gute Qualität. 500 Stück jetzt 68 Pf.Briefordner
mit Register. jetzt 68 Pf.Lichtschirmchen
mit Perlbehang und Halter. jetzt 68 Pf.Toilette-Papier
6 Rollen jetzt 68 Pf.Postkarten-Album
für 400 Karten, hohes Format, jetzt 68 Pf.

Steingut

Waschserviceschüsseln o. Kannen
gross. jetzt 68 Pf.Suppen-Terrinen
grosse Form. jetzt 68 Pf.1 Salzmeiste mit Holz-
1 Mehlmeiste rückwand } zus.
jetzt 68 Pf.Kaffebecher
gross, bunt. 6 Stück jetzt 68 Pf.Blumenkübel gross
dekoriert. jetzt 68 Pf.1 Milchkocher feuer-
1 Milchtopf test } zus.
jetzt 68 Pf.Waschgarnituren
dekoriert. jetzt 68 Pf.

Diverse Artikel

Kleiderriegel
ca. 70 cm lang, mit
5 grossen und 4 kleinen Haken jetzt 68 Pf.Pannele nussbaumartig lackiert,
ca. 60 cm lang. jetzt 68 Pf.Moderne Sammettaschen
(Velvet) ca. 18 cm gross. jetzt 68 Pf.Damen-Handtaschen
in verschiedenen Ausführungen, jetzt 68 Pf.Markt Taschen
ca. 34 cm, mit Ledergriff. jetzt 68 Pf.1 Kabinett } zusam.
2 Visit-Rahmen } jetzt 68 Pf.Moderne Wandbilder
in schönem Rahmen. jetzt 68 Pf.Kammgarnituren
mit oder ohne Steine, 3teilig. jetzt 68 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Schmortöpfe
Aluminium, ca. 18 cm. jetzt 68 Pf.Kasserollen
Aluminium, ca. 18 cm. jetzt 68 Pf.Bratpfannen
mit Stiel, Aluminium. jetzt 68 Pf.Milchkocher
mit Lochdeckel, Aluminium. jetzt 68 Pf.Kasserollen
mit Ring, emailliert. jetzt 68 Pf.Schmortöpfe
emailliert. jetzt 68 Pf.Deckelhalter
emailliert. jetzt 68 Pf.Kaffee- od. Zuckerbüchsen
emailliert, weiss-gold. jetzt 68 Pf.Kaffeekannen
emailliert, ca. 15-17 cm. jetzt 68 Pf.Salatsiebe
emailliert, ca. 26 cm. jetzt 68 Pf.Kaffeeflaschen
mit Patentverschluss, emailliert. jetzt 68 Pf.Waschschüsseln
mit Seifnapf, emailliert. jetzt 68 Pf.Wasserkannen
emailliert, hohe Form. jetzt 68 Pf.Stahlblechpfannen
mit Holzstiel, ca. 24-26 cm. jetzt 68 Pf.Wassereimer
verzinkt, ca. 26-32 cm. jetzt 68 Pf.

Waschständer. jetzt 68 Pf.

Garnitur
für Sand, Seife, Soda. jetzt 68 Pf.Petroleumkannen
lackiert. jetzt 68 Pf.1 Müllschaufel emailliert } jetzt zus.
1 Handfeger } 68 Pf.Esslöffel
. 6 Stück jetzt 68 Pf.

Damen-Strümpfe

gewebt, engl. laag

schwarz, nahtlos.

Reine Wolle.

jetzt 68 Pf.

Herrensocken

meliert, gestrickt.

Reine Wolle.

jetzt 68 Pf.

Kopftücher

Wolle, schwarz

mit farbig unter-

legt

jetzt 68 Pf.

Trikot-Unter-

tailen für Damen.

m. ansewebt. Futter.

2 Grössen.

jetzt 68 Pf.

Kinder-Sweaters

marine, m. farbigem

Kragen und Mau-

schetten, Grösse

ca. 40-45

cm. jetzt 68 Pf.

Bestecke

mit schwarzem od

vernickelt. Griffen

2 Paar

jetzt 68 Pf.

Geschäfts-

Briefpapier

250 Blätter

jetzt 68 Pf.

Ansichtspost-

karten

von Berlin

100 Stück

jetzt 68 Pf.

Streichhölzer

3 Pakete

jetzt 68 Pf.

Kaffeekannen

gross, Zylinderform

jetzt 68 Pf.

Essenträger

3teilig, mit Bügel

jetzt 68 Pf.

Speiseteller

10 Stück

jetzt 68 Pf.

Zigarren-

schrank

braun

jetzt 68 Pf.

Wein-Römer

auf hohem Fuss

3 Stück

jetzt 68 Pf.

Likörservice

7teilig

jetzt 68 Pf.

Kaffeemühlen

lackiert

jetzt 68 Pf.

Kleiderbügel

2 Dtsd.

jetzt 68 Pf.

Teelöffel

12 Stück

jetzt 68 Pf.

Wassereimer

emailliert, ca. 26 cm

jetzt 68 Pf.

Zigarren-

schrank

braun

jetzt 68 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Johannisthal. Der Jahlabend am Mittwoch findet beim Genossen Senfleben, Friedrichstraße 43, gemeinsam für den ganzen Ort statt.

Adlershof. Der Jahlabend findet in diesem Monat in folgenden Lokalen statt: 1. und 6. Bezirk: Kaiser-Wilhelm-Garten, Kaiser-Wilhelmstr. 20; 2. und 5. Bezirk: Kauf, Bismarckstr. 16; 3., 4. und 4a. Bezirk: Wälflein, Bismarckstr. 24.

Grünau. Mittwoch, den 13. September, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal des Genossen Franz. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Jeserich über wirtschaftliche Kämpfe in der Gegenwart. 2. Berichte von der Kreis- und der Verbandsgeneralsversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Rainaldwusterhausen und Wildau. Da am morgigen Jahlabend wichtige Fragen zu erledigen sind, wollen die Genossen und Genossinnen zahlreich anwesend sein. Der Vorstand.

Kallenberg-Seegefeld. Mittwoch, den 13. September, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Nicolai. Bericht von der Provinzialkonferenz. Berichterstatter: Genosse Dolibois-Dennigsdorf. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Es will Herbst werden.

Früh genug werden wir in diesem Jahre an den machenschonigen Gefellen erinnert, der da schließlich seines Einzuges hart. Die gelben, sterbenden Blätter kamen heuer allzuzeitig und auch der wilde Wein hüßte sich allmählich in sein Burpurkleid und leuchtet in rot glühender Pracht.

In der Vogelwelt wird es stille. Sie sind mitten in den Reihenordnungen, manche haben schon den Weg nach den südlichen Zonen angetreten. Man sieht einem Spaziergänger bei der Ankunft im einsamen Waldesgrund gewiss, wieviel Jahre er wohl noch zu leben hat. Nun ist sein trauriger Ruf schon längst verstummt, und wer es verläumt hat, bei dem schenen Bierschen Auskunft zu holen, muß warten, bis wieder die Weiden blühen. Auch Freund Adebarr nimmt in diesen Tagen Abschied: weitab vom Brausen der Großstadt, auf weitem Wiesengelände, kommen die philosphischen Stelldödel in großen Scharen zusammen und weithin hört man ihr emsiges Klappern. Sie treffen ihre Vorbereitungen zur großen Reise sehr gründlich und halten strenge Anstöße unter den Hygien. Es moß grausam anmuten, entspringt aber zweifellos einem sozialen Instinkt, wenn sie alle Schwächlinge und Greise vorher rücksichtslos ausmerzen und mit wichtigen Schnabelstichen töten.

Sein reichsortiertes Lager an niedlichen Widelspüppchen hat Adebarr geschlossen, und so bleiben die Biegen und Geburtsregister bis zum Frühjahr leer, wenn — nicht anderweitig Ertrag geschafft wird.

Die Schwaben haben ihre Exerzitten beendet und sind zum Teil auf der Reise. Vor den Toren der Stadt konnte man sie dieser Tage beobachten. Es war ein interessanter Anblick, ihren Uebungen zu folgen. Links schwenkt — rechts schwenkt — keine Truppe gedrückter Soldaten kann ihre Bewegungen präziser und schneidiger ausführen wie diese flinken Segler.

In ihren kunstvoll und solide gebauten Nestern oder quartiert sich über Winter die nichtsnutzige Spöngengesellschaft ein und vollführt einen Söllenspektakel, bis sie bei den ersten Frühlingsstrahlen wieder unsanft ermittelt wird.

Manche Vertreter der gelebten Welt haben teilweise mit den alten Traditionen gebrochen und verzichtet — besonders in der Nähe der Großstadt — auf die Südländfahrt. Buchfinken, Schwarzamstel, Graudrossel u. a. m. kann man in jedem Winter zahlreich sehen, wie sie bettelnd um ein paar Krümchen die Fenster umschwärmen. Der Hunger läßt alle angeborene Scheu verschwinden, und sind sie erst mal an bestimmte Fensterplätze gewöhnt, so gewährt es einen reizenden Anblick, sie bei ihrem hurtigen Schnabulieren zu beobachten.

Es will Herbst werden. Die Tage werden kürzer. Wenn die Blut der Abendsonne verblühen ist, wehen über Feld und Wald silbergraue Nebelschleier feucht und schwer. Die Hledermous hüßet noch geipenstlich durch die Nacht, bald wird auch sie ihre Schlafwinkel zum langen Winterschlaf aufsuchen.

Nachtsind streicht der Wind durch das dürre Laub, daß es erkohret im Wirbelstanz zu Boden sinkt. Es will. Herbst werden. — — —

Die Urwählerlisten für die Wahlmännererwahl im 5. Landtagswahlbezirke liegen nur noch heute Dienstag,

den 12. September, von mittags 12 bis abends 8 Uhr zur Einsicht öffentlich aus, und zwar:

1. in der Turnhalle der 145./151. Gemeindefchule, Reichenberger Straße 131/132 für die Urwahlbezirke 270 bis 275, 277 (Stadtbezirke 79—81), 294, 296, 298, 300 bis 302, 305, 307 bis 310, 313 bis 315, 317 bis 318 (Stadtbezirke 86—95), 379, 382, 384 bis 388, 390 bis 401 (Stadtbezirke 110—113B);
2. in der Turnhalle der 114./122. Gemeindefchule, Köpenicker Straße 2, für die Urwahlbezirke 337, 338, 340 bis 352, 354 bis 359, 361 bis 363, 365 bis 367, 370, 372 bis 376 und 378 (Stadtbezirke 102—109).

Eine Ueberlicht über die Urwahlbezirke, in denen Erfahrmänner zu wählen sind, ist in der Sonntagsnummer veröffentlicht worden. Versäume niemand die Einsichtnahme in die Liste, um so mehr, als auch die Freisinnigen zu diesen Erfahrwahlen eine eifrige Agitation unternehmen.

Zur Erleichterung des Verkehrs zwischen Wöchnerinnen und Schwangern mit den Säuglingsfürsorgestellen sollen auf Verkluch der Armenverwaltung besondere Kartenbriefe und Scheine eingeführt werden, die unfrankiert zur Post gegeben werden können. Da es sich mit der Zeit herausgestellt hat, daß einzelne Armenkommissionen durch Fortzug von Armen nicht genügende Beschäftigung haben, ist ein Plan ausgearbeitet worden, nach welchem 81 Armenkommissionen eingezogen und eine Reihe anderer vereintigt werden sollen. Die Weiterberatung über diesen Gegenstand ist einem Ausschuß übertragen worden, der zugleich die Frage erörtern soll, ob die Institution der Kreisvorsitzer und Kreisversammlungen beizubehalten sei.

Die Säuglingssterblichkeit scheint in Berlin um Mitte August ihren diesjährigen Höhepunkt erreicht zu haben. In der Woche vom 20. bis zum 26. August, auf der die Zusammenstellung des Berliner Statistischen Amtes über die Todesmeldungen jetzt vorliegt, ist es endlich wieder zu einer Minderung der Säuglingssterbefälle gekommen. Es starben diesmal 273 Kinder des ersten Lebensjahres, während in der vorhergehenden Woche vom 13. bis zum 19. August noch 333 Kinder dieses Alters durch den Tod hingerast worden waren. Der Zusammenhang mit den Temperaturverhältnissen, mit der um Mitte August eingetretenen Hitzeabwägung, ist bei diesem Rückgang der Säuglingssterblichkeit ganz augensällig. Unter den für die Säuglingssterbefälle angegebenen Todesursachen haben von der einen Woche zur anderen sich vermindert z. B. Darmstarrheit von 139 auf 107, Orschdurchfall von 85 auf 80, „einheimische Cholera“ von 10 auf 4. Freilich sind alle diese Ziffern noch immer sehr hoch, so hoch, wie man sie in Berlin seit Jahren nicht mehr und namentlich nicht im August beobachtet hatte.

Berliner Nylvercin für Obdachlose. Im Monat August nädigtigten im Männer-Nyl 15 424 Personen, wovon 8905 habeten, im Frauen-Nyl 8760 Personen, wovon 1884 habeten. Arbeitsnachweis wird erbeiten für Männer Wiesenstr. 66/69, für Frauen Kolberger Str. 30.

Das Gewerbegericht Berlin

hatte in den letzten Jahren eine Minderung der Klagen gehabt. Im Geschäftsjahr 1910 (1. April 1910 bis 31. März 1911) haben, wie der jetzt vorliegende Jahresbericht zeigt, zum ersten Male wieder die Klagen sich gemehrt. Diesmal gingen 14 391 Klagen ein, um 821 mehr als in dem vorhergehenden Jahr mit 13 570 Klagen.

Die Kläger waren im letzten (bzw. vorletzten) Jahr Arbeitgeber in 1044 (909) Fällen, Arbeitnehmer in 13 347 (12 071) Fällen, darunter Frauen in 3176 (3111) Fällen, ferner zum Beispiel Heimarbeiter in 618 (563) Fällen, Lehrlinge in 108 (109) Fällen, Leutz- und Arbeitsbüchsen in 159 (161) Fällen. Die Klagen der Arbeitgeber haben sich verhältnismäßig sehr bedeutend gemehrt, um 16 Proz., dagegen die der Arbeitnehmer nur um knapp 3 Proz. Der Streitgegenstand war, wie immer, hauptsächlich Lohn: im letzten Jahre wurde 6088mal ein Lohn gefordert, außerdem 5088mal um Lohn- oder Entschädigungsanspruch wegen vorzeitiger Entlassung. Andere Anlässe waren sehr viel weniger zahlreich, zum Beispiel wurde Schadenersatz 1088mal gefordert, Herausgabe von Papieren, Sachen, Werkzeugen und so weiter 1014mal, Aufhebung eines Arbeitszeugnisses 528mal, Zahlung von Kassegeld 288mal, Rückzahlung von Kauttionen 101mal, Auflösung des Lehrverhältnisses 88mal, Fortsetzung des Lehrverhältnisses 26mal usw. Oft wurden in einer Klage zugleich mehrere dieser Ansprüche geltend gemacht. Der Wert des Streitgegenstandes war 5982mal nur bis 20 M., 4008mal über 20 M. bis 50 M., 2954mal über 50 M. bis 100 M., 1359mal über 100 M. Der höchste Betrag war 2569 M., der niedrigste 25 Pf.

Von 14 391 Klagen wurden 809 vor dem ersten Termin erledigt, und es verblieben somit 14 082 Klagen für die Rechtsprechung. Von den Klammern waren davon beteiligt: I. Schneiderei, Näherci mit 3129, II. Textil-, Leder-, Fugindustrie mit 791, III. Saugeverbe mit 1488, IV. Holz- und Schnitzstoffe mit 676, V. Metzgerei mit 1683, VI. Nahrung, Beherbergung usw. mit 3257, VII. Handel, Verkehr mit 1752, VIII. Allgemein mit 1304. Ein Mehr gegenüber dem Vorjahr zeigt sich bei allen Klammern mit Ausnahme der Bauklammer, bei der die in den letzten Jahren eingetretene Minderung noch angedauert hat. Bis zum Ablauf des Jahres wurden von den 14 082 Klagen 13 707 erledigt, durch Vergleich 6000, Verzicht 403, Rücknahme oder Aufheben 3448, Abgabe an Innungsgericht, Kaufmannsgericht usw. 447, Erkenntnisurteil 54, Seriaminurteil 2061, Kontraktbittorisches Urteil 1297 (davon 659 mit Beweisaufnahme, 333 ohne Beweisaufnahme, 12 nach Eidesleistung durch eine Partei). Unter den durch kontraktbittorisches Urteil beendeten Klagen waren 52 von Arbeitgebern, die 31 Mal gewonnen (in 60 Proz. dieser Klagen), 1245 von Arbeitnehmern, die 749 Mal gewonnen (auch hier in 60 Proz. dieser Klagen).

Bezüglich der Dauer der Prozesse ist das Ergebnis diesmal ungünstiger als im Vorjahr. Von den durch kontraktbittorisches Urteil beendeten Klagen dauerten nur 5 Proz. weniger als 1 Woche, 21 Proz. 1—2 Wochen, über 40 Proz. 3 Wochen bis 1 Monat, 22 Proz. 1—3 Monate, ziemlich 3 Proz. länger als 3 Monate. Im Vorjahr waren ziemlich 10 Proz. in weniger als 1 Woche beendet worden, 31 Proz. in 1—2 Wochen, etwa 47 Proz. in 2 Wochen bis 1 Monat, dagegen nur 11 Proz. in 1—3 Monaten, 1 Proz. in mehr als 3 Monaten.

Ein schreckliches Brandunglück ereignete sich gestern mittig in der Gränstr. 16. Im vierten Stock wohnt dort das Ehepaar Rosenfeld, das sich vorgestern erst verheiratet hatte. Als gestern mittig sich die junge Frau an einem Spirituslocher zu schaffen machte, kam der Kocher plötzlich zur Explosion. Die Stichflammen trafen die Frau und setzten ihre Kleider in Brand, sodah die Unglückliche im Ru einer Feuerhülle glich. Auf die Hilfe eilten andere Personen hinzu und erstickten das Feuer durch Aufwerfen von Decken. Die Frau hatte aber schon so schwere Brandwunden am ganzen Körper davongetragen, daß sie mit einem Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe nach der Charitö gebracht werden mußte. Es besteht wenig Hoffnung, die Frau am Leben zu erhalten.

Zur Frage des Damenhutverbots. Vom Syndikus des Verbandes der Berliner Wöchnerinnen ist gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten beim Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg Beschwerde erhoben worden. Diese stützt sich u. a. auf mehrere Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts und sieht die Verfügung in formeller wie sachlicher Beziehung an als den gesetzlichen Bestimmungen und der sächlichen Judikatur des höchsten Verwaltungsorgans nicht entsprechend. Gleichzeitg hat der Verband durch seinen Syndikus eine Anfrage an das königliche Polizeipräsidentium gerichtet, die sich auf den § 53 des Landesverwaltungsgesetzes stützt; in diesem wird bestimmt, daß die Erhebung einer Beschwerde gegen polizeiliche Verfügungen aufschiebende Wirkung hat, es sei denn, daß die Ausführung der Verfügung ohne Nachteile für das Gemeinwesen nicht ausgesetzt werden kann. Da jedoch nicht anzunehmen ist, daß das Tragen von Damenhüten im Theater für das Gemeinwesen nachteilig sei, wurde das Polizeipräsidentium um die Bestätigung ersucht; daß es von der Ausführung der Bestimmung bis zur Erledigung des Instanzenguges Abstand nehmen wird.

Ein Kind von der Straßenbahn totgefahren. Ein Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang hat sich am Sonntagmittag in der Elisabethstraße zugegetragen. Vor dem Hause Nr. 40 wurde die vierjährige Tochter Else des Handhändlers Geyper aus der Elisabethstr. 45 von einem Straßenbahnwagen der Linie Hohenschönhausen—Kurfürstendamm überfahren und geriet mit dem Oberkörper ganz unter den Schuttrahmen, so daß es nicht so ohne weiteres befreit werden konnte. Straßenpassanten alarmierten daher die Feuerwehr. Als diese eintraf, hatte das Wöchnerpersonal das Mädchen aber schon herbeigeholt. Es wurde in bewußtlosem Zustande nach der Unfallstation in der Reidelstraße gebracht, starb dort aber gleich nach der Einlieferung. Die Leiche kam nach der eiterlichen Wohnung.

Der Tod auf den Schienen. Bei Lichterode wurde vorgestern früh von Bahnbeamten auf den Eisenbahngleisen die zerstückelte

Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden. Die Personalien der Toten konnten mit Sicherheit noch nicht festgestellt werden, doch scheint das Mädchen aus Schlesien zu stammen. Es wird Selbstmord angenommen.

Einem größeren Waldbrand verursachten Sonntagnachmittag Berliner Ausflügler durch einen unverantwortlichen Leichtsin in der Oranienburger Forst. Sie veranstalteten dort ein Biakid und gebrauchten dabei auch einen Spirituslocher. Ob sie nun ein brennendes Streichholz weggeworfen oder den Kocher umgestoßen haben, steht dahin. Wöglgk stand der Wald um sie herum in Flammen. Unter Zurücklassung der Kleidungsstücke, die sie abgelegt hatten, der Kochgeräte und der Lebensmittel ergriffen sie die Flucht, ohne sich weiter um das Feuer zu kümmern. Zum Glück lag es der Beobachtungsstation der Forstverwaltung nach 2 1/2 g. Er rief die Feuerwehr von Jenischendorf, die mit Hilfe von vielen Waldarbeitern sofort große Schuttruben zog. Zimmerlein verbrannten 80 bis 100 Morgen des Waldes. Bis zum Abend gelang es, das Feuer Herr zu werden. Der Schaden, den es anrichtete, ist beträchtlich. Leider ist der Unfug, im Walde zu kochen, weiter verbreitet, als man annimmt. So wurde und dieser Tage berichtet, daß am Sonntag, den 3. September im Mahndorfer Forst bei Krumme Lake eine Jugendabteilung des Vereins „Wanderboogel“ gleichfalls im Walde ein regelrechtes Schlochen veranstaltet hat. Arbeiter, die den jungen Leuten das Gefährliche und Ungehörige ihrer Handlungsweise vorhielten, wurden noch verhöhnt. Schließlich machten die Arbeiter kurzen Prozeß und traten einfach das Feuer aus. Die jungen Leute beriefen sich auf die Erlaubnis des Försters; es stellte sich aber heraus, daß diese Behauptung unrichtig war. Als die Wanderboogel von ihrer Feuerstelle vergrault waren, machten sie an anderer Stelle Feuer. Der Förster, der auf die Unfugflüster aufmerksam gemacht worden war, verwies ihnen dann energisch ihr Vorhaben.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagnachmittag auf der Charlottenburger Chaussee nahe der Leffingstraße. Der verunglückte 70jährige Witwe Luise Wölsche, die in dem St. Georg- und Heiliggeist-Hospital in der Reinickendorfer Str. 59 wohnt, vor einem herankommenden Straßenbahnwagen der Linie N. das Weis zu überschreiten. Die Greisin wurde umgestoßen und geriet unter den Vorderperren. Die Verunglückte, die einen Bruch des linken Oberarmes, erhebliche Hautabrischürungen an den Händen und am Kopf und anscheinend auch innere Verletzungen erlitten hatte, erhielt auf der Rettungswache im Tiergarten die erste Hilfe und wurde von dort nach der Charitö übergeföhrt.

Von einem Hühnerdiebe angeschossen und schwer verletzt wurde in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag der 19jährige Schlosser Hugo Karasch, Rigaer Straße bei den Eltern wohnhaft. Der Vater des jungen Mannes, der Fabrikarbeiter K., besitzt in der Laubenkolonie „Krautshou“ an der schwarzen Gräbe, in der Nähe des Zentralviehhofes eine Laube und unterhält auf dem von ihm gepachteten Terrain eine Hühnerzucht. Seit einigen Wochen fanden des Oesteren Hühnerdiebstähle in der Laubenkolonie statt, und da auch Herrn K. vor einigen Tagen mehrere wertvolle Legehühner gestohlen waren, beschloß der Arbeiter mit seinem Sohne in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag zu wachen, um die unbekanntes Diebe abzufassen. Der jüngere K. übernahm von 12 bis 2 Uhr die erste Wache, während der Vater mit einigen Bekannten in der Laube Karten spielte. Gegen 1 Uhr morgens sah der Schlosser, daß eine Gestalt in einer Entfernung von 40 Metern auf ein Raabargrundstück schlich und dort den Hühnerstall zu öffnen versuchte. In wenigen Sekunden war der junge Mann in der nächsten Nähe des Diebes und stellte denselben mit der Frage, was er auf dem Grundstück zu suchen habe. Im nächsten Augenblick zog der Unbekannte einen Revolver und feuerte auf den vor ihm stehenden Schlosser einen Schuß ab, der K. zu Boden streckte. Durch die Detonation waren die Kartenpielenden Männer aufmerksam geworden und rannten sofort dem Hühnerstall nach. Es gelang ihnen den Täter, der den Revolver fortgeworfen hatte, zu fassen. Der angeschossene Hugo K. wurde nach der Unfallstation in der Wörschauer Straße geföhrt, wo der anwesende Arzt eine schwere Schußverletzung in der linken Brust feststellte. Von da aus wurde der Schlosser nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Der Revolververleiher verweigerte auf der Polizeiwache alle Angaben über seine Persönlichkeit.

Vermißt wird seit dem 31. August der Schlosserlehrling Alfred Grimm, Brühlstraße 38. Verleidet war derselbe mit grauem Anzug, grauem Hut mit schwarzem Band, Schnitzfedern, weiß und blaue gestreiftem Vorhemdchen. Am rechten Unterarm hat derselbe Tätowierungen. Unherdem war der Verschwundene im Besitze eines Fahrrades, Marke Watfure (307 302). Es wird angenommen, daß das Rad abhanden gekommen ist und der Lehrling aus Furcht vor den Eltern umherirrt.

Vorort-Nachrichten.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Für das am 1. Oktober d. J. in Funktion tretende Gewerbegericht wurde als erster Vorsitzender Bürgermeister Walzer und als dessen Stellvertreter die Schöffen Sadée, Apothekenbesitzer, und Grundmann, Alffeser und juristischer Hilfsarbeiter der Gemeinde Friedenau gewöhlt. Als Waisenpflieger wurde Herr Kangleirat Stiezel gewöhlt. Bisher hat man es trotz der Bemühungen unserer Vertreter ängstlich vermieden, einen Arbeiter mit einem solchen Amte zu betrauen.

Die Regelung der Lehrer- und Beamtengehälter soll eine vom Gemeindevorstand in Vorschlag gebrachte Kommission vornehmen. Genosse Richter wies darauf hin, daß es wohl selbstverständlich sei, daß diese Kommission auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindefarbeiter einer Regelung unterziehe. Er beantragte, dies in der Vorlage zum Ausdruck zu bringen. Auf Antrag der Herren von Brochem und Ott wurde die Regelung dieser Angelegenheit bis zu den Staatsberatungen vertagt. Es ist dies ein von den Herrschaften wohlüberlegtes Verschleppungsmandat, denn die Kommission wird dann in der kurzen ihr zur Verfügung stehenden Zeit gar nicht in der Lage sein, ihre Arbeiten zu beenden, was denselben Herren wieder den Anlaß zu einem neuen Vertagungsantrag geben wird. So versichern es die Herren meisterhaft, die so bitter notwendige Aufbesserung der Löhne der Gemeindefarbeiter und Angestellten auf die lange Bank zu schieben. Des ferneren schlug der Gemeindevorstand vor, die Versammlung des „Deutschen Vereins für Gesundheitspflege“ in Dresden und die Hygienekommission ebenfalls durch mehrere Mitglieder der Gemeindevvertretung oder der Bürgerchaft zu bezeichnen. Genosse Richter beantragte, ein Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse zu delegieren. Während nun unseren bürgerlichen „Gemeindeförtern“, wenn es sich um Einmischungsrundum und sonstigen Altbürohandel, keine Wurst zu teuer ist, stimmte man hier wieder das alte Lied vom Sparen an, was immer gesungen wird, wenn Mittel verlangt werden, die nicht ausschließlich im Interesse der Beschäftigten liegen. Beschlossen wurde, nur den Gemeindefaurat, dessen Hilfsarbeiter, den Architekten Duh, und den Schöffen Sadée zu entsenden. Alle übrigen Vorschläge wurden gegen die Stimmen des Gemeindevorstandes und unserer Genossen abgelehnt. Ebenso wurde die Beschickung des Kongresses der Berufsvereine durch den Generalvormund, Herrn Hendrich, abgelehnt. Wir sind nun neugierig, ob die Herren mit Rücksicht auf die schlechten Reiten auch auf den alljährlich zum 27. Januar auf Kosten der Steuergahler stattfindenden Schmaus Verzicht leisten werden.

Rixdorf.

Ein schwerer Brandunglück hat sich am gestrigen Vormittag gegen 1/2 12 Uhr in dem Hause Wetzelsdorfer Str. 10a ereignet. Die Frau des dort wohnhaften Lageristen Hesse hatte eine eilige Besorgung zu machen und ließ ihre beiden Söhne im Alter von fünf und drei Jahren in der Wohnung zurück. Der jüngste Knabe Richard fand in der Küche eine Schachtel Streichhölzer, mit denen er spielte. Dabei gerieten die Händchen in Brand und bei dem Versuch, sie auszutreten, fingen die Kleider des Kleinen Feuer. In wenigen Sekunden glück das bedauernswerte Kind einer lebendigen Feuersäule. Auf das Hilfsgeheul der beiden Knaben drangen Nachbarnsleute in die Wohnung und erlitten durch Aufwerfen von Betten und Decken die Flammen. Leider hatte der Kleine bereits zahlreiche schwere Brandwunden an der Brust, dem Rücken, den Beinen und im Gesicht davongetragen. Von der Infektion in der Steinmehltrasse, wo dem Kinde die erste Hilfe zuteil wurde, mußte der Knabe in bedenklichem Zustande nach dem Städtischen Krankenhaus in Budow übergeführt werden.

Spandau.

Wenn Kinder in Haft genommen werden. In der neueren Rechtsprechung zeigt sich einigermassen Bestreben, mehr als bisher die Jugendlichen vor dem Gefängnis zu bewahren. Verurteilt ein Gericht einen jugendlichen Angeklagten dennoch zu einer Freiheitsstrafe, so ist immer noch in der bedingten Verurteilung ein Mittel gegeben, die Vollstreckung der Strafe aufzuhalten und sie dem Verurteilten bei andauernd guter Führung ganz zu erlassen. Wie aber wird verfahren, wenn ein jugendlicher einer Straftat beschuldigt wird und die Polizei ihn festnimmt?

In Spandau hat vor einigen Tagen die Polizei ein erst dreizehnjähriges, noch schulpflichtiges Mädchen, das des Diebstahls beschuldigt wird, aus der Wohnung abgeholt. Die Mutter erzählt, sie habe am folgenden Morgen ihre Tochter auf dem Rathaus besucht und sie dort in einem Raum vorgefunden, den man nicht anders als eine Gefängniszelle nennen könne. Es ist nicht ganz klar, welchem Zweck die Inhaftierung des Kindes dienen sollte. Hat man für nötig gehalten, wegen des Diebstahls eine Untersuchungshaft anzuordnen? Oder wird Fürsorgeerziehung beabsichtigt und gilt die Gefahr der Verwahrlosung als so groß, daß schleunigst die vorläufige Unterbringung verhängt werden ist? Die Mutter hat das Kind später noch einmal besuchen wollen, hat es aber nicht mehr zu sehen bekommen. Dabei hat sie den Eindruck gewonnen, daß ihre Tochter noch immer auf dem Rathaus in Verwahrung gehalten würde. In welchem Raum mag das Kind, das uns übrigens als geistig nicht normal bezeichnet wird, die Tage und Nächte zugebracht haben?

Auch die Staatsarbeiter fangen an, unzufrieden zu werden. Kürzlich hatten die hiesigen Milchhändler und Molkereibesitzer den Milchpreis von 22 auf 24 Pf. pro Liter hinaufgeschraubt; dies wollten sich die Staatsarbeiter nicht gefallen lassen. Nachdem kürzlich eine vom Militärarbeiterverband einberufene Versammlung der Männer gegen die Milchverteuerung protestiert, hatte vor einigen Tagen eine von über 1000 Frauen besuchte Versammlung sich dem Protest angeschlossen. Man will, solange der Milchpreis nicht herabgesetzt wird, den Milchverbrauch so viel wie möglich einschränken und als Ersatz hierfür Trockenmilch verwenden. Wie der Bundessekretär Valentini aus Berlin anführte, kämen aber nicht nur die Milchlieferanten in Frage, auch gegen die Bäcker und Schächter müsse Front gemacht werden. Die Regierung sollte ersucht werden, die Grenzen zu öffnen und die Zölle herabzusetzen. So erfreulich es ist, daß die Staatsarbeiter anfangen, sich zu rühren, so werden sie ihren Zweck auf dem eingeschlagenen Wege kaum erreichen. Dazu gehörte vor allen Dingen, daß sie bei den kommenden Reichstagswahlen einmütig den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei ihre Stimme geben. Denn nur die sozialdemokratische Partei allein macht Front gegen die Lebensmittelerhöhung. So viel kann von der Bewegung der Staatsarbeiter wohl schon gesagt werden, sie zeigt, daß diese Arbeiter sich nicht mehr in das Schlepptau der konservativen Partei nehmen lassen wird.

Ein schwerer Bauunfall ereignete sich gestern morgen auf den Rohrbauten in Gartenfeld. Ein Klempnergehilfe namens Herz aus Berlin stürzte von einem Dach, wo er mit Abdeckungsarbeiten beschäftigt war, ab und trug schwere äußere und innere Verletzungen davon; er wurde nach einem Berliner Krankenhaus übergeführt.

Oranienburg.

Ein Verbrechen, dessen Aufklärung auch die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt, rufte hier große Aufregung hervor. Am Donnerstag wurde in der Wohnung des Malermeisters Morange in der Johnstraße an der Eiche von dem M. ein Raubmordversuch verübt, wobei Jean M. schwer verletzt wurde. In bedenklichem Zustand mußte sie nach dem Krankenhaus gebracht werden. Die Verfolgung des Täters wurde auch durch einen Spießhund aufgenommen. Das Tier nahm eine Spur auf, die nach dem Restaurant Schneider in der nachbarten Ausflugsstraße führte. Der Hund lief direkt in das Lokal hinein und konnte mehrere Male im Zimmer hin und her. Man wurde festgesetzt, daß sich an demselben Tage in dem Restaurant ein Mördergehilfe aufgehalten hat, der früher einmal bei Morange beschäftigt war und seitdem nicht mehr gesehen wurde. Wie ermittelt wurde, ist der Gesuchte später Anstreicher geworden.

Potsdam.

Das Luftschiff „Schwaben“ landete am Sonnabendmittag gegen 1/2 12 Uhr auf dem für die Zeppelinluftschiffe eingerichteten Flugplatz an der Pirschheide, nachdem es bereits um 1/2 12 Uhr die Stadt auf seinem Flug nach Berlin schon einmal gekreuzt hatte. Der Flug über Potsdam wurde in zirka 200 Meter Höhe ausgeführt, so daß man das Schiff und dessen Einrichtungen bequem beobachten konnte. Somit brachte der Tag eine arge Enttäuschung für die einheimischen Luftflotten-Enthusiasten, die die damalige Engagierung der Stadt mit 1 Million Mark für den Platz, um die wirtschaftliche Lage Potsdams zu heben, mit großem Verfall aufgenommen. Bei der Landung unterließ jede offizielle Feier. Publikum hatte sich auf dem Plage verhältnismäßig nur gering eingefunden (es kostete 3 M. Eintritt); am Sonntag sollte der Eintrittspreis auf 1 M. festgesetzt werden. Inzwischen war aber morgens 3 Uhr die Rückreise nach Gotha angetreten worden, wo bereits um 1/2 8 Uhr die Landung erfolgte. — Für Flugveranstaltungen mit Flugmaschinen dürfte sich der Platz nicht eignen. Als man diese in Aussicht stellte, hat man wohl die notwendige Größe für solche Veranstaltungen ganz außer Berechnung gelassen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen schätzbarer Tötung

und versuchten Verbrechens gegen keimendes Leben stand gestern die frühere Hebamme, jetzige Zimmervermieterin Witwe Rosina Neumann vor der 7. Ferienkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte sieht bei der Kriminalpolizei schon lange in Verdacht, Frauen und Mädchen gewisse verbotene Dienste zu leisten. Sie hat seinerzeit die Hebammenprüfung gemacht, sie waltete ihres Amtes aber in einer Weise, die wiederholt zu Veranlassungen Anlaß gab. Im Jahre 1897 war sie in eine Kindesunterschiedungsaffäre verwickelt. Wegen einer Entschädigung von 40 M. hatte sie Verweise dazu geleistet, daß ein von einem Dienstmädchen geborenes Kind als das Kind einer Frau, die gar nicht geboren hatte, ausgegeben wurde. Es wurde ihr dann vom Bezirksauswahlsamt und auch vom Oberverwaltungsgericht das Prüfungszeugnis als Hebamme entzogen. Am 11. Dezember 1899 sah sich der Polizeipräsident veranlaßt, eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen und darin das Publikum

zu warnen. Die Angeklagte bei Entbindungen in Anspruch zu nehmen. Die Angeklagte kam dann mehrfach in Verdacht, als „gefällige Frau“ unerlaubte Eingriffe bei Frauen und Mädchen, die sie in ihrer Wohnung in der Vollastraße aufgesucht hatten, vorgenommen zu haben, sie konnte aber niemals überführt werden. Nun verstarb am 8. November 1910 im Krankenhaus zu Reinickendorf ein dorthin gebrachtes Dienstmädchen, und die Ärzte stellten fest, daß sie zweifellos das Opfer eines unerlaubten Eingriffs geworden war. Aus den Mitteilungen der Kranken und aus den angestellten Nachforschungen ergab sich zur Evidenz, daß das Mädchen bei der Angeklagten gewesen und dort gewissen Manipulationen unterworfen worden war. Die Angeklagte trinkt Stein und Wein, die Ergebnisse der Ermittlungen legten aber ihre Schuld völlig klar. Während der Untersuchungshaft wurden plötzlich Zweifel bezüglich ihres Geisteszustandes wach, die den Medizinalrat Dr. Hoffmann veranlaßten, den Antrag auf Beobachtung in einer öffentlichen Anstalt zu stellen. Diese hat durch Prof. Dr. Köppen stattgefunden, zu einer Anwendung des § 51 aber nicht geführt. Dem Antrage des Rechtsanwalts Bahn auf Ueberweisung der Sache an das Schwurgericht kam der Gerichtshof nicht nach. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

Die Beschuldigungen

richtete eine Anzahl kleiner Mädchen gegen den Schuhmachermeister Robert Petrusch, der sich gestern wegen wiederholten Vergehens gegen die Sittlichkeit vor der Ferienkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Der Angeklagte betreibt in dem Hause Salzwehler Straße 5 ein Schuhwarengeschäft. Er wurde beschuldigt, zu wiederholten Malen Kinder, die bei ihm Schuhputzmittel kauften oder Schuhzeug zur Verringerung oder Ausbesserung zu ihm brachten, in unzüchtiger Weise berührt zu haben. Sieben kleine Mädchen traten als Belastungszeugen gegen ihn auf und behaupteten, daß der Angeklagte ihre Anwesenheit in seinem Laden dazu benutzt habe, sie mitten im Gespräch in unanständiger Weise zu berühren, so daß ihnen die Schamröte ins Gesicht gestiegen sei. Der Angeklagte bestritt entschieden diese Behauptungen und erklärte, daß er das Opfer des Klages und Konkurrenzneides geworden sei. Er kenne die meisten der Belastungszeuginnen überhaupt nicht. Er bezeichnete speziell einen ihm gegenüber wohnenden Schuhmacher als einen solchen, der aus Konkurrenzneid eins der als Belastungszeuginnen auftretenden Mädchen ihm auf den Hals geschickt und die Strafanzeige erstattet habe. Rechtsanwältin Bahn hatte sich zur Verteidigung des Angeklagten auf mehrere einwandfreie Personen berufen, die diesen kennen und erklären, daß sie ihm die nachgesagten bösen Handlungen nicht zutrauen. Die Mädchen blieben aber fest bei ihren Beschuldigungen, und da auch nach Anhörung ihrer Lehrer gegen ihre Glaubwürdigkeit nichts einzuwenden ist, so war gegen ihre Aussagen nichts zu machen. — Der Staatsanwalt hielt die Verfehlungen des Angeklagten für so strafwürdig, daß er 5 Jahre Jugendhaft beantragte. Der Gerichtshof sah die Sache milder an und erkannte auf ein Jahr Gefängnis. Wegen dieses Urteils meldete der Angeklagte sofort Revision an.

Aus aller Welt.

Der Theatersturz in Nizza.

Die Aufräumungsarbeiten des eingestürzten Theaters in Nizza, unter dessen Trümmern zahlreiche Tote und Schwerverletzte hervorgeholt wurden, werden fortgesetzt. Man glaubt, daß sich noch drei Leichen unter den Trümmern befinden. Sonntag nachmittag erfolgte die Beisetzung der Opfer dieser furchtbaren Katastrophe. Ueber 10 000 Personen, darunter zahlreiche Vertreter sämtlicher Syndikate und Gewerkschaften, geleiteten die toten Kameraden zum Grabe, an dem eine erhebende Feier stattfand. — Die Volkstheater, die von „Muniben“ geträumt hatte, worin in großer Zahl erschienen. Da es niemand einfiel, irgendwie die Ruhe zu stören, mußten die Polizisten ihre gewohnten Säbel in der Scheide stecken lassen und betrübte von dannen ziehen.

Im Kampfe mit Felddieben.

In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag überraschte in der Rüdinger Feldmark bei Hannover der Polizeileutnant Drewe zwei Männer beim Felddiebstahl. Bei der Sistierung des einen Diebes, namens Mohrthof aus Ostermahl, kam es zu einem Handgemenge, wobei Mohrthof ein Messer zog und dem Polizeileutnant in den Kopf stieß. Der Sohn des Drewe, der seinem Vater zu Hilfe kam, wurde von dem blindlings um sich Strohenden durch drei Messerschläge in die Brust getroffen. Ein Schlosserlehrling, der ebenfalls zu Hilfe eilte, erhielt einen Stich in den Unterleib und liegt schwer krank im Krankenhaus daneben. Mohrthof konnte verhaftet werden und ist bereits in das Kreisgefängnis eingeliefert worden.

Vom schwäbischen Flugwettbewerb.

Die erste Etappe des Fluges, die am ersten Tag von Stuttgart nach Ulm führte, wurde am Montag von 7 Fliegern unternommen. Ihr 120 Kilometer entferntes Ziel Ulm haben bis jetzt nur Vollmöller (Erich-Rumpler-Taube) und Jeannin (Aviatik-Eindecker) erreicht. Dirth (Erich-Rumpler-Taube) mußte 5 Kilometer vor Ulm auf dem Erzbergplatz Versehen wegen Motordefektes eine Notlandung vornehmen. Vühner (Aviatik-Eindecker) geriet in der unglücklichen Abfahrt seinen Apparat, er selbst blieb unverletzt. Auch Schall (Grade) zerbrach bei Reußen einen Flügel seines Apparates.

Als in Hendorf nach dem Aufstieg der beiden Flieger zum Luftpostdienst nach Windsor der französische Flieger Hubert um 7 Uhr morgens mit 200 Pfund Driepost aufstieg, kippte das Flugzeug plötzlich um und stürzte nieder. Hubert brach beide Oberschenkel und wurde in das Krankenhaus gebracht.

Brandkatastrophen.

Auf dem Leipziger Mehlplatz entstand gestern vormittag ein großer Brand, der nach kurzer Zeit ein Kinematographentheater einschloß. Zwei anstehende Verkaufsbuden sowie ein gegenüberliegendes Karussell wurden gleichfalls von den Flammen ergriffen, konnten aber gerettet werden. Die Frau des Besitzers wurde mit schweren Brandwunden aus dem Wohnwagen geborgen. Als Entstehungsurache wird Brandstiftung vermutet.

Vergangene Nacht sind in Stückerberg bei Solingen bei dem Brande eines Fachwerkhäuses drei Kinder eines Fabrikarbeiters im Alter von ein, drei und vier Jahren in den Flammen umgekommen. Das jüngste Kind wurde durch die Mutter gerettet.

Nach einem und 4/5 Geestemünde zugegangenen Telegramm ist das Dorf Veinthe fast völlig niedergebrannt. Viel Vieh ist den Flammen zum Opfer gefallen.

In Hedderneheim bei Frankfurt a. M. brach gestern mittag kurz vor 12 Uhr in der Tischlerei von Jean Däbel Feuer aus, wobei ein Arbeiter den Erstickungstod fand.

Bei einem Brandunglück, das in der Bergschreibtsgrube in Oberschmiedeberg wüthete, sind vier Bergleute umgekommen, dreizehn an Rauchvergiftung erkrankt, darunter zwei schwer.

Unfälle auf hoher See.

Zwischen dem Hamburger Dampfer „Hedwig Heilmann“ und dem in Reith beheimateten englischen Dampfer „Cumberland“ fand nachts bei der Einfahrt in die Ostsee eine schwere Kollision statt. Die „Cumberland“ sank.

Durch Sturm kenterte auf dem Trasiementischen See ein Motorboot, das vierzehn Damen und drei Herren eines Wohltätigkeitsbazzars von Castiglione del Lago zu einer Lustfahrt über den See bringen sollte. Sämtliche Frauen verschwanden fest aneinandergeklammert in den Fluten. Die Herren gewannen das Ufer. Eine Rettungaktion war unmöglich, da keine Bojen vorhanden waren.

Auf dem Montkalsschiff im Gouvernement St. Michel ist während eines Sturmes ein Touristenboot mit 13 Passagieren auf Steinflüssen geworfen worden. Die Materin Lea Ringen aus Berlin und eine andere Person sind ertrunken, die übrigen Reisenden wurden gerettet.

Verjäherte Tierquälerei.

Aus Rom wird uns geschrieben: Ein schönes Beispiel juristischen Ueberstandes hat dieser Tage ein römischer Stadtrichter geliefert. Nach der italienischen Jurisprudenz ist das Blendende von Singvögeln zu Jagdwunden als Tierquälerei mit Strafe bedroht. Dementsprechend ließ der römische Tierquälverein bei irgend einem Rohling 16 geblendete Singvögel beschlagnahmen und erstattete die Anzeige. Der Stadtrichter hat den Mann freigesprochen unter der hochweisen Begründung, daß die Tiere schon vor sechs Monaten des Augenlichts beraubt worden — was durch einen Sachverständigen bezeugt wurde — und daß Ueberretungen in dieser Zeit verjähren. Das ist natürlich der haarsträubendste Blödsinn. Als Grausamkeit wird ja nicht der Akt der Blendung, sondern vielmehr die durch ihn erfolgte Vererbung des Augenlichts bestraft, weshalb nach allen bisherigen Urteilen auch die Verwendung geblendeter Vögel verboten war, so daß man die beschlagnahmten dem Tierquälverein zur Vernichtung zu überweisen pflegte. Nach der heutigen blödsinnigen Auslegung kann ruhig weiter geblendet und mit blinden Vögeln gehandelt werden, nur muß man Nisten und Futter von sechs Monaten auf den bisherigen Preis draufschlagen. Das „Giornale d'Italia“ empfiehlt in seiner Jagdrevue ganz im Ernst, ruhig weiter geblendete Singvögel zum Anlocken zu benutzen und nur darauf zu achten, daß sie seit sechs Monaten des Augenlichts beraubt seien.

Was sich der Stadtrichter wohl unter dem Begriff „Tierquälerei“ gedacht haben mag? Das ist auch so ein Kapitel von dem Buchstaben, der den Geist tötet.

Eifersuchtdrama im Theater.

Aus Amerika kommt wieder einmal die Nachricht von einem sensationellen Mord. Im Dixie-theater in New York handelte es sich um die geistige Nachmittagsvorstellung, plötzlich eine Frau Samuel auf und feuerte zwei Revolverkugeln gegen ein Fräulein West, die neben dem Gatten der Frau Samuel saß. Das Mädchen wurde tödlich getroffen, die Körperin sofort verhaftet. Sie hatte vor kurzem einen Scheidungsprozeß gegen ihren Gatten angetrengt, später aber den Antrag zurückgezogen. Sie hatte den Verdacht, daß ihr Gatte sie mit Fräulein West hintergebe und wollte auf diese Weise die Nebenbuhlerin beiseite schaffen. Der Zuhauer bemächtigte sich eine ungeheure Panik. Alles strömte dem Ausgange zu; mehrere Personen wurden bei dem Gedränge nicht unerheblich verletzt. Viele Frauen fielen in Ohnmacht.

Kleine Notizen.

Familientragödie. Der in Stuttgart wohnhafte Schriftsetzer Deich hat vorgestern abend auf der König-Charlesbrücke in Mannheim seinen etwa sechs Jahre alten Knaben und seine achtjährige Tochter über das Geländer in den Neckar geworfen. Darauf sprang er selbst in die Tiefe. Einigen hinueisenden Italienern gelang es, den Mann und das Mädchen an Land zu schaffen, doch waren die Wiederbelebungsbemühungen umsonst. Nach der Leiche des Knaben wird noch gesucht.

Autounfälle. Der Koburgische Kammerherr Baron von Erffa-Horn ist am Sonnabend bei einer Automobilsahrt verunglückt. Er wurde sofort getötet. Der mitfahrende Freiherr von Hebern-Hohenberg aus Büschelshorn sowie der Chauffeur wurden erheblich verletzt. — Sonnabend nachmittag überfuhr der zu Tal fahrende Personenzug 1489 in Kilometer 6,1 der Nebenbahn Elberfeld-Tronenberg ein Automobil und zertrümmerte dasselbe. Von den Insassen wurde Fräulein Margarethe Lange aus Bornen getötet, ihre Schwester Emmi Lange und Herr Oskar Franke aus Godesberg schwer verletzt. Der Chauffeur Rajewski-Elberfeld wurde leicht verletzt.

Wegen fortgesetzten Falles des Wasserstandes des Rheins können die großen Schnelldampfer der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft nicht mehr verkehren. Die Gesellschaft sieht sich deshalb veranlaßt, den Verkehr einzuschränken und einige Fahrten ausfallen zu lassen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist und sechsen Nr. 25 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der bevorstehende Parteitag der Sozialdemokratie. — Zur Frage der Frauenleseende. — Die Umwälzung in England. Von Th. Kottstein. — Eise Schmechel. Von M. — Die vierte Frauenkonferenz in Oesterreich. Von A. P. — Vornehme Schmutzkonkurrenz. Von Emil Unger.

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beleggeld 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnemmen: 2,60 M.

Die Vortragsnummer des „Wahren Jacob“ ist schon 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir besonders hervor das Gedicht „Zum Parteitag“, das satirische „Tema“ von Tobias und das Bild „Jung Theobalds Schwerm“ von G. Dersch.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Konfessionelle Monatschrift. Heft 12. Viertel 3 M. R. H. Döbling, Berlin SW. 61.

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. II. Jahrgang. Heft 1. Herausgeber: Dr. A. Grünberg, Verlag C. V. Dörmann, Leipzig.

Jahresbericht 1911 des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. 113 S. Selbstverlag in Bremen.

Der fette Casar. Tragikomödie von J. Precha. 109 S. E. Reiß, Berlin W. 62.

Kurzerfolge mit Hans, Hell- und Volksmitteln. Von Dr. A. Köhler. I. Uebersetzung. Vollständig in 6 Uebersetzungen à 60 Pf. — Individualität und Persönlichkeit. Von H. Kossak. 120 S. Krüger u. Co., Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprachkunde findet Eingang in Nr. 69, dem vier Treppen — Nr. 74 —, monatlich von 1/2 12 bis 1/2 12 Uhr abends, Sonnabend, von 1/2 12 bis 6 Uhr abends. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buch und eine Zahl aus der Zeitungen beizulegen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwässerung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprachkunde vor.

Nr. 2. 62. Nr. — G. H. 20. Nr. — H. G. 94. I. Wenn der Briefkasten ohne geschlossenen Grund das Verzeichnis gelöst hat, haben die Anspruchs auf Rückgabe der Beschlüsse und auf Eintrag der Rücksendungen, die Sie in Erwartung der Ehe gemacht haben. Hat, nachdem die Ehe versprochen war, eine Verlobung stattgefunden, so kann demnach eine Entschädigung in Geld beansprucht werden, die nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Parteien zu bemessen ist. 2. Nr. eigenhändig, unter Beifügung der Urkunde, des genauen Datums und der Unterschrift. — H. B. 801. I. Der Wagnis ist in erster Linie der 3. Einige Wochen. — Otto 22. Nr. — H. G. 8. I. Nr. 2. Nr. 3. Sie persönlich bitten für die Verlagsdauer. — T. 25. Nr. — Hans 87. Sie haben einen vollrechtlichen Anspruch auf Herausgabe des Rades.

